

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: halbjährlich 3,00 RM., monatlich 1,10 RM., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM. pro Monat. Eingetragene in die Post-Verkehrsvereine. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM., für das übrige Ausland 3 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Interfions-Gebühr
 Beträgt für die sozialdemokratische Partei oder deren Baum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereine und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stille) gedruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geschlossen.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 2. März 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Trotz alledem!

Die Berliner Polizeileitung hat sich einen Streich geleistet, der in Anbetracht der Gärung, die zurzeit in den Arbeitermassen über die Spottgeburt der Bethmannschen Wahlrechtsvorlage herrscht, kaum anders als eine Verhöhnung, als eine bewusste Herausforderung der Berliner Arbeiterschaft aufgefaßt werden kann. Mehrfach ist in letzter Zeit von der guten Beziehungen zum Polizeipräsident unterhaltenden Presse angedeutet worden, daß nicht nur in England und Holland unter gewissen Bedingungen Straßendemonstrationen und Massenmeetings unter freiem Himmel gestattet seien, auch das Reichsvereinsgesetz gestatte sie, schreibe aber dafür die Einholung einer polizeilichen Genehmigung vor. Bisher hätte jedoch die Sozialdemokratie abgesehen, diesen gesetzlichen Weg zu beschreiten. Diese indirekte Aufforderung zur Genehmigungseinholung, wie andererseits die Tatsache, daß in anderen großen Städten die Polizei mehrfach die Genehmigung zur Abhaltung großer Demonstrationsversammlungen auf öffentlichen Plätzen erteilt und diese Versammlungen sämtlich ohne die geringste Ruhestörung verlaufen sind, veranlaßte die Leiter der organisierten Berliner Arbeiterbewegung, beim Polizeipräsidenten die Forderung zu stellen, daß auch der Berliner Arbeiterschaft die Abhaltung einer großen Wahlrechtsversammlung gestattet werde, und zwar im Treptower Park. Doch der Berliner Polizeipräsident hat dieses Ansuchen kurzweg abgelehnt, obgleich die aus den Genossen Borgmann und Ernst bestehende Deputation erklärte, daß die Parteileitung der Berliner Sozialdemokratie die Verantwortung und Garantie dafür übernehme, daß die Ordnung streng aufrechterhalten werde, und die große Massenfundgebung in Frankfurt a. M. am letzten Sonntag beweise, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft, wenn sie nicht durch frivole Polizeiattdaten provoziert wird, sehr wohl selbst die Ordnung aufrechtzuerhalten versteht.

Zunächst begaben sich die Genossen Borgmann und Ernst zum Oberbürgermeister Kirchner. Bereitwillig wurde ihnen von diesem, vorbehaltlich der Zustimmung des Magistrats, zugesagt, daß der Treptower Park, als einer öffentlichen Vergnügungstätte der Stadt Berlin, den Wahlrechtsmanifestanten zur Abhaltung friedlicher öffentlicher Wahlrechtsmassenversammlungen zur Verfügung stehe. Auch die Errichtung einer Reihe Redebühnen wurde genehmigt.

Andererseits glaubte sich jedoch der Berliner Polizeipräsident Herr v. Jagow zu dem Ansuchen stellen zu sollen, allem Anschein nach, weil er sich über den geringen Respekt der Massen vor seinem am 13. Februar an die Vitzthumsäulen angeschlagenen roten Warnungsplakat verletzt fühlte, noch mehr aber, weil er die Angriffe im preussischen Abgeordnetenhaus fürchtete. Alle Zusicherungen, daß die sozialdemokratische Parteileitung jede Garantie für die Aufrechterhaltung der Straßenordnung übernehme, blieben fruchtlos.

Um dem Minister des Innern v. Moltke jeden Wortwand zu nehmen, später im Abgeordnetenhaus zu erklären, daß die Sozialdemokratie nicht alle Mittel erschöpft und sich nicht an ihn als der dem Berliner Polizeipräsident übergeordneten Instanz gewandt hätte, begab sich darauf die Deputation zum Minister v. Moltke. Doch seine Antwort zeigte, daß er sich nicht minder im Gefühl der gottgegebenen Abhängigkeit von der konservativen Mehrheit des Dreiklassenparlamentes befindet als der Herr Polizeipräsident. Er erklärte, er könne sich nicht in die örtlichen Angelegenheiten des Polizeipräsidenten mischen, da er die lokalen Verhältnisse nicht übersehen könne und, falls er den Polizeipräsidenten desaboniere, damit eine Verantwortlichkeit übernehme, die er nicht zu übernehmen vermöge. Zudem könnten die sozialdemokratischen Führer wohl für ihre Leute, für die organisierten Parteigenossen, einstehen, nicht aber für den Janhagel, der sich so oft bei solchen Kundgebungen einfinde.

Doch es ist unnötig, hier die Antwort des Ministers und des Herrn v. Jagow mitzuteilen. Sie steht bereits im Abendblatt der „Deutschen Tageszeitung“, zum Teil, wie uns versichert wird, fast mit denselben Worten, die der Minister des Innern gebrauchte: ein Beweis dafür, wie seine Fäden von der Regierung zur agrar-konservativen Presse hinüberführen.

Es heißt dort:

„Wie wir erfahren, plant die Berliner Sozialdemokratie für nächsten Sonntag Massenversammlungen unter freiem Himmel, um gegen die preussische Wahlreform zu protestieren. Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge auf öffentlichen Straßen oder Plätzen bedürfen bekanntlich der Genehmigung der Polizeibehörde. Die Genehmigung ist von dem Veranstalter mindestens 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung oder des Aufzuges unter

Angabe des Ortes und der Zeit nachzusuchen. Sie ist zu verweigern, wenn aus der Abhaltung der Versammlung oder der Veranstaltung des Aufzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist.

Es wird wohl kaum Veranlassung vorliegen, für Berlin eine solche Genehmigung zu erteilen, da das Verhalten der Sozialdemokratie am 13. Februar, nach ihren letzten großen Demonstrationsversammlungen, durchaus ungeheuerlich war, indem trotz der bekannten Warnung des Polizeipräsidenten von ihr Straßendemonstrationen in den von der Polizei entblöhten Außenquartieren angezettelt wurden. Es besteht nicht die geringste Garantie dafür, daß öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel ohne Straßendemonstrationen verlaufen. Gerade der heutige „Vorwärts“ rühmt in seinem Bericht über die Wahlrechtsdemonstration in Frankfurt vom letzten Sonntag, daß sich nach der Massenfundgebung auf der Hundswiese ein Demonstrationzug zur Stadt mit 50 000 bis 60 000 Teilnehmern von selber bildete, ohne daß er geplant gewesen wäre. Er beschreibt ihn als einen eine halbe Stunde langen, losen Zug, der unter Hochrufen und Singen der Marschlaute nach der Stadt zu marschierte und die ganze breite Eschenheimer Straße einnahm. Es wäre mit Bestimmtheit zu erwarten, daß auch in Berlin öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel ungeheuerliche Straßenaufzüge mit Jähren, Singen usw. im Gefolge haben würden. Am 13. Februar sollen nach dem „Vorwärts“ hier 200 000 Menschen an den Demonstrationen beteiligt gewesen sein, also im Verhältnis zu Frankfurt die vierfache Menge. Was hier noch ohne Schaden durchführbar war, braucht in einer Großstadt wie Berlin mit ihrem lebhaften Wagen- und Fußgängerverkehr noch lange nicht unbedenklich zu sein!

Es gibt eben für den einzelnen wie für Gruppen von Menschen kein Recht auf die Straße schlechthin. Ein solches Recht findet im geordneten Staatswesen immer eine Grenze, und zwar da, wo die Interessen der Allgemeinheit eine Beschränkung fordern.

Die Interessen der Allgemeinheit fordern Ordnung wie im öffentlichen Leben überhaupt, so vor allem auf der Straße. Wildlich ins Werk gesetzte Straßendemonstrationen bedeuten immer Unordnung.

Die Polizei aber ist die berufene Hüterin der Ordnung. Und wir würden es geradezu als eine Pflichtverletzung ansehen, wenn sie in der Reichshauptstadt sozialdemokratische Kundgebungen genehmigen würde, für deren harmlosen und friedlichen Verlauf niemand eine Bürgschaft übernehmen könnte.

Wir erwarten deshalb mit aller Bestimmtheit, daß die Polizei ihre Zustimmung zu den geplanten Versammlungen verweigert.

Nachträglich ist dem Genossen Ernst noch folgende schriftliche Antwort des Polizeipräsidenten zugegangen, die ebenfalls in ihrer Verbotsbegründung eine eigenartige Gedankenähnlichkeit mit den obigen Ausführungen der „Deutschen Tageszeitung“ verrät:

Der Polizeipräsident.
 Tageb. Nr. VII. A. 617. 10. Berlin, den 1. März 1910.

Dem heute mündlich gestellten Antrage auf Genehmigung der Veranstaltung öffentlicher Aufzüge und der Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel innerhalb Berlins am Sonntag, den 8. März d. J., kann ich nicht entsprechen.

Am 13. Februar d. J. haben 100 000 — nach Schätzung des „Vorwärts“ 200 000 — Menschen in Berlin auf öffentlichen Straßen Aufzüge veranstaltet. Für diese war eine Genehmigung der Polizeibehörde nicht nachgesucht, also auch nicht erteilt. Folglich handelten alle Teilnehmer gegen die gesetzlichen Bestimmungen. Jetzt würde es sich im wesentlichen um die gleichen Teilnehmer handeln.

Da diese bewiesen haben, daß sie Gesetzeswidrigkeit nicht scheuen, wäre Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten. — Vereinsgesetz vom 10. April 1908, Reichsgesetzblatt S. 151, § 7. — Jagow.

An Herrn Eugen Ernst, hier.

Vielleicht bilden sich der Herr Polizeipräsident und der Herr Polizeiminister ein, durch solche Verbote die Berliner Arbeiterschaft zu verhindern zu können, gegen die schmachvollen, zu den Verheerungen der Thronrede im schärfsten Widerspruch stehende Wahlrechtsvorlage öffentlich zu protestieren. Die Herren und ihre Geistesverwandten im Junkerparlament läuschen sich, wenn sie das meinen, gründlich über den Charakter der Berliner Arbeiterschaft. Das Verbot wird lediglich bewirken, daß das von der Junkerclique schamlos entrechtete Volk sich sagt: „Trotz alledem! Wird uns diese Art der Massenfundgebung für unser politisches Recht verboten, so protestieren wir auf andere Weise, die uns die Berliner Polizei nicht zu verbieten vermag und gegen die es keine dehnbaren Gesetzesparagrafen gibt! Der Möglichkeit, andere Formen der Massenfundgebung zu wählen, gibt es noch so viele. Wie kann z. B. die Berliner Polizei verhindern, daß sich Hunderttausende von Wahlrechtsfreunden im Treptower Park zu einem friedlichen Spaziergang einfinden? Will sie solche friedlichen Spaziergänger durch Polizeiattdaten aus einem zur Erholung bestimmten Vergnügungspark vertreiben und dadurch noch mehr den blutigen

Gohn des ganzen gebildeten Auslandes herausfordern, das ohnehin über die preussischen Polizeizustände lacht?

Das Verbot ist demnach ein Schlag ins Wasser. Das Volk hindert es an der Bekundung seines Willens nicht. Es schafft nur neue Erbitterung und stellt zugleich vor aller Welt die preussische Regierung bloß, indem es zeigt, was unter den vom preussischen Ministerpräsidenten im Dreiklassenparlament betonten „gottgegebenen Abhängigkeiten“ zu verstehen ist: nämlich die blinde Unterwerfung unter das Diktum der Junkerklasse. Allem Anschein nach täuscht man sich in den Regierungskreisen noch immer darüber, welches Ansehen der preussische Polizeistaat in der gesamten Kulturwelt genießt. —

Vodum, 1. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Der Landrat des Kreises Hagen sowie der Bürgermeister Cuno von Hagen haben sämtliche für Sonntag im Stadt- und Landkreis Hagen angelegten Volksversammlungen unter freiem Himmel, die sich mit der Wahlrechtsfrage befassen sollten, verboten. Es ist den Einberufern der Versammlungen persönlich angekündigt, falls Demonstrationen vorkommen sollten, die zum Blutvergießen Veranlassung geben würden, die Schuld auf die Veranstalter schiele. Das Verbot der Versammlungen begründet sich damit, daß im Hinblick auf die jetzige unruhige Zeit Ausbreitungen zu befürchten seien. Falls diesem Verbote nicht nachgegeben würde, würden auch sämtliche Volksversammlungen verboten werden.

Der Wahlrechtskampf.

Die Intellektuellen und die Wahlrechtsfrage.

Der Verlauf der Wahlrechtskundgebung der Intellektuellen im Zirkus Busch hat dem nationalliberalen Herrn Dr. Wittcher sehr wenig gefallen. Im „Tag“ veröffentlicht er einen Artikel, in dem er nachzuweisen versucht, daß die Intellektuellen vom gleichen Wahlrecht am wenigsten zu erwarten hätten. Die Vergleichführung ist allerdings eine sehr eigenartige. Denn Herr Wittcher weist nach, daß gerade heute unsere Intellektuellen eine sehr untergeordnete Rolle in der Politik spielen. Gerade heute, wo doch die herrschenden Klassen die ausschlaggebende Rolle im preussischen Dreiklassenparlament spielen.

Darin hat Herr Wittcher unbedingt recht, wenn er sagt, nicht die Leute, die nicht persönlich, nicht für ihren Beruf, für ihre Klasse, für ihre Sonderinteressen an den Staatsgeschäften Anteil nehmen, hätten die beste Chance, gewählt zu werden, sondern die, die einen tüchtigen Generalsekretär oder eine maßgebende Gruppe der Interessentpolitik für sich ins Feld führen dürfen. Das ist durchaus richtig, aber es beweist doch nichts anderes, als daß für unsere herrschenden Klassen nicht das Gesamtinteresse, nicht das soziale Interesse der Gesamtheit maßgebend ist, sondern nur das jeweilige Klasseninteresse.

Wie man aber diese Tatsache gegen das gleiche Wahlrecht ausnützen zu können glauben kann, ist uns geradezu unerfindlich. Gerade das Dreiklassenwahlrecht beweist ja, daß unter der Herrschaft des Klassenwahlrechts rücksichtslose Vertretung von Klassen und Kasten weit mehr auf Erfolg rechnen kann, als bei dem gleichen Wahlrecht, das zum Reichstag besteht. Die Zusammensetzung des Dreiklassenhauses, in dem allein 113 Großgrundbesitzer sitzen, beweist ja das geradezu schlagend!

Gerade bei dem gleichen Wahlrecht könnten sich die Intellektuellen einen politischen Einfluß sichern, sofern sie nur entschlossen wären, ernstlich für die Interessen der Volksgemeinschaft einzutreten. Die Sozialdemokratie hat bei der Aufstellung ihrer Kandidaten niemals nach der Herkunft gefragt, sondern stets nur danach, ob diese Kandidaten auch fähig und gewillt waren, die Volksinteressen rücksichtslos zu vertreten. Das würde bei dem gleichen Wahlrecht und unter der demokratischen Ausgestaltung unserer Verhältnisse zur Regel werden. Gerade die Personen mit hervorragender allgemeiner und politischer Bildung würden zur politischen Vertretung des Volks berufen werden, sofern nur ihre politische Betätigung Gewähr dafür böte, daß sie tatsächlich als geeignete Vertreter des Volkswohles und Volkswillens angesehen werden können!

Die Scharfmacher gegen geheime Wahl.

Eine Anzahl von Scharfmachern des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, zu denen auch der Kommerzienrat Baars-Vodum, Herr Gilhausen, Mitglied des Direktoriums der Firma Krupp-Essen, Kommerzienrat Rirdorf, Kommerzienrat Stinnes und andere gehören, erlassen eine Proklamation gegen die geheime Abstimmung. Ihre Argumente sind die, die der Regierungskommissar Falkenhayn in der Wahlrechtskommission vortragen hat: Bei der öffentlichen Abstimmung sei es der Sozialdemokratie nicht möglich, mehr als ein Drittel oder höchstens die Hälfte ihrer Wähler an die Wahlurne zu bringen. Eine Argumentation, gegen die damals der national-liberale Abgeordnete Schiffer den lebhaftesten Einspruch erhob. Eine solche Tatsache, führte Herr

Schiffer aus, beweist gerade die Notwendigkeit der ge-
hermen Abstimmung. Denn die Macht der Sozialdemo-
kratie werde doch dadurch nicht geschwächt, daß sie nicht in der
Lage sei, alle ihre Wähler bei der öffentlichen Abstimmung
an die Wahlurne bringen zu können. Erzielt werde höchstens
eine Erbitterung der an der Wahl verhinderten Wähler
und eine gemeingefährliche Täuschung über die
wirkliche Stärke der Sozialdemokratie und
den Umfang der politischen Erbitterung!

Künftig ist folgender Passus des Scharfmacher-Aufrufs:
„Einen wirksamen Schutz gegen unfaire Beeinflussungen
bei der Wahl bietet nur die Erziehung zur Achtung und Dul-
dung der politischen Ueberzeugung anderer. Sie kann nur ge-
wonnen werden, wenn der Wahlerzotismus sich offen und un-
verhüllt zu zeigen gezwungen wird. Nur dann ist es auch mög-
lich, ihm durch scharfe Handhabung der Wahlprüfungen gegen-
über den von ihm beeinträchtigten Wahlen wirksam entgegenzu-
treten und in den — nach den bisherigen Beobachtungen übrigens
seltenen — Fällen wirklicher Schädigungen die Schuldigen ver-
antwortlich zu machen.“

Das ist ganz der verlogene Synismus des Frei-
herrn von Zedlitz, der zwar jeden unverschämten
Terror der Regierung und des Unternehmers-
tums gesichert wissen wollte, zugleich aber der Ar-
beiterschaft jede Möglichkeit zu nehmen beab-
sichtigte, sich ihrerseits gegen den unverschämten Terror der
industriellen und agrarischen Machthaber und ihrer bureau-
kratischen Handlanger mit den geeigneten Mitteln zur Wehr
zu setzen.

Eine Widerlegung des frechen Unsinns lohnt nicht. Es
genügt, solche Unverschämtheiten niedriger zu
hängen!

Ein Aufschub.

Der kritische Tag ist für das Ministerium Asquith
künftig verfallen. Es ist nicht gestürzt worden, und an der
Macht zu bleiben, ist ja das einzige Ziel, das diese Regierung,
die mit großen Verprechungen so freigebig war, heute noch
kennt. Dieses Resultat wurde durch ein Kompromiß erreicht,
das die gemäßigten mit den radikalen Mitgliedern des
Kabinetts geschlossen haben. Herr Asquith muß seinen
Plan, die Budgets für 1909 und 1910 zu erledigen und die
Oberhausreform auf die lange Bank zu schieben, ein wenig
modifizieren. Zuerst soll zwar das letzte Budget erledigt werden,
da das Finanzjahr mit dem 31. März endet. Dann aber kommt
die Oberhausfrage zur Beratung, bevor das Budget
von 1910 in Angriff genommen wird. Das sähe nach einem
Sieg der Radikalen aus, ist es aber keineswegs. Denn Herr
Asquith weigert sich nach wie vor, in der Oberhausfrage
den Weg des Gesetzes zu gehen. Es bleibt bei unverbind-
lichen Resolutionen, die allerdings dem Oberhaus zugesandt,
dort aber unter Schimpf und Schandmalen verworfen werden.
Dasselbe wird unzweifelhaft mit dem Gesetz geschehen, das
in einem späteren Zeitpunkt im Unterhause zur Beratung
kommen soll. Die Lords werden dies Gesetz, das ihnen das
Recht der Mitbestimmung in finanziellen Fragen und das
Recht nehmen soll, das Inkrafttreten von Gesetzen, die
im Unterhause angenommen sind, für länger als eine Legis-
laturperiode zu verzögern, natürlich nicht annehmen; „Garantien“
kann aber Asquith nach wie vor nicht geben. Das
einzige, was die Radikalen durchsetzen konnten, ist sonach nur
die Erklärung des Schatzkanzlers, daß die Regierung
mit der Oberhausfrage siche und falle und zurück-
treten werde, falls sie ihr Ziel nicht durchführen könne.
Das mußte aber eigentlich eine Selbstverständlichkeit
sein und nur der Verrat Asquiths hat diese Erklärung erst
nötig gemacht.

Dagegen haben die Gemäßigten eine viel wichtigere
Konzeption durchgesetzt; die Regierung hat ausdrücklich eine
Reform des Oberhauses in ihr Programm auf-
genommen. Freilich ist diese Reform erst für einen späteren
Zeitpunkt in Aussicht genommen. Aber was bisher nur eine
Forderung der Lords selber und der Konservativen war, wird
jetzt von der liberalen Regierung als berechtigt erklärt und
akzeptiert. Die Liberalen hatten den Kampf aufgenommen
zur Stärkung der Stellung des Unterhauses; dieser Kampf
ist durch die Erklärungen Asquiths schmählich aufgegeben.
Denn die Reform des Oberhauses bedeutet seine Stärkung
und die Befestigung des Zweikammersystems,
also die Verabridung, nicht die Hebung des Unterhauses.
Die englische Demokratie hat schon heute die Schlacht end-
gültig verloren, verloren vor allem durch den Verrat der
liberalen Regierung.

Die Stellung der Regierung selbst hat aber durchaus
keine Befestigung erfahren. Die Konservativen haben sich
gestern der Abstimmung enthalten und damit gezeigt, daß sie
keine Lust haben, jetzt schon die Regierung zu übernehmen.
Sie können ruhig noch einige Zeit warten, bis durch die Er-
ledigung des Budgets die Finanzen wieder in Ordnung ge-
bracht und die Liberalen noch mehr in Mißkredit gekommen
sind. Da auch die Iren sich der Abstimmung enthielten,
die Radikalen und leider auch die Arbeiterpartei
durch die hochtönenden Worte Lloyd Georges sich noch
eimal beruhigen ließen, so wurden die Vorschläge der Re-
gierung ohne Opposition angenommen.

Die Regierung darf also zunächst weiter wirtschaften.
Wegen ihres Verrats von ihren eigenen Anhängern mit Wis-
trauen betrachtet, von den Volksmassen verachtet, wird sie von
der Duldung der Iren und der Konservativen so lange leben,
als die Konservativen noch Parteizeit für ihre Wahl-
vorbereitungen brauchen. Wir werden unterdessen noch
manche schöne Neben hören, aber diesen werden keine Laten
mehr folgen und das Ende wird ein neues Unterhaus mit
einer konservativen Mehrheit sein, der sich bald der gemäßig-
te Flügel der Liberalen anschließen wird.

Das Ende der Unterhausdebatte.

London, 28. Februar. Nach Austin Chamberlain gelangte
Lloyd George zu Worte. Der Schatzkanzler legte Verwahrung
dagegen ein, daß die Regierung ihre Haltung geändert habe,
denn Asquith habe von Anfang an klargestellt, daß es die einzige
Aufgabe dieser Tagung sei, mit den Lords abzurechnen. Die
Frage wie das zu geschehen habe, habe er damals offen gelassen, nun
aber habe die Regierung sich über die Art ihres Vorgehens ent-
schieden. Bezüglich der Garantien erklärte Lloyd George, es wäre
nichtsinniger, daß die von der Regierung vorgelegten allgemeinen
Grundsätze einer Weltbill sobald wie möglich vom Unterhause ent-
weder angenommen oder abgelehnt würden, und daß die Regierung
in Erfahrung brachte, ob die Lords gewillt seien auf
Grund des Regierungsentwurfs in Beratungen einzutreten.
„Wenn die Lords nicht dazu bereit sein sollten,“ fuhr Lloyd
George fort, „so kam ich allen unseren Freunden innerhalb und
außerhalb des Hauses die Versicherung geben, daß wir
nicht beabsichtigen, Sand zu pflügen.“ Wenn wir uns nicht in der
Lage befinden sollten, sicher zu stellen, daß unsere Vorschläge nicht

nur vom Unterhause angenommen, sondern auch zum Gesetz er-
hoben werden können, so werden wir nicht im Amte bleiben.
(Beifall.) Gegenüber der Notwendigkeit, die Frage der Beziehungen
beider Häuser und der Vorkerrigkeit des Unterhauses
zur Entscheidung zu bringen, gibt es kein Ausweichen und
kein Zögern. Die Regierung wird unter allen Umständen
mit dem Rat stehen oder fallen, den sie dem Souverän geben
wird, wenn es je notwendig werden sollte, dies zu tun. (Beifall.)

Im Verlaufe der Debatte erklärte Lloyd George in Er-
widerung auf eine Frage Austen Chamberlains, er glaube,
daß Asquith es vollkommen klar gemacht habe, daß das
Budget nicht angenommen werden solle, ehe die Veto-
resolutionen erledigt seien.

Nach weiterer Diskussion wurde die Resolution des
Premierministers bezüglich der Sitzungen des Hauses an-
genommen. Die Iren enthielten sich der Abstimmung. Sie waren
ebenso wie die Radikalen ungenügsamlich von den Erklärungen
Lloyd Georges befriedigt. Man glaubt allgemein, daß die
Gefahr einer Krise für wenigstens einige Wochen ab-
gewendet worden ist.

Preßstimmen.

London, 1. März. Die liberalen Zeitungen sind von
der in der gestrigen Sitzung des Unterhauses abgegebenen Er-
klärung des Premierministers völlig befriedigt. Die liberale
Partei sei nunmehr über die einzuschlagende Kampfpolitik einig
und ihre einzelnen Gruppen würden sich, wie zu erhoffen
sei, in den nächsten drei Wochen als geflossene Einheit
zusammenfinden. Minister MacKamara erklärte in einer
gestern gehaltenen Rede, die gestrige Mitteilung Asquiths bedeute
den Kampf bis zum äußersten gegen die Lords. Die konser-
vativen Zeitungen stellen die Haltung des Premierministers so
hin, als habe er sich den Radikalen jämmerlich aus-
geliefert, und werfen ihm rücksichtslose Mißachtung der Finanzen des
Landes vor. Sie sagen voraus, daß die Regierung durch ihr Ver-
bleiben im Amte geschwächt werden würde und die Konservativen
mit ihrem Plan, das Oberhaus zu reformieren, bei den
kommenden Wahlen den Verfall des Landes haben würden,
da die Nation nicht wünsche, nur eine Kammer zu besitzen, denn
diese Bedeutung habe nach allgemeiner Ansicht die Drohung der Re-
gierung, das Voterecht zu beschränken und die Reform des Ober-
hauses aufzugeben. Beide Parteien rechnen mit Neu-
wahlen im Juni.

Zwei Nachwahlen.

London, 27. Februar. (Wg. Ver.) Nächste werden zwei parla-
mentarische Nachwahlen stattfinden, die von großem politischen
Interesse sind: Eine Nachwahl in St. Georges-in-the-East (London-
Dist.), die andere in Rotherham (Yorkshire). Wedgwood Benn,
der liberale Abgeordnete für St. Georges-in-the-East wurde von der
Regierung in ein besoldetes Ministeramt befördert und muß sich
deshalb einer Wiederwahl unterziehen. Bei den letzten Wahlen
wurde er mit einer Mehrheit von 434 Stimmen gewählt. Sein
konservativer (unionistischer) Gegenkandidat ist P. C. Simmons. Die
Wahl wird am 1. März vorgenommen.

Die andere Nachwahl in Rotherham wurde verursacht durch
den Wunsch der Regierung, dem bei den letzten Wahlen unterlegenen
liberalen Whip J. A. Pease zu einem Mandat zu ver-
helfen. Der dort gewählte Liberale trat deshalb zurück, um
Pease Platz zu machen. Es ist möglich, daß die Arbeiter-
partei dort einen Gegenkandidaten aufstellen wird.

Der Vorstand der Rationalisten, der gewöhnlich die trischen
Wähler berät und ihnen zu empfehlen pflegt, für die Liberalen ein-
zutreten, hat beunruhigt beschlossen, es den stimmberechtigten Iren
in St. Georges-in-the-East zu überlassen, welchem der beiden Radika-
len sie zum Siege verhelfen wollen, trotzdem denn als eifriger
Homocid belannt ist.

Unterliegen die beiden Regierungskandidaten, so ist das ein
harter Schlag für die Liberalen, denn sie verfügen gegenüber den
Konservativen nur über eine Mehrheit von zwei Stimmen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. März 1910.

Es wird weiter gerankt um die Bauernseele.

Aus dem Reichstage, 1. März. Als erster Punkt
stand die Neuwahl des Präsidenten auf der Tages-
ordnung. Auf Vorschlag des Zentrumsabg. v. Hertling
wurde der konservative Abg. Graf v. Schwerin-Loßow durch
Akklamation gewählt. Auch die sozialdemokratische Fraktion erhob
keinen Widerspruch gegen diese Art der Abstimmung, da sie
beschlossen hatte, an dem Brauch festzuhalten, daß der stärksten
Fraktion das Recht, den Präsidenten zu designieren, zustiehe.
Da das Zentrum für sich auf das Recht verzichtet hatte, kam
somit als nächststärkste Fraktion wieder die konservative Partei
an die Reihe.

Ein zweiter Tag der Debatte über das Gehalt des Staats-
sekretärs des Innern wurde schiebgedrückt mit dem Gehalt zwischen
den bauernbündlerischen Agrariern und den Zirkus-Busch-
Agrariern, was alles natürlich Vorbereitung ist für die
bevorstehenden allgemeinen Reichstagswahlen. Es gilt die
Bauern einzufangen für die Rationalisten oder die Kon-
servativen.

Zunächst bemühte sich der Abg. Böhme, der General-
sekretär des neuen „Deutschen Bauernbundes“, die Angriffe des
Konkurrenten vom Bunde der Landwirte, des Dr. Hahn, zu
parieren. Dabei war es ihm charakteristischerweise recht
genierlich, daß der freisinnige Abg. Gothein dem Bauernbunde
seine Anerkennung gezollt hatte. Herr Böhme betonte
gesichtlich, daß der neue Bauernbund keines-
wegs auf freihändlerischem Standpunkt stehe, nicht
einmal auf dem der Copridischen Handelspolitik, sondern
auf dem Boden der Zollpolitik von 1902. Innerhalb
des Reiches der Reichspolitik gehen die neuen von den alten
Bündlern also eigentlich nur wegen der Erbschafts-
steuer auseinander. Herr Böhme verbreitete sich aus-
führlich über die Gründe, die ihn veranlaßt haben, dafür
zu stimmen. Es klang das wie aufgetaunte Trompeten-
stöße aus dem Vorjahre. Sonst lehrte er noch scharf
den Gegensatz zu den Großgrundbesitzern in der An-
siedlungspolitik hervor. Während die Zirkus-Busch-Männer
die „Wesgüter“ der Ansiedlungskommission dem Großbetrieb
vorbehalten wollen, verlangen die Bauernbündler deren Auf-
teilung. Daß man übrigens für eine antiraktionale Politik
von den Bündlern wenig zu erwarten hat, bewies Herr
Böhme durch den Satz: Wir verlangen gleiches Recht
für alle, die auf nationaler Boden stehen.

Dem antisemitischen Bauernbündler Böhme sekundierte
dann der nationalliberale Parteisekretär Fuhrmann mit
schonem Angriffen auf den Bund der Landwirte und den Dr. Hahn
selbst. Beide Parteien waren sich dabei gegenseitig vor,
daß ihre Politik die Sozialdemokratie begünstige. Herr
Fuhrmann erklärte auch noch feierlich, daß die
nationalliberale Parteileitung jedes Bünd-
nis mit der Sozialdemokratie verwerfe.

Dem Dr. Hahn warf er vor, daß er durch seine überagrarische
Politik das schöne Einvernehmen zwischen den bürgerlichen
Parteien zerstört habe und nannte ihn schließlich den „Toten-
gräber der deutschen Landwirtschaft“.

Dem konservativen Schnapsblodbruder Hahn sprang nun-
mehr der Bauerndoctor des Zentrums, Herr Heim, hütschlich
bei, indem er den Konkurrenten Böhme nach allen Regeln
der bauernbündlerischen Helm-Kunst frozgelte. Er deutete an, daß
Herr Böhme mit seinem Bauernbund eigentlich vom Hanfa-
bunde ausgehalten würde und schilderte den fränkischen
Bauernbund, der sich dem „Deutschen Bauernbunde“ neuer-
dings angeschlossen hat, als eine ganz bedeutungslose Ge-
sellschaft.

Dann verbreitete sich Dr. Hahn stundenlang selbst-
gefällig über seine eigene wertere Persönlichkeit und renommierte
damit, er habe nicht nur einigen Nationalliberalen, sondern
auch Freisinnigen, so dem Abg. Hornmann-Bremen das Mandat
zum Reichstag verschafft. Schließlich mißte sich auch noch
der Freisinnige Gothein zum zweiten Male, sowie der
Hole Kullerst in diesen agrarischen Hahnenkampf ein, der
so ziemlich die ganze Sitzung ausfüllte.

Zwischen durch gelang es unserem Genossen Horn
noch, in Vertretung der Glasarbeiterinteressen
die Angriffe zurückzuweisen, die der Freisinnige Carstens
und der Reichsverbändler v. Liebert gegen die gewerkschaft-
lichen Bestrebungen dieser unter höchst ungünstigen Arbeits-
bedingungen um ihren Lebensunterhalt kämpfenden Arbeiter-
gruppe energisch zurückzuweisen.

Ein ganz interessanter Zwischenfall war es auch, daß der
Zentrumsabgeordnete v. Strombeck sich gegen die vom
Zentrum eingebrachte Resolution erklärte, durch die das
Hausiergewerbe bedroht wird. Strombecks Auftreten
erklärte sich daraus, daß er Vertreter des Eichsfeldes ist,
das mehr Hausierer als irgend ein anderer gleich großer
Landstrich Deutschlands in alle Welt hinausjagt.

Um 7 Uhr ging die Generaldebatte zu Ende.

Das gestäubte Zentrum.

Eine Lektion, wie sie Genosse Leinert am Dienstag im
preußischen Abgeordnetenhaus dem Zentrum erteilt hat, ist dieser
Gesellschaft bisher noch niemals von der Tribüne des Junkerparla-
ments herab erteilt worden.

Einige Mitglieder der Zentrumsparlei, noch dazu solche, die ihre
Wahl in den Landtag der Sozialdemokratie verdanken, hatten kürz-
lich bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern aller-
hand Angriffe gegen uns gerichtet und dann nach bekannter Manier
für den Schluß der Debatte gestimmt, so daß uns die Möglichkeit
einer Erwiderung genommen wurde. Genosse Leinert holte das
Verständnis am Dienstag in der Generaldebatte zum Etat der Berg-,
Hütten- und Salinenverwaltung nach, und er holte es so gründlich
nach, daß die gestäubten Zentrumsmitglieder vor Wut tobtten. Die ganze
niederträchtige Verlogenheit, den jahrelang fortgesetzten schürfischen Ver-
rat dieser frommen Vertreter für Wahrheit und Recht schilderte unser
Redner in eindrucksvoller, ihre Wirkung nicht verkennender Art.
Immer unruhiger rüdten die von ihm namentlich als Lügner
und Verräter gebrandmarkten Mitglieder des Hauses auf ihren
Sesseln hin und her, immer unheimlicher wurde ihnen zu Mute.
Durch allerhand Zwischenrufe glaubten sie unseren Genossen aus der
Ruhe bringen zu können, aber es gelang ihnen nicht, Leinert das
Konzept zu verderben.

Die Haltung des Zentrums bei der Beratung des Wuchertarifs,
seine Haltung bei der Finanzreform, seine Vernachlässigung des
Arbeitersehns im Reich und in Preußen, sein längster Verrat in
der Wahlrechtsfrage, alles wurde den Herren vor Augen geführt, nichts
wurde ihnen geschenkt. Die jesuitischen Anstiche, mit denen die Sippchaft
seit Jahren gewohnt ist, sich aus der Schlinge zu ziehen, werden diesmal
verlassen. Komte doch Leinert dem Hause die Originalbriefe von
Zentrumsabgeordneten unterbreiten, die sich durch eigenhändige
Unterschrift auf bestimmte Forderungen der Sozialdemokratie ver-
pflichtet hatten, um mit unserer Hilfe in den Landtag einzugehen zu
können! Konnte er doch an der Hand zahlloser Beispiele die Un-
zuverlässigkeit, ja die Vagendastigkeit des Zentrums dartun.
Endlich ist dieser Partei, die Leinert am Schluß seiner von allen
Seiten mit Spannung ausgenommenen Rede als die Partei
gemeinsamer, niederträchtigster und bewußter
Deuselei und Verlogenheit bezeichnete, die Maske vom
Gesicht gerissen.

Diese Kritik am Zentrum bildete den Schwerpunkt der Debatte.
Natürlich kamen bei Leinerts Ausführungen auch die Arbeiterfragen
nicht zu kurz. Es ist überflüssig, zu sagen, daß unser Redner sich
auf wärmste der Interessen der Bergarbeiter annahm und mit
Nachdruck die Gewährung des Koalitionsrechtes, eine anständige
Behandlung und höhere Löhne forderte.

Am Mittwoch wird die Debatte, die noch recht interessant zu
werden verspricht, fortgesetzt.

Grober Unfug.

Aus dem Prozeß gegen den Genossen Herkeri in Frankfurt
am Main ist schon bekannt, daß die Frankfurter Justiz gegen die
Wahlrechtsdemonstranten mit dem Mittel des Paragraphen
über den groben Unfug vorgehen will. Die Strafkammer des
Frankfurter Landgerichts glaubte, den „groben Unfug“ durch eine
Geldstrafe genügend gesühnt zu haben. Anders das Frankfurter
Amtsgericht. Es will aus dem gleichen Geist heraus,
aus dem der Staatsanwalt im ersten Prozeß wegen Wahlrechts-
demonstration, um ein Beispiel zu statuieren, eine Strafe von
7 Monaten beantragte, gegen die Wahlrechtsdemonstranten nur mit
Freiheitsstrafen vorgehen. Es werden gegen die Teilnehmer
an der Kundgebung am Sonntag, den 13. Februar, die von der
Polizei verhaftet worden sind, Strafen von fünf Tagen und mehr
festgesetzt und zwar ohne mündliche Verhandlung, durch
einen Strafbefehl. Ein Schutzmacher, der nichts weiter getan hat, als nach
der Auseinandersetzung einer kleinen Zahl von Versammlungsbesuchern
durch berittene Schutzeleute seinem Begleiter die Worte: „hier-
her, herher“ zugerufen hat, soll fünf Tage hinter schwebenden Gardinen
sein Verbrechen büßen. Dem Bericht ist es „offensichtlich“, daß
durch das eine Wort die Dispositionen der Polizei zur Herbei-
führung der Ordnung und Sicherheit auf der Straße vereitelt und
der vorgeprengte Trupp wieder gesammelt werden sollte. Natürlich
wird in diesem wie in allen anderen Fällen mündliche Verhandlung
beantragt werden, denn durch die Unentersägung eines Affektors
oder Amtsrichters lassen sich Wahlrechtsdemonstranten nicht ein paar
Tage ihre Freiheit nehmen.

Der Hanfabund.

Der Gesamtschutz des Hanfabundes war Dienstag vormittag
in Berlin zu einer Sitzung zusammengetreten. Geheimrat Nieher
mandte sich scharf gegen die namenlos einseitige Interessenpolitik des
Bundes der Landwirte: Die Gründung des Hanfabundes sei eine
Notwendigkeit gewesen und ein neuer Frühling sei damit angebrochen.
Deutschland würde es sehr schlecht gehen, wenn Handel, Gewerbe
und Industrie sich nicht in Blüte befänden.

Der neue Direktor des Hanfabundes, Oberbürgermeister a. D.
Knobloch besprach die Vertretung des Handels und der Industrie

in den Parlamenten und kam zu dem Schluss, daß in erster Linie dafür gesorgt werden müsse, daß auch in den parlamentarischen Körperschaften dem Handel und der Industrie eine stärkere Vertretung eingeräumt werde. Der Hansabund gedenkt nächstens eine statistische Arbeit zu veröffentlichen, in welcher die Lasten nachgewiesen werden sollen, die in den letzten zehn Jahren dem Handel, dem Handwerk und der Industrie aufgebürdet worden sind. Der Hansabund hat weiter die Absicht, den Konsumvereinen zu Hilfe zu gehen, von denen behauptet wird, daß sie eine schwere Schädigung des Mittelstandes bedeuten.

Zu Beginn der Tagung wurde ein Begrüßungstelegramm an den Kaiser geschickt. Auf jeden einzelnen Redner wurde nach Schluß seines Vortrages das übliche Hoch ausgedrückt, und in anscheinend sehr fidele Stimmung gingen die Herrschaften auseinander.

Wenn es noch eines Beweises dafür bedürft hätte, daß der Hansabund in Grundzuge seines Wesens reaktionär ist, dann wäre dieser Beweis erbracht durch die Haltung, die der Hansabund den Konsumvereinen gegenüber einnehmen will. Der Hansabund gedenkt durch diese Konzeption an den Mittelstand die Wähler aus diesen Kreisen für sich einzufangen zu können.

Noch einmal die Marineeschlammerei.

Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ fühlen das dringende Bedürfnis, der dortigen Werkverwaltung in ihrer prekären Lage, in die sie durch die Entschaltungen in der Budgetkommission geraten ist, zu Hilfe zu eilen. Da die Nichtigkeit der Seberingschen Angaben, soweit es sich um die Tatsache, daß in ein in das Eis geflageltes Loch Gegenstände versenkt worden sind, handelt, nicht bestritten werden können, so betet das genannte Blatt der Werkverwaltung das Sprüchlein nach, es handle sich nur um wertlose Abfälle, die bei der Abführung gefunden worden seien. Demgegenüber behaupten die Gewährsmänner unseres Genossen, daß die Untersuchung sehr mangelhaft ausgeführt worden ist. Sie dauerte kaum eine halbe Stunde und wurde mit Stangen und Werkzeugen vorgenommen, die zu diesem Zwecke höchst ungeeignet waren. Trotzdem fand man ein Stück gutes Segeltuch von 7 Meter Länge, ein 2 Meter langes Kupferrohr, ein gewundenes Kupferrohr von 3 bis 4 Meter Länge, zwei Säde voll Schlemmkreide usw. Was würde man aber erst gefunden haben, wenn, wie das bei dem moorigen Untergrund allein richtig gewesen wäre, die Abführung durch Taucher hätte vornehmen lassen. Die Werkverwaltung und die ihr dienenden Mütter haben also gar keine Ursache, sich aufs hohe Ross zu setzen und von völliger Hastlosigkeit der Seberingschen Beschuldigungen zu sprechen. Entweder hat man die Gegenstände dort versenkt, um sie bei passender Gelegenheit aus dem Werkbetriebe hinauszubringen und zu Geld zu machen, oder man hat sie versenkt, um bei der Inventuraufnahme keinen Ueberstand zu haben und sich auf diese Weise unbesorgene Schreiarbeit zu ersparen. Die letztere Annahme ist für die Werkverwaltung die blamablere, weil eine solche Materialverschwendung nur in einem Betriebe möglich ist, wo es selbst der oberen Verwaltung an dem erforderlichen Verantwortlichkeitsgefühl fehlt. Im übrigen wird im Plenum des Reichstags die Angelegenheit noch gründlich behandelt werden; gründlicher jedenfalls, als es der Marine- und der Danziger Werkverwaltung lieb sein wird.

Die Stichwahl in Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach hat, wie zu erwarten war, mit dem Siege des Zentrums geendet. Die Sozialdemokratie hätte nur siegen können, wenn die Liberalen vollständig für sie eingetreten wären und noch einige tausend bisheriger Nichtwähler mobil gemacht werden konnten. Weder das eine noch das andere war möglich. Es ist der Sozialdemokratie nur gelungen, einige hundert bisher säumiger Elemente an die Wahlurne zu bringen und die Nationalliberalen hat sie, von einem kleinen Teil abgesehen, nicht aus ihrer Watschlappigkeit aufzurütteln vermocht. Es ist ein sonderbares Gemisch, was sich in diesem Wahlkreise „liberal“ nennt. Scharfmacherische Großindustrielle, die den konservativen Verwandt sind, muskeltische Bauern von ebenfalls konservativer Gesinnung auf der einen und jungliberale Draufgänger von zum Teil demokratischem Empfinden auf der anderen Seite; dazwischen eine breite Masse gemächlichen Mittelstandes mit kleinlichen Alltagsorgen und Kirchchumsinteressen. Die verschiedenen Richtungen ohne Zusammenhang, ohne verbindende und verpflichtende Organisation. So kann es denn nicht wundern, daß von den Liberalen für den zweiten Wahlgang nicht weniger als drei Wahlparolen ausgegeben wurden. Von Mülheim aus, wo die Jungliberalen einigen Einfluß haben, erging die Weisung: keine Stimme dem Zentrum! In Gummersbach, wo ein scharfmacherischer Großindustrieller den Ton angibt, beschloß man, gar keine Wahlparole auszugeben, und in Bensberg kam man überein, sich der Wahl zu enthalten. Mehr an Zufahrtzeit ist wohl nicht gut denkbar! Und das schönste ist, daß die Wähler überall so ziemlich das Gegenteil getan haben, was die Wahlparole ihrer Bezirke ihnen vorschrieb. In Mülheim, wo die Liberalen den Sozialdemokraten noch am weitesten entgegenkamen, haben sie sich sehr schlapp benommen, dort haben wir von den 1771 liberalen Stimmen höchstens 300-400 erhalten; in Gummersbach, wo man nicht mal eine Wahlparole auszugeben wagte, haben die liberalen Arbeiter, Kleinbürger und Bauern teilweise recht zahlreich für uns gestimmt, und in Bensberg, wo man Wahlschlammerei proklamierte, sind die Liberalen zum guten Teil auf die Seite des Zentrums getreten. Bismarck, Hülsslosigkeit und Watschlappigkeit an allen Ecken und Enden im liberalen Lager! Und in lächerlichem Gegensatz dazu stand die Großmütigkeit der liberalen Redner, die bis zum Tage des ersten Wahlganges taten, als ob sie das Zentrum mit Haut und Haaren verpöhlen wollten und, um diesen lässlichen Zweck zu erreichen, selbst mit dem Teufel zusammengehen würden, geschweige denn mit den Sozialdemokraten! Von den 8600 liberalen Wählern ist noch nicht ein Viertel in der Stichwahl auf die Seite der Sozialdemokratie getreten, und da das Zentrum, wie man genau ermitteln kann, nur 300-400 Christlichsoziale für sich gewonnen hat, so kann man mit Bestimmtheit annehmen, daß an seiner Zunahme von 1100 Stimmen 700-800 liberale Wähler beteiligt sind. Das ist die Art, wie der Liberalismus der blauschwarzen Reaktion gegenüber die Sache der Kultur und des Fortschritts vertritt!

Wenn die jetzige Wahl unseren Genossen auch nicht in vollem Maße den gewünschten Erfolg gebracht hat, so ist sie und dennoch von Nutzen gewesen. Wir betrachten sie als Vorzeichen, als Übung für die bevorstehenden allgemeinen Wahlen. Wir haben erkannt, wo unsere schwachen Stellen sind — hier werden wir auszubessern haben; wir haben auch erfahren, wo hoffnungsvolle Ansätze sind — hier werden wir auszubauen und vorzubringen haben. Der Wahlkampf ist aus — es lebe der Wahlkampf!

Die „Ironie“ der Zentrumsdiplomaten.

Der „Kölnischen Volkszeitung“ ist etwas Unangenehmes passiert. Einer ihrer Berliner Mitarbeiter hat in einem an die Adresse von Bethmann Hollweg gerichteten Artikel der Welt offenbart, wie sich die Zentrumsdiplomaten die moderne Regierungskunst denken. Danach soll man die

Völker durch „allerhand schlaue Tricks“ zu „freiwilliger Geselligkeit“ veranlassen und sie durch Arbeit hinter den Kulissen leiten, ohne daß sie es merken. Der Redaktion ist diese Enthüllung jesuitischer Diplomatie nachträglich auf die Nieren gefallener, und jetzt kommt das Blatt mit der Behauptung, daß der Artikel nur ironisch gemeint sei. Dabei vergißt das Blatt, daß in dem Artikel sich die ausdrückliche Versicherung befindet, daß Besagte gelte „nicht bloß im staatlichen, sondern auch vom politischen, kirchlichen und kommunalen Leben“. Und weiter heißt es: „Es gibt in der Tat nur einen einzigen Weg, die Menschen zu leiten und für eine bestimmte Tätigkeit zu gewinnen — das ist, daß man sie dazu bringen kann, freudig zu gehorchen. Jeder Geistliche weiß ein Lied davon zu singen.“

Will das fromme Blatt etwa den Vortwurf auf sich nehmen, daß es mit der Kirche und der Geistlichkeit seinen Spott getrieben habe?

Die Vertrauensseligen.

Im Frühjahr 1908 tagte in Köln eine Bezirksversammlung der katholischen Arbeitervereine Köln-Mülheim. Die Versammlung beschäftigte sich auch mit der Frage der preussischen Wahlreform und nahm nach einem diesbezüglichen Vortrage eine Resolution an, worin das Dreiklassenwahlrecht bezeichnet wurde als ein Unrecht, da es den weitest größten Teil der preussischen Bevölkerung von der Mitbetätigung bei der Staatsverwaltung ausschaltete. Dann hieß es:

„Die Versammlung richtet an alle volkfreundlichen Parteien das Ersuchen, für die Einführung des Reichstagswahlrechts zu den preussischen Landtagswahlen einzutreten. Die wirksamste Agitation gegen das bestehende Wahlrecht glaubt die Versammlung durch Massenbeteiligung an den nächsten Wahlen und durch Stärkung des Zentrums zu finden. Die Versammlung erachtet das Zentrum als eine zuverlässige Partei in dieser wichtigen Frage, denn es hat seit langen Jahren die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen gefordert.“

Die katholischen Arbeiter haben bei den Landtagswahlen 1908 das in dieser Resolution gegebene Versprechen gehalten, sie haben sich zahlreich an den Wahlen beteiligt und zur Stärkung des Zentrums beigetragen. In welcher Weise das Zentrum ihr Vertrauen gelohnt hat, beweist das Verhalten dieser Partei in der Wahlrechtskommission, wo es die „zuverlässige Partei“ fertig gebracht hat, das miserable Nachwort der Regierung noch miserabler zu gestalten. Und was auch immer dabei herauskommen wird, die katholischen Arbeiter werden das Werk des Zentrums als eine „nationale Tat“ preisen, genau so wie bei der Reichsreform, und leider ist Grund zu der Befürchtung, daß auch hier wieder die katholischen Arbeiter ihre Vertrauensseligkeit so weit treiben, der Schwimmpartei weiter zu folgen.

Wie Arbeitervertreter im Zentrum behandelt werden.

Ein recht bezeichnender Vorgang, der zeigt, eine wie jämmerliche Rolle die Arbeitervertreter in der Zentrumsparlei spielen, trat sich in der Bochumer Stadtverordnetenversammlung zu. Die Zentrumsparlei hat zwei Arbeitersekretäre Stadtverordnetenmandate verschafft. Diese beiden Stadtverordneten haben sich aber bisher noch nicht getraut, irgend welche Initiative zu ergreifen. Sie bewilligten ohne Widerrede z. B. 14 000 M. für den Wiederaufbau der Burg Altona und waren stets bestrebt, es ja nicht mit der reaktionären Mehrheit zu verberben. Der Umstand, daß im laufenden Jahre die Kommunalsteuerzuschläge von 105 auf 220 Proz. erhöht werden sollen, brachte es mit sich, daß sie sich gezwungen fühlten, einen Antrag auf Einführung der gewerblichen Kopfsteuer einzubringen, der die großen Werke und Fabriken zur höheren Steuerleistung heranziehen sollte. Als nun der Arbeitersekretär Wilsing das Wort zur Begründung des Antrages erhielt und einige Minuten gesprochen hatte, wurde er von den Werkvertretern und von den eigenen Fraktionsmitgliedern in demonstrativer Weise gestört. Sogar Mitglieder des Magistrats beteiligten sich daran. Schließlich verließ die Mehrheit unter Protest den Saal, mit ihnen der Führer der Zentrumsfraktion, Herr Löchtermann, der erklärte: „Das ist ja eine Schweinerei!“

Die Bürgerschaftswahl in Hamburg.

Mit der am Montag vollzogenen „Wahl“ der Notabelnvertreter sind alle Privilegierten und Klassen der Republik Harmonia zu ihrem „Rechte“ gekommen. Bei dieser Wahl — roots Erneuerung — hatten nur wenige Hundert Wähler ihr Wort abzugeben, nachdem sie schon in ihrer übergroßen Mehrheit als Grundeigentümer und als erbklassige Wähler bei den vor kurzem stattgefundenen Wahlen ihre staatsverhaltenden Stimmen in die Wahlscheibe geworfen hatten. Die aus der Rechten, dem linken Zentrum („liberale“ Wahlrechtsräuber) und der Linken (ein Gemisch von allen möglichen „liberalen“) bestehenden alten Fraktionen, die in geheimer Sitzung den Wahlrechtstaus inagierten, haben insgesamt fünf, die Sozialdemokraten einen Sitz verloren und die Vereinigten Liberalen, die mit Hilfe der Sozialdemokratie bei den Notabelnwahlen zwei Mandate erhielten, sechs Sitze gewonnen. Die Rechte zählt jetzt 88, das linke Zentrum 35, die Linke 37, die Vereinigten Liberalen 29 und die Sozialdemokraten 20 Sitze, während einer sich als fraktionslos bezeichnet. Der Wahlrechtstaus hat der Sozialdemokratie also ein Mandat geloset, woraus die scharfmacherischen „Hamb.“ Nachrichten folgern: daß das bestehende Wahlgesez seinen Zweck: Eindämmung der Sozialdemokratie — vollkommen erfüllt, dagegen das Bürgerrecht in allen seinen Teilen vollst zu seinem Rechte gekommen ist.

Der als „Republik“ firmierte Klassenstaat zeigt noch eine widerwärtigere Frage als viele monarchische Staatsgebilde.

Hamburg und die Schiffsabgaben.

Am Sonnabend, dem Schlußtage der alten Bürgerschaft, wurde die Beratung des Staatsbudgets beendet. Bei Titel „Senatskommission für die Reichs- und auswärtigen Angelegenheiten“ fragte Genosse Stolten an, wie der Hamburger Senat im Bundesrat zu den Schiffsabgaben Stellung genommen habe. Die Hansische sollen im Gegensatz zu süd- und mitteldeutschen Staaten dem neuen preussischen Projekt zugestimmt haben. Daß die Sache schon definitiv entschieden sein kann, halte er für unmöglich, da zweifellos die Schiffsabgaben auf natürlichen Wasserläufen gegen Artikel 54 der Reichsverfassung verstoßen. Er könne nicht glauben, daß der Senat einem Projekt zugestimmt habe, das im Grunde rein ozeanischen Interessen diene. Die Bürgerschaft könne verlangen, daß sie über so wichtige, die Interessen Hamburgs nahe berührende Fragen rechtzeitig informiert werde. Redner ersuchte um gründliche Auskunft.

Senator Dr. Diefel erklärte, der Senat vermeide es, über schwebende Fragen, die der Bundesrat unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt habe, zu reden. Wohl aber sei er frei bereit, vertraulich seine Stellung zu wichtigen Fragen zu präzisieren. Der Ausschuß, dem Mitteilung gemacht sei, habe sich befriedigt erklärt und dem Senat für richtige Wahrung der Interessen Hamburgs volles Vertrauen bekundet. Von seinem damaligen Standpunkt sei der Senat nicht abgewichen.

Die Gemeinden und das preussische Wahlrecht.

Zu den rückständigsten Gemeinden Preußens gehört ungewisslich Altona, für die als einziger mildernder Umstand die unmittelbare Nähe Hamburgs in Betracht kommt. Um die Großstadt Altona in modernere Bahnen zu lenken, wählte man im vorigen Jahre den früheren Gemeindevorsteher von Friedenau bei Berlin, Schnaden-

burg, zum ersten Bürgermeister. Die großen Gesichtspunkte, nach denen dieser Herr sein Amt zu verwalten versprach, beschränkten sich vorläufig darauf, daß er Sitzantrag gegen den Stadtverordneten Genossen Dr. Herz gestellt hat wegen angeblicher Verleumdung des Leiters der Gasanstalt, obwohl Herz nur allgemein bekannte Mißstände erörtert hat. Von großen Gesichtspunkten getragen war am Donnerstag auch die Antwort Schnadenburgs auf den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wegen Abfindung einer Peitition an die Staatsregierung und an das Abgeordnetenhaus um Einführung eines nach Art des Reichstagswahlrechts ausgebauten Landtagswahlrechts für Preußen. Der Herr Bürgermeister erklärte, der Antrag sei politisch und gehe über den Zusammenhang mit den örtlichen Interessen hinaus. Auch einen liberalen Antrag, um die Einführung der geheimen Wahl bei den Kommunalwahlen zu peititionieren, lehnte Herr Schnadenburg aus den gleichen Gründen ab. Für diesen Antrag stimmten nur einige Wählerliche und die sozialdemokratische Fraktion. Dieses moderne Städtchöpfchen will aber im Herrenhause für die Einführung des geheimen Kommunalwahlrechts eintreten.

Der gemäßigtere Kriegsgerichtsrat.

Dem Kriegsgerichtsrat Voll in Königsberg ist verboten worden, noch weiterhin dem Ostmarkenverein anzugehören, und dem Beamten ist jetzt auch nahegelegt worden, aus dem konservativen Verein auszutreten. Der Grund für diese politische Maßregelung liegt darin, daß Kriegsgerichtsrat Voll, trotzdem ihm ein Landrat vor diesem Beginnen gewarnt hatte, es burchgelegt hat, daß der konservative Verein in Königsberg eine Resolution zugunsten der Erbschaftsteuer annahm.

Diese Hypothese hat nun dazu geführt, daß der Kriegsgerichtsrat Voll aus den politischen Vereinen, in denen er bisher tätig war, ausscheiden mußte. Von kundiger Seite wird behauptet, daß es der Bund der Landwirte war, der dieses Vorgehen veranlaßt hat.

Oesterreich-Ungarn.

Etatberatung.

Wien, 1. März. Im Abgeordnetenhaus begann heute die erste Lesung des Budgets für 1910. Der Abgeordnete Weer (Soz.) verlangte endliche Abkehr von der die gesamte Volkswirtschaft schädigenden bisherigen Zoll- und Handelspolitik und trat für raschesten Abschluß der Handelsverträge mit Serbien und den anderen Balkanstaaten ein.

Abg. Schuberger wendete sich dagegen, daß von Regierungsdeutschen gesprochen werde. Durch die Ereignisse der letzten Zeit seien die Deutschen von der Regierung noch weiter abgerückt. Die Zusammenschließung nationaler Parteien habe auch die Deutschen veranlaßt, sich auf einer nationalen Grundlage zusammenzuschließen. Der schwedische Abgeordnete Waza kritisierte das gegenwärtige Regierungssystem. Die Befestigung des jetzigen slawenfeindlichen Regimes sei das Lösungswort aller slawischen Parteien. Es gehe nicht an, daß im Hause des allgemeinen Wahlrechts die Mehrheit der Ministerbank von Deutschen gebildet werde, während die Slawen sich in entscheidender Minderheit befinden. Das Haus verhandelte dann über Dringlichkeitsanträge.

Ein kirchlicher Unterrichtsminister.

Budapest, 1. März. Wie das ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau aus Wien meldet, erfolgte in der heutigen Sitzung des Ministerpräsidenten Grafen Khuen-Hedervary beim Kaiser die Ernennung des Grafen Johann Zich zum Unterrichts- und Kultusminister.

Obstruktionsfolgen.

Wien, 1. März. Die Finanzkommission des Bundesauschusses hat heute beschloffen, mit Rücksicht auf das wegen der deutschen Obstruktion nicht bewilligte Budget Sireichungen an den Ausgaben für Schulzwecke, an Sanitäts-, Humanitäts- und Vautensubventionen im Betrage von 18 Millionen Kronen vorzunehmen. Für Humanitäts- und Sanitätsanstalten allein wurden über vier Millionen gestrichen. Weitere Ersparungen werden erwogen.

Frankreich.

Sicherung des Wahlgeheimnisses.

Paris, 1. März. Der Senat hat den von der Kammer bereits genehmigten Gesetzentwurf betr. die Sicherung der Wahlfreiheit und des Wahlgeheimnisses mit einigen Abänderungen angenommen. In dem Entwurf handelt es sich vor allem um die Einführung von Briefumschlägen für die Stimmzettel.

England.

Eine fromme Rede.

London, 1. März. Der König hat heute im Buckinghampalast die Erzbischöfe von Canterbury und York und viele Mitglieder der beiden Kammern gelegentlich der Enderkung der Kirchgewrobinzen Canterbury und York empfangen. In seiner Antwort auf die an ihn gerichteten Ansprachen sagte der König, die Anerkennung seiner Bemühungen um die Erhaltung des Weltfriedens erfülle ihn mit Freude. Er sei überzeugt, daß mit der fortschreitenden Festigung der Einfluß der christlichen Lehre auf die Seelen zunehme und daß die Menschen in immer wachsendem Maße die Liebe zum Frieden in ihre Herzen pflanzen. Von ihm aber hänge Gesundheit, Glück und Fortschritt aller Nationen ab. Er bete beständig, daß das Land vor den Gefahren und dem Glanz eines Krieges bewahrt bleiben möge, da in dieser neuen Zeit ein Krieg den Untergang von Millionen herbeiführen würde. Er danke Gott für die Erhaltung guter Beziehungen und freundschaftlicher Gefühle zwischen den Großmächten. Selten in der Geschichte sei der Wunsch nach Frieden so weit durch das ganze Reich verbreitet gewesen. Die Ruhe der Kolonien sei durch den Abschluß der südafrikanischen Union gefördert worden, dies sei in einem Lande geschehen, wo sie während so langer Zeit schwer gelitten war. Nun werde sein Sohn diese vereinigten Kolonien besuchen, um das Siegel einer Verödung zu legen, an der holländische und britische Untertanen treu gearbeitet hätten.

Im jüngeren Jahren redete Edward weniger vom Götzen und mehr von der Liebe. Aber die Zeiten ändern sich. Daß aber der Republikant des britischen Imperialismus gar so viel für den Frieden betet, ist nicht sehr beruhigend. Und wäre schon lieber, er täte für den Frieden etwas Wirksames.

Marokko.

Mulay Hafids Nachgiebigkeit.

Paris, 29. Februar. Nach einer Meldung der „Agence Habas“ aus Fez hat der Sultan die Abkommen mit Frankreich nunmehr vollständig ratifiziert.

Amerika.

Die Pfaffen gegen den Sozialismus.

In New-York hat die katholische Kirche einen Feldzug gegen den Sozialismus eröffnet. In jeder der Versammlungen, die im katholischen Vereinshaus, Madison Ave., stattfinden, führt ein hoher Geistlicher den Vorkitz, in der ersten der Erzbischof selbst. Demstreitbaren Erzbischof von Milwaukee ist der Versuch, die sozialistischen Zerkeren im Kirchenstil zu widerlegen, unseren sachkundigen Genossen gegenüber übel bekommen. Selbstverständlich finden nur Vorträge, zu denen nur Männer zugelassen werden, ohne Diskussion statt. Unter den Rednern ist auch der „Arbeiterführer“ Mitchell von der Cible Federation.

Gewerkschaftliches.

Christenstaatlicher Terror!

Wie die „Vergarbeiter-Zeitung“ mitteilt, sind an a. u. s. ländische Verbandsmitglieder im Ruhrbeden Ausweisungsbefehle ergangen. Diese Ausweisungsbefehle werden wieder rückgängig gemacht, wenn die Ausgewiesenen dem Gewerkeverein christlicher Vergarbeiter beitreten. So erging es dem früheren Kassierer Müller des Vergarbeiterverbandes in Horstern. In Döhlen ist einem Vergarbeiter die Ausweisung zugestellt worden, der schon 19 Jahre im Ruhrbeden ist und sich redlich durchgeschlagen hat. Der katholische Geistliche Bröder will die Ausweisung rückgängig machen, wenn der Mann die Kinder katholisch taufen lassen will!!!

Herr Bröder arbeitet mit größtem Hebereifer gegen den Verband und für den Gewerkeverein. Er sucht die Wohnungen der Verbandsmitglieder auf. Die Folge ist Unfrieden in der Familie! Das Eigenartige ist, daß die christlichen Agitatoren des Gewerkevereins den ausländischen Verbandsmitgliedern drohen, daß, wenn sie nicht ihren Vertritt aus dem Verband in den christlichen Gewerkeverein erkoren, sie seitens der Polizei ausgewiesen würden.

Die „Vergarbeiter-Zeitung“ wirft die Frage auf: Ist ein Abkommen zwischen der Polizei im Redlingerhauer Revier und dem Gewerkeverein bzw. der Zentrumsparcei getroffen worden, wonach mit den Ausweisungen so verfahren werden soll, wie oben angegeben?

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Holzarbeiter.

Nachdem die am 21. Februar abgehaltene Versammlung der Vertrauensmänner des Holzarbeiterverbandes nochmalige Verhandlungen mit den Unternehmern verlangt hatte, haben die Berliner Verbandsvertreter im Laufe der vorigen Woche wieder zwei Sitzungen mit den Unternehmern abgehalten. Ueber die Ergebnisse der erneuten Verhandlungen erlautete Glocke am Montag in einer Vertrauensmännerversammlung Bericht. Seinen Ausführungen gemäß liegt jetzt folgendes Resultat der Verhandlungen vor: Zu einer Verlängerung der Arbeitszeit waren die Unternehmer nicht zu bewegen. Sie erklärten, sie müßten auf diesem Standpunkt verharren, selbst wenn daran der Abschluß des Tarifs scheitern sollte. Hinsichtlich der schon bei den ersten Verhandlungen zugesagten Lohnhöhung von 5 Prozent, die am 1. Dezember gewährt werden sollte, von den Arbeitern aber sofort verlangt wird, haben die Unternehmer sich bereit erklärt, die Lohnhöhung vom 1. November ab einzutreten zu lassen. Die von den Arbeitern verlangte unbedingte Lohnsicherung bei Affordarbeiten ist nicht in vollem Maße erreicht worden, jedoch haben die Unternehmer in diesem Punkt ein weiteres Zugeständnis gemacht. Hiernach soll das Arbeitsverhältnis folgendes sein: Mit jedem Affordarbeiter ist in der ersten Woche seiner Beschäftigung ein vorläufiger und nach Beendigung des ersten Affords ein definitiver Lohn zu vereinbaren. Bei auhertariflichen Affordarbeiten wird der vereinbarte Lohn garantiert. Bei Kinderleistungsfähigkeit des Arbeiters kann das Affordverhältnis aufgehoben werden. — Das Verlangen der Arbeiter, daß alle Stellen nur durch den paritätischen Arbeitsnachweis besetzt werden sollen, ist nicht ganz erfüllt worden, doch sind die Unternehmer auch in dieser Hinsicht den Forderungen der Arbeiter einen weiteren Schritt entgegengekommen. Zu der bereits vorher vereinbarten Vertragsbestimmung über den Arbeitsnachweis soll folgende Fassung hinzutreten: Die Parteien verpflichten sich, den gemeinsamen Arbeitsnachweis, Vormannstraße 13, in erster Linie zu benutzen. Eine anderweitige Einstellung von Arbeitskräften ist nur dann zulässig, wenn der paritätische Arbeitsnachweis geeignete Arbeitskräfte innerhalb 24 Stunden nicht vermitteln kann. Andere Arbeitsnachweise sollen nicht benutzt werden.

Weiter führte Glocke aus, die Vertreter des Verbandes hätten mit allen Mitteln versucht, den Forderungen der vorigen Vertrauensmännerversammlung Anerkennung zu verschaffen, aber mehr als das vorliegende Resultat sei nicht zu erreichen gewesen. Die Sachlage sei jetzt die: Die Forderungen der Kollegen seien nicht in vollem Umfang erreicht worden. Nicht die Verlängerung der Arbeitszeit, auch nicht die sofortige Lohnhöhung sei bewilligt worden. In der Frage der Lohnsicherung und der obligatorischen Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises sei dagegen ein Fortschritt gegenüber den bisher geltenden Bestimmungen erreicht worden, wenn auch noch nicht alle Wünsche der Kollegen erfüllt seien. Es müsse berücksichtigt werden, daß es sich bei dieser Bewegung nicht allein um Berlin handele, sondern um 42 Städte Deutschlands, die mit Recht verlangen, daß die Berliner Kollegen auch auf die auswärtigen Kollegen Rücksicht nehmen. Da also immerhin ein Fortschritt ohne Kampf erreicht werden könne, so empfehle die Verwaltung, dem Abschluß eines Vertrages auf Grund der Vereinbarungen zuzustimmen.

In der regen Diskussion kamen entgegengesetzte Meinungen über die Stellung zu den vorliegenden Verhandlungsergebnissen zum Ausdruck. Ein Teil der Redner erklärten, sie könnten mit dem vorliegenden Resultat keinesfalls zufrieden sein. Es wurde die sofortige Lohnhöhung und die Verlängerung der Arbeitszeit um mindestens eine halbe Stunde verlangt. Ein Vertrag ohne Verlängerung der Arbeitszeit habe keinen Wert. Für diese Forderung könne man den Kampf wagen. — Andere Redner, die auch nicht mit dem Resultat zufrieden waren, erkannten an, daß dasselbe doch einen gewissen Fortschritt bedeute und rieten mit Rücksicht auf alle einschlägigen Verhältnisse, zum Abschluß des Vertrages. Allgemein wurde betont, daß man ein größeres Entgegenkommen der Unternehmer erwartet hätte.

Die Versammlung beschloß: Es soll nochmals mit den Unternehmern verhandelt werden, um die sofortige Bewilligung der Lohnhöhung von 5 Prozent zu erreichen. Wenn in dieser Hinsicht Zugeständnisse gemacht werden, dann soll einer demnächst zu veranstaltenden Generalversammlung der Abschluß des Tarifs auf der so geschaffenen Grundlage empfohlen werden.

Die Bodenleger hielten am Montagabend eine Branchenversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Der Obmann Kley erstattete einen Bericht über die bisherigen Verhandlungen zum Tarifvertrage im Holzgewerbe. Auf die Verhältnisse der Bodenleger ging er nur soweit ein, als er daran erinnerte, daß vom 1. April ab die Unternehmer eingegangene Verpflichtungen nach den Abmachungen vom letzten Streik zu erfüllen haben und daß es Sache der Arbeiter sei, streng darauf zu achten, daß besonders die alten Tarifpreise wieder gezahlt werden. Kley hob noch hervor, daß der Streik auch bei den vier Firmen, wo die Anerkennung der Gewerkschaft nicht durchgeführt werden konnte, Vorteile gebracht habe, denn auch diese Firmen seien jetzt gezwungen, das zu bezahlen, was der Tarif fordert, wenn sie gute Arbeiter haben wollen. — Die Abrechnung vom jüngsten Streik lag der Versammlung gedruckt vor. Einer Einnahme von 3015 M. stand eine Ausgabe von 2207,40 M. gegenüber; es verbleibt somit ein Bestand von 807,60 M.

Wasser! Der Wappmeister Otto Rosinski hat unterschrieben erklärt, für die Zukunft nur organisierte Offensiver zu beschäftigen und den vereinbarten Lohnsatz zu bezahlen. Die Firma ist daher für organisierte Kollegen wieder freigeben. In Betracht kommt der Bau, Tempelhof, Friedrich-Wilhelmstr. 39.

Die Verbandsleitung.

Achtung, Anstaltsarbeiter! Die Differenzen bei der Firma Friede, Weis, sind am gestrigen Tage zur Zufriedenheit für die Beteiligten beigelegt worden.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Insetatenteil verantw.: G. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, Berlin.

Achtung Schuhmacher! In der Schuhfabrik von Schweiger, Rungestr. 20/21, sind Lohnunterschiede entstanden; sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen haben die Arbeit niedergelegt, respektive keine Arbeit mehr erhalten. Wir ersuchen dieses zu beachten. Schuhmacherverband. Ortsverwaltung Berlin.

Kleber, Achtung! Die Firmen Kühne, Winterfeldstr. 18, und Linberg, Eisenacherstr. 47, — kehre für Dekorateur und Kundenarbeiter — sind gesperrt und streng zu meiden. Kundenarbeiter und Dekorateur sollen als Kleber gebraucht werden.

Gesperrt sind ferner folgende Bauten der Firma Waade u. Dangers: Rünbergstr. 57/58, N., Poenemündenerstr. 10/11, Rindorf, Herfurthstr. 23, Charlottenburg, Besalozstr. 54a; Preißstraße 29; Waglebenerstr. 12a; Waigstr. 13; Kaiserdam, Ede Willebenerstr.; Edmardstr., Ede Neue Grolmanstr.; Prengelstr. 14, Friednau, Lefebvrestr. 17; Varginerstr. 8, Sigdorf, Kanzenstr. 21; Veigstr. 7/8, NW., Klopffstr. 21, Charlottenburg, Bruno-Richterstr. 9, Tegel, Schanweberstraße. Unternehmer Linberg, Schöneberg, Eisenacherstr. 47; Bau Steglitz, Postingerstr., Ede Widmarstraße, Bau Cohn; Friedrichsruherstraße, Bau Branzdor, Wilmersdorf, Berlinerstr. 37, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 121, Westend, Kaiserdam 100/101, Steglitz II, Beamtenhäuser, Berlin, Große Frankfurterstr. 44. Die Verbandsleitung.

Streik der Kalksteinarbeiter in Wusterhausen. Infolge der in den Kalksteinwerken von Guttman, Niederlehme b. Königs-Wusterhausen, sind am 1. März circa 400 Arbeiter in den Streik eingetreten.

Deutsches Reich.

Auf falschem Wege.

Unter dieser Ueberschrift nimmt die „Vergarbeiter-Zeitung“ zu den Angriffen Neghäuser im „Korrespondent“ der Quädräder auf den Genossen Fischer und den „Vorwärts“-Betrieb Stellung.

Wir lassen den Artikel wörtlich folgen: „Der „Korrespondent“, das Organ des Deutschen Buchdruckerverbandes, bringt in Nr. 22 vom 22. Februar d. J. an erster Stelle einen Artikel, der sich mit der Person des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Richard Fischer beschäftigt. Der Inhalt dieses Artikels ist mindestens ebenso bedauerlich, als die Angriffe, wie sie seitens einzelner sozialdemokratischer Parteiführer früher gegen Gewerkschaftsbeamte geschleudert worden sind. Immerhin aber haben wir bisher erleben können, daß in den meisten Streitfällen schließlich es wieder zu einem friedfertigen Verhältnis zwischen den einzelnen Persönlichkeiten kam, schon mit Rücksicht auf die Arbeiterbewegung selbst. Das war gut. Um so weniger verständlich ist es, wenn es immer noch Leute in führenden Stellen in der Arbeiterbewegung gibt, die ohne Rücksicht auf die gemeinsamen Kämpfe, die nun einmal die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften zu führen haben, ihrem gegenseitlichen Haß immer weiteren und schärferen Ausdruck geben. Das ist der Fall mit Richard Fischer und Ludwig Neghäuser, der Redakteur vom „Korrespondent“ ist. Der Streit zwischen diesen beiden Personen will kein Ende nehmen, zum Gaudium der Gegner der Arbeiterbewegung. Fischer ist Geschäftsführer des „Vorwärts“-Betriebs in Berlin, nach Meinung Neghäusers deckt er mit seiner Person und Namen das ganze Gewerkschaftsgebäude in diesem Betriebe. Kein anderer Buchdruckerbetrieb ist so häufig der Gegenstand von Angriffen seitens des Buchdruckerorgans gewesen, als der „Vorwärts“-Betrieb, von dem wir sagen können, daß nur Uebertreibungen aus ihm das machen können, was der „Korrespondent“ aus ihm gemacht hat! In jeder Offizin, vornehmlich in den größeren, kommt immer etwas vor, was vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus hier und da zu beurteilen ist. Aber dann muß auf legalem Wege Abhilfe geschaffen werden. Wer aber den „Korrespondent“ seit Jahren verfolgt und seine Angriffe gegen den „Vorwärts“ liest und prüft, der muß zu der Ueberzeugung kommen, daß diese Angriffe weniger „schlimmen Zuständen im „Vorwärts“-Betriebe“, als persönliche Haß entspringen. Wir haben Fischer nicht zu verteidigen. Auch von ihm wünschen wir Zurückhaltung und worauf es ankommt, Fischer hätte im Deutschen Reichstag am 12. Februar gegenüber dem nationalliberalen Abg. Dr. Görde sich mit den sachlichen Feststellungen von Tatsachen über den „Vorwärts“-Betrieb begnügen, die Person Neghäusers aber völlig aus dem Spiele lassen sollen. Das ist leider nicht geschehen. Und so will nun Neghäuser in einer Broschüre antworten — in seiner Weisel nicht nur der „Vorwärts“-Betrieb und der Abg. Fischer sollen Gegenstand seiner weiteren Angriffe bilden; auch anderes Material gegen die sozialdemokratische Partei soll in der Broschüre Verwendung finden. Köme ein solche Drohung aus dem Lager der Rinken-Gladbacher, oder aus den Kreisen des bekannten Reichsverbandes, wir würden mit großer Ruhe die Schrift abwarten. Aber wir legen dagegen heute schon Verwahrung ein, wenn sich innerhalb der Gewerkschaftsbewegung die Praxis breit machen soll, persönliche Kränkungen mit Broschüren à la Schmacher Fischer zu beantworten. Dem werden wir nicht ruhig zusehen. Neghäuser mag seine geistigen Fähigkeiten anwenden, um wirklichen Mängeln im Buchdruckerberuf nachzuspüren. Er hat auch das Recht, in geeigneter Weise einzugreifen, wenn es sich um Abstellung von Mängeln in Partei- und Gewerkschaftsdruckerien handelt. Aber solange er an solchem Plage steht, wie heute, gebietet ihm die Rücksicht auf die gemeinsame Kampfesstellung der sozialdemokratischen Partei und freien Gewerkschaften, daß er sich Verhinderung auferlegt in der Behandlung von Leuten, die mit in Reih und Glied stehen im Kampfe gegen die Arbeiterfeinde ringsum! Die Zeit ist zu ernst und die Kämpfe der Arbeiter sind zu schlimm, als daß Eigenbrötlern und Querulanten Raum gegeben werden kann für ihre unfruchtbaren, ja arbeiter-schädigenden Sonderheiten. Hoffentlich ist Neghäuser vernünftig genug, das einzusehen.“

Ein gelber Mustertarif.

Für die Steinseherinnung im Regierungsbezirk Marienwerder besteht ein Gesellenauschuh, dessen Mitglieder samt und sonders in einem Großbetriebe in Thorn beschäftigt sind. Der Inhaber dieses Betriebes verstand es, alle bei ihm beschäftigten Steinseher in einen gelben Verein, genannt „Gesellenbrüderschaft“, einzufangen. Dieser Gesellenauschuh hat nun neulich einen „Lohnsatz“ aufgestellt und bei der Innung zur Annahme gebracht, für den ihm diese ihre wohlverdiente öffentliche Anerkennung ausgesprochen hat. Zunächst forderte der genannte Ausschuh für Steinseher einen Einheitsstundenlohn von 70 Pf., ganz gleich, ob die Arbeit am Ort oder über Land ist. Die Innungsmeister waren verärgert und erklärten, daß der Arbeiter über Land höhere Aufwendungen machen und deshalb bei dieser Arbeit etwas mehr verdienen müsse. Sie setzten deshalb die Stundenlöhne auf 68 bzw. 71 Pf. fest. Diesen Vorschlag lehnte der Gesellenauschuh ab und beschloß, daß es bei den bisherigen Löhnen von 65 Pf. pro Stunde auf ein Jahr bleiben soll. Damit hat dann die Innung sich einverstanden erklärt und dem Gesellenauschuh, wie schon erwähnt, für seine hervorragende „Einsicht“ ihr besonderes Wohlwollen ausgesprochen. Es ist wohl selbstverständlich, daß hinter dem Beschluß des Gesellenauschuhes die den gelben Verein protezierende Firma steht; ist durch diesen Beschluß doch diese Firma in der Lage, den Innungsmitgliedern außerhalb Thorns die schärfste Konkurrenz zu machen. Die Organisation der Steinseher, die im vorigen Jahre in Graudenz einen Tarif zur Annahme gebracht hat, wird natürlich auch noch ein Wörtchen mitreden, wenn die Gelben ihr ins Gehege kommt und ihre Errungenschaften in Frage stellt. Diese angenehmen gelben Mitglieder sind doch einfach Idealmenschen für den Unternehmer: zwingen den Unternehmer, absolut weniger zu zahlen als er möchte. Hätte der Unternehmer ihnen den höheren Lohn nun doch ausbezahlt, sie hätten vielleicht gestreikt, um einen niedrigeren Lohn zu erreichen.

Bauschlösser.

Nachdem am 26. Februar die Bauschlösser von Grub-Stuttgart fast einstimmig beschlossen hatten, den am 1. April sonst auf ein Jahr weiter laufenden Tarif nicht zu kündigen, lief am Sonntag, den 27. Februar, bei dem Abgesehen ein Schreiben der Innung ein, worin diese den Tarif zum 31. März dieses Jahres kündigt. Die Unternehmer rechnen jedenfalls damit, daß ihnen die Situation im Baugewerbe Gelegenheit geben wird, den Bauschlössern schlechtere Arbeitsbedingungen aufzuzwingen zu können. Die Bauschlösser, die fast vollständig im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert sind, dürfen ihnen aber dies Bestreben vorbehalten lassen.

Zugung von Bauschlössern aus Stuttgart-Cannstatt ist streng fernzuhalten.

Der Streik der Steinseher in Pflaun i. V.

Der im vorigen Jahre bei Eintritt des Winters vertagt wurde, ist nunmehr wieder aufgenommen worden. Der Arbeitgeberverband hat bereits vor einigen Wochen die Vorlage eines Tarifs zugelangt, jedoch bemühen sich die einzelnen Unternehmer schon jetzt, einzelne der Streikenden zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, bisher mit negativem Erfolg.

Wann Zugung fern gehalten wird, so werden die voraussichtlich bald stattfindenden Verhandlungen zu einem für die Arbeiter günstigen Erfolge führen.

Die Schneider in Thalheim im Erzgebirge befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Unternehmer haben den Tarif und jede Verhandlung mit der Organisation abgelehnt. Ein Unternehmer maßregelte Verbandsmitglieder. Zugung nach Thalheim ist zu meiden.

In der Schuh- und Schäftefabrik von J. Rood in Speyer i. Pf. haben sämtliche männliche Arbeiter wegen Lohnunterschieden ihre Kündigung eingereicht, nachdem gütliche Verhandlungen erfolglos waren. Zugung ist fernzuhalten.

Kürschner, Achtung! Zugung nach Leipzig ist fernzuhalten, da die Kollegen der Bismarckstraße der Detailgeschäft und der Schweifbranche sich in einem Lohnkampf befinden.

Die Ortsverwaltung.

Die Damenschneider und Damenschneiderinnen in Nürnberg

sehen in einer Tarifbewegung. Für die Schneiderinnen, für die überhaupt noch kein Tarif besteht, soll ein solcher eingeführt werden. Für die Schneider wird eine Verbesserung des seit drei Jahren laufenden Tarifs verlangt. Der Entwurf für den Arbeiterinnentarif will u. a. auch der ungebührlichen Ausdehnung der Arbeitszeit zu weichen gehen. Er verlangt Festsetzung einer Wochenarbeitszeit von 54 Stunden, Zuschläge für Ueberstunden, Festsetzung von Minimallohn u. d. Die Unternehmer zeigen wenig Entgegenkommen, so daß ein Kampf nicht ausgeschlossen ist.

Ausland.

Ein Gewerkschaftsblatt in malaiischer Sprache.

Die Angestellten der Staatseisenbahn in Hollandisch-Indien haben im letzten Jahre eine Gewerkschaft gegründet, die in ganz energischer Weise die Interessen ihrer Mitglieder wahren und besonders zu deren Aufklärung und Fortbildung beitragen will. Seit einigen Monaten gibt sie schon ein eigenes Blatt, wenn auch in bescheidenem Umfang, heraus, das in malaiischer Sprache erscheint. Die Gewerkschaft hatte im Herbst schon 287 Mitglieder.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zur Lage in England.

London, 1. März. (B. L. B.) In parlamentarischen Kreisen sieht man eine Entspannung der politischen Lage als Ergebnis der Vorgänge des gestrigen Tages an. Man glaubt allgemein, daß, wenn nicht unvorhergesehene Schwierigkeiten eintreten, vor Schluß der Beratungen eine neue Krise nicht zu befürchten ist. Die Einbringung der auf das Oberhaus bezüglichen Resolutionen wird für den 29. März erwartet. Ihre Beratung dürfte etwa einen Monat in Anspruch nehmen. Zu einer Krise könnte es also normalerweise frühestens Ende April kommen. In liberalen Kreisen ist man voller Hoffnung, daß das Budget Lloyd Georges schließlich Annahme finden wird.

Ein liberaler Sieg in England.

London, 1. März. (B. L. B.) Der kürzlich ernannte Juniorlord des Schach's Dean ist in London-Öst (St. Georges) mit 1597 liberalen gegen 1090 konservativen Stimmen, die auf Simmons fielen, wiedergewählt worden. Bei den allgemeinen Wahlen hatte die liberale Majorität 434 Stimmen getragen.

Der schwedische Zolltarif.

Stockholm, 1. März. (B. L. B.) Der Regierungsentwurf über den neuen Zolltarif wurde heute dem Reichstag vorgelegt. Darin erklärt der Finanzminister, es habe sich bei den handelspolitischen Verhandlungen mit Deutschland gezeigt, daß die schwedischen Zollsätze sowohl formell als materiell wenig geeignet zu einer Basis für solche Verhandlungen seien. Da nun bald neue Verhandlungen erwartet würden, so wäre eine Revision augenscheinlich notwendig. Der Bericht der im Jahre 1906 dafür ernannten Kommission habe dem Regierungsentwurf als Basis gedient.

Für die Ueberschwemnten.

Paris, 1. März. (B. L. B.) Die Deputiertenkammer hat heute den Gesetzentwurf angenommen, welcher die Bank von Frankreich ermächtigt, den Ueberschwemnten unterzinsliche Darlehen bis zum Gesamtbetrag von 100 Millionen Franks auf fünf Jahre zu gewähren.

Eine große Messerfabrik.

Donauwörth, 1. März. (B. L. B.) Unweit des Bahnhofsvorplatzes Harburg bei Donauwörth fand eine furchtbare Messerfabrik statt. Der Schlosser Karlinger erschlug den Fabrikarbeiter Geyelberger, der Ueberschwemnten unterzinsliche Darlehen bis zum Gesamtbetrag von 100 Millionen Franks auf fünf Jahre zu gewähren. Der Täter wurde verhaftet. Er gab an, die Tat aus Notwehr begangen zu haben.

Brand eines Justizpalastes.

Konstantinopel, 1. März. (B. L. B.) In der vergangenen Nacht ist der Justizpalast in Adana abgebrannt.

Rüstungskoller in Amerika.

Washington, 1. März. (B. L. B.) Die Marinekommission des Repräsentantenhauses hat dem Bau von zwei Linienschiffen, einem Reparaturschiff, zwei Kohlen Schiffen und vier Unterseebooten zugestimmt.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Dergu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

45. Sitzung vom Dienstag, den 1. März, mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Deibrück.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

Wahl des Präsidenten.

Auf Vorschlag des Abg. Fehren v. Hertling (Z.) wird der Abg. Graf Schwerin-Löwis (kons.) per Akklamation zum Präsidenten gewählt.

Graf Schwerin-Löwis:

Meine Herren! Ich bin Ihnen für das mit durch die soeben vollzogene Wahl entgegengebrachte Vertrauen aufrichtig dankbar. Ich weiß die hohe Würde und Ehre des mir von Ihnen übertragenen Amtes, des höchsten, welches das deutsche Volk durch seine Vertreter zu vergeben hat und welches vor mir von einer Reihe so ausgezeichnete Männer bekleidet worden ist, in vollstem Maße zu würdigen. Ich verspreche, für die Erfüllung der mir übertragenen Aufgaben meine ganze und volle Kraft einzusetzen. (Bravo!) Ich verspreche namentlich — was ich eigentlich für selbstverständlich halte — gegenüber allen Parteien und allen Mitgliedern des Hauses unbedingte und strengste Unparteilichkeit zu wahren. (Lebhafte allseitige Bravo!) Ich bitte aber auch Sie alle, mich in der Erfüllung meiner Aufgaben, in der Förderung der Geschäfte, in der Wahrung der Ordnung und würdigen Führung der Verhandlungen nach Kräften zu unterstützen. (Lebhafte Bravo!) Wir haben alle, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, das gemeinsame Interesse, die Verhandlungen würdig zu führen und das Ansehen des Reichstages nach innen wie im Ausland zu wahren und gefestigt zu sehen. (Allseitige lebhafte Bravo!) In dieser Voraussetzung nehme ich die Wahl nochmals an. (Bravo!)

Nachdem der Präsident noch dem Vizepräsidenten Abg. Dr. Spahn für seine zweimonatige Führung der Präsidialgeschäfte den Dank des Hauses ausgesprochen hat, wird die

zweite Beratung des Etats für das Reichamt des Innern fortgesetzt.

Abg. Dr. Boehme (Bauernbund): In treffender Weise sind die wirtschaftlichen Anschauungen, die ich Herrn Gothein gegenüber vertrete, auch von dem sozialdemokratischen Schriftsteller Dr. Schulz in den „Sozialistischen Monatsheften“ dargestellt. Herr Hahn hat dem Bauernbund vorgeworfen, er hätte eine Steuerhege betrieben. Wir befinden uns in der Notwehr; eine willkürliche Steigerung der Erbschaftsteuer hat der Bund der Landwirte betrieben. (Sehr richtig! links.) Sie (nach rechts) haben die Leute in den Glauben verlegt: Wenn die Erbschaftsteuer Gesetz würde, würde ihnen die Erde unter dem Leibe fortgezogen. (Abgeordneter Dr. Hahn [L.]: Das haben doch wir nicht gesagt.) Sie gewiß nicht, Sie brüden sich vorsichtiger aus (Heiterkeit links), aber was Sie sagen, tragen Ihre Agitatoren in vergrößerter Form weiter. (Sehr wahr! links.) Nicht wir hegen, sondern überhebend wirken solche Behauptungen, wie sie Herr v. Wangenheim getan hat: daß Bier und Tabak allein fünfzehnt Millionen Mark aufgebracht hätten, wenn nicht die feige Rücksichtnahme auf die arbeitenden Klassen dies verhindert hätte! (Hört! hört! links.) Dabei ist die Erbschaftsteuer, die in England allein 400 Millionen Mark bringt, eine viel gerechtere Steuer als beispielsweise die Vermögenssteuer, die Sie (nach rechts) im Abgeordnetenhaus bewilligt haben.

Wir protestieren gegen ein Parteiregiment; wie kommen z. B. die Landräte dazu, Erhebungen über die Zahl der Mitglieder des Bauernbundes zu machen? Wir bekämpfen die Anfechtungspolitik des Bundes der Landwirte, die nicht zu einer Besiedelung, sondern zu einer Entvölkerung des Landes führt. Wer wird denn angepöbeln? In einem Jahre waren es sechs Majore a. D.! (Hört! hört! links.) Wenn der Bund der Landwirte „sahnenfischig“ nennt, läßt uns das kalt; einer Ihrer Agitatoren bedauerte, daß man die Führer des Bauernbundes nicht standrechtlich erschießen könne! (Heiterkeit links.) Wir treiben weiter Politik im Interesse der Bauern, die gerade durch die extreme Politik des Bundes der Landwirte gefährdet sind.

Abg. Fuhrmann (nalk.): Herr Hahn sagte, er bekämpfe die Nationalliberalen seit ihrer Gegnerschaft wider die Finanzreform.

Er hat es vergessen, daß er schon früher die Nationalliberalen bekämpfte, daß er sagte, er werde nicht ruhen, bis der letzte Nationalliberale aus der Provinz Hannover verschwunden sei! (Abg. Dr. Hahn [L.]: Habe ich nie gesagt! Redner verliest den betreffenden Bericht aus der „Deutschen Tageszeitung“. Bei der zitierten Stelle ertönt rechts: Sehr richtig! Dr. Heiterkeit.) Welche Leute unterstützte der Bund der Landwirte bei den Reichstagswahlen? Den früheren Bankbeamten und jetzigen Direktor des Bundes der Landwirte Dr. Dieberich Hahn, den Zeitungsverleger Strauß (Hört! hört! links) und viele andere Männer „ohne Art und Namen“. Sehr treffend beurteilte die „Kölnische Volkszeitung“ Herrn Hahn, als sie schrieb: „Er gehört zu den unbedeutendsten parlamentarischen Persönlichkeiten (Sehr richtig! links); das leuchtet ihm aber so wenig ein, daß sein Auftreten im umgekehrten Verhältnis zu seiner Bedeutung steht. Als Archivar der Deutschen Bank hatte er Wafschettel zugunsten der Börse für die Presse zu schreiben (Hört! hört! links), und seitdem bildet er sich ein, große volkswirtschaftliche Kenntnisse zu besitzen! (Große Heiterkeit.)“ Trotzdem legt Herr Hahn durch sein Wirken bei zur Verhinderung zwischen Stadt und Land. (Lebhafte Bravo bei den Nationalliberalen.)

Abg. Horn-Sachsen (Soz.):

Herr v. Liebert hat hier ein Phantasiemalerei von der Lage der Glasarbeiter

entworfen, die nach seiner Behauptung eine außerordentlich glückliche sein soll. Herr v. Liebert ging sogar so weit, zu behaupten, daß wir selbst vom Glück der Glasarbeiter überzeugt sein müßten, denn wir hätten unsere Resolution zugunsten der Glasarbeiter bedeutend eingeschränkt! Wie verhält es sich mit dieser angeblichen Einschränkung? Wir haben eine sanitäre Forderung weggelassen, aber nicht etwa weil wir sie für überflüssig halten, sondern weil zurzeit über diesen Gegenstand Erhebungen schweben, deren Ergebnis für die Formulierung dieser Forderung von uns abgewartet wird.

Von keiner Seite kann bestritten werden und es ist ja auch u. a. vom Zentrum mehrfach anerkannt worden, daß

Die Nachtarbeit im Glasgewerbe

mit den schwersten sittlichen und gesundheitlichen Schädigungen, speziell für jugendliche Arbeiter verbunden ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber der philosophische Sinn des früheren Staatssekretärs und jetzigen Reichslandwirts (Heiterkeit) und die sozialpolitische Bedächtigkeit des jetzigen Staatssekretärs des Innern haben verhindert und verhindern, daß die Gesetzgebung hier eingreift. Natürlich wissen die Unternehmer draußen, wie der sozialpolitische Wind im Reichsamt des Innern weht, und sie wehren sich in Handelskammerbeschlüssen und Vereinsabgaben usw. gegen alle Versuche, das Los der Glasarbeiter besser zu gestalten. Wegen was alles haben sich nicht die Unternehmer gewehrt! Wegen Arbeitszeitverkürzung, Sonntagsruhe, Fabrikinspektion, Gewerbegerichts, Arbeiterausschüsse, Arbeitskammern haben sich die Unternehmer gewandt; es gibt keinen Schritt in der Sozialpolitik, gegen den nicht die Arbeitgeber mit der Behauptung aufgetreten sind, die Industrie werde dadurch vernichtet werden. Da kann es uns nicht wunder nehmen, daß der Deutsche Handelstag seine Stimme erhebt gegen jeden wirksamen Glasarbeiterschutz, ja daß er sogar nach vermehrter Ausbeutung der Frauen und Kinder in den Höfen der Glasindustrie ruft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Glasindustrie umfaßt 100 Betriebe mit 85 000 Arbeitern. Die sanitären Verhältnisse dieser bedeutenden Industrie sind keineswegs genügend durchforscht. Es liegt das einmal daran, daß in dieser Industrie die unabsehlichen Krankenkassen fehlen, die unparteiliche Erhebungen vornehmen können; in etwa 75 Prozent der Betriebe existieren Betriebskrankenkassen! Auch die Gewerbeinspektion bekümmert sich keineswegs so um diese Dinge, wie sie müßte und sollte. Aber so unzureichend auch das Material ist,

die Krankheitsziffern

reden eine geradezu erschreckende Sprache. An einigen Krankheitsfällen sind über 50 Prozent der Glasarbeiter mindestens vorübergehend erkrankt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Von bürgerlicher Seite ist behauptet worden, das „gute Herz“ der Unternehmer, die „ihre“ Glasarbeiter nicht brotlos werden lassen wollen, verhindere die Einführung der Maschinen in der Glasindustrie. Ach, wie irrt der Herr! Nicht das gute Herz der Unternehmer verhindert die Einführung der Maschinen, sondern einfach der Umstand, daß die Maschinen sich nicht rentieren würden, da

muß aber doch zugestehen, daß es eine Kulturschmach ist, daß die großen und reichen Städte für die Kunst rein gar nichts leisten und von den Kleinrenten, die wir mit dem Schlagwort: Kunst und Volk andeuten wollen, keine Ahnung zu haben scheinen.

Theater.

Kammerspiele: „Silfve Ein Kind ist vom Himmel gefallen.“ Tragikomödie von Wilhelm Schmidsonn. Schmidsonn, der feinsinnige Erzähler, der in der Geschichte von den armen nach dem Kriegslände lachenden Ziegelarbeiterkinder so ergreifende Töne kindlicher Sehnsucht wie sonst nur Hauptmann in seinen „Ganellen“ fand, der Dramatiker, der auf die stimmungsvollen Bühnenbilder der „Mutter Landstraße“, seines Erfinders, ein Werk von solcher Macht des Aufstiegs wie der „Graf von Gleichen“ folgen ließ, enttäuschte leider sehr mit seinem neuen Stück.

Das Drama sollte ein Mysterium aus der Mutterliebe werden, die in rühmlicher Hingabe an das neugeborene Leben freudigen Herzens jeden Eigennutz opfert und auch beim schwersten, das sie so vollbringt, nur einem selbstverständlichen Naturtrieb zu gehorchen glaubt. So verzieht sich, daß des Dichters Phantasie, um diese Nacht in ihrer höchsten Entfaltung darzustellen, ein Schicksal auszusinnen suchte, in dem das mütterliche Gefühl über unerhörte, berghoch aufgebauete Widerstände siegreich triumphiert. Hätte er vermocht, in dem Verlauf des Stückes den lebendigen Hauch des Großen, das er feiern wollte, und spüren zu lassen, die Herzen zu rühren und zu erschauern, dann wäre es in der Tat kleinlich, an einzelnen Sprüngen und Rissen des äußeren Zusammenhangs oder an der „Weinlichkeit“ gewisser Szenen Anstoß zu nehmen. Indessen wenn der erste Aufzug noch eine Reihe von Momenten enthält, die Mitempfinden wecken, zerfällt die weitere Entwidlung ganz ins Leere, Wesenlose. In den äußeren Unwahrscheinlichkeiten gesellt sich die grellste innere Unwahrscheinlichkeit. Der Dichter will uns eine Heldin zeigen und sieht nicht, daß ihr gepriesenes Handeln, ihr selbsterrwähltes Martyrium aus verabschiedenen, hysterisch-überspannten Einbildungen fließt. Der letzte Akt treibt die Verdringung bis zur Parodie.

Daß ein Mädchen von einem Diebe in ihres Vaters Villa vergewaltigt, das Kind, das sie empfing, mit leidenschaftlicher Jährenst liebt, daß sie um keinen Preis von dem durch ein Verbrechen in die Welt gesetzten unschuldigen Geschöpf sich trennen will, kann wohl als ein Symbol für die geheimnisvolle, alten Vorurteilen gesellschaftlicher Konventionen trophende Gewalt des Mutterinstinktes gelten Eindruck machen. Man verführe es auch, wenn dieses Mädchen auf den Befehl ihres Vaters, das kompromittierende Kind irgendwo bei fremden Leuten zur Pflege unterzubringen, mit ihrem Liebhaber aus dem Elternhause flieht.

Aber die Werbung, daß sie sich in den Kopf setzt, der Junge müsse absolut einen richtigen Taufnamen mit dem Namen des Erzeugers erhalten, daß sie dem Verdränger aussucht, um ihn durch das Angebot von Geld zu einer Scheintrauung zu bewegen, verwandelt die Symbolik zur Parodie. Von allen anderen hier mit unterlaufenden Väterlichkeiten abgesehen, reichen denn die Gedanken dieser Mütterlichkeitsherdine nicht mal so weit, um sich zu sagen, daß ein Zuchtstausband als offizieller Vater dem Fortkommen ihres Kleinen viel hinderlicher als ein apotheker sein muß? Die

szenen in der Diebeshöhle schildern den Burschen als gänzlich verrohten Patron, der auf die Bitte seines Opfers nur eingiht, um in der Rolle eines angetrauten Gatten vom reichen Schwiegervater ein Vermögen zu erpressen. Was nicht hindert, daß er bei diesem Geschäft im dritten Akt plötzlich sein Herz entdekt: Maria trumpft ihren eigenen Vater, der sich im höchsten Grade zahlungsunlustig zeigt, als gemüthlosen Barbaren ab und wird dem hoffnungslosen Gemahl getrenntlich in ein neues Leben folgen.

Eine teilweise Entschädigung für die krasse Unnatur bot das liebreizende, amüthig feierliche Spiel von Else Heim in der Hauptrolle. Den Grimm und Jörn des Vaters brachte Winterstein in überzeugend lebendigem Ausdruck. Herr Hartau legte sich mit feurigem Temperament für den brutal-edelmütigen Spitzbuben ins Zeug. Das Publikum, das dem ersten Akt mit Spannung gefolgt war, wahrte bei dem total verunglücktem Schluß die Höflichkeit.

Humor und Satire.

Wethmann Hollweg:

Alle hörchen still bekommen,

Manchen überläuft es kalt,

Denn jetzt hat das Wort genommen

Unser frommer Theobald.

Wird er wohl in ernstigen Tagen

— Oder aber wird er nicht —

Die Erlösungsworte sagen?

Stille doch! Der Lange spricht.

Die Trübne zum Ratheder

Und zur Schule wird das Haus.

Hohles Wied und hohes Leder!

Wo will dieser Mann hinaus?

Einen Philosophenläse,

Der auch schon in Jähren war,

Spricht er langsam durch die Nase

Zief bewegt und sonderbar.

Warum bloß nicht unterhohlen

Spricht er das bewußte „nein“?

Das die Junfer ihm befohlen?

Wah es denn salbadert sein?

... (Peter Salmehil im „Simplicissimus“.)

„Habegeori“

Notizen.

— Kunstchronik. Die Ausstellung von Werken ungarischer Maler im Gebäude der Segeffion wird Mittwoch, den 2. März, geschlossen.

— Eine Besene-Ausstellung im Kaiser-Friedrich-Museum. Aus Anlaß der französischen Ausstellung in der Berliner Akademie hat das Kaiser-Friedrich-Museum in einem Saale des Erdgeschosses eine kleine Reihe von Werken Antoine Besene, des Hofmalers des Soldatenkönigs und Friedrichs II., ausgestellt. Auch Dubousson, der gleichfalls malende Schwiegervater Besenes, ist hier vertreten. Im ganzen sind es 10 Bilder.

Kleines feuilleton.

Wagneropernbühnen und kein Ende. Ein neuer Sirenenjüngling schreibt Dr. Karl Stord im „Lärmer“, loßt so viele lächerliche Kauf-fahrer unseres Musikbetriebes an, der besteht aus den wenigen profanischen Worten: „1918 läuft die Schugfrist für die Werke Richard Wagners ab.“ Des Vagrenten's Dramen werden dann tonitruem und vogelfrei. Keine Stadt hat unter den bisherigen Verhältnissen so gelitten wie Berlin. Die Igl. Oper hatte sich das alleinige Aufführungsrecht für die Werke Richard Wagners gesichert; nicht nur für Berlin, sondern auch für sämtliche inwärtigen zu Großstädten herangewachsenen Vororte. Sie hat 1800 Plätze, für eine Bevölkerung von reichlich drei Millionen, die vielen Tausende von Fremden, die sich dauernd in Berlin aufhalten und zu den eifrigsten Theaterbesuchern gehören, nicht eingerechnet. Kein Wunder, daß alle Vorstellungen Wagnerischer Werke ausverkauft waren, trotzdem oft ganz minderwertige Besetzungen herausgestellt wurden; kein Wunder, daß es viele bedeutende Musiker gibt, die, auch wenn sie nicht einmal die Kosten zu scheuen brauchen, seit Jahren gar nicht mehr ins Opernhaus gekommen sind.

Auch ihre besten Kritiker werden der königlichen Oper keine vornehme Ausnutzung dieser Sonderstellung nachrühmen können. Im Verkehr mit dem Publikum ist sie von engster Bureaokratie; in künstlerischer Hinsicht foltert sie sich aus dem sicheren Besitz das Recht zu völliger Gleichgültigkeit gegen das zeitgenössische Schaffen. ... Also nach der Richtung können wir nicht mit eine andere Opernbühne brauchen; wir müssen sie sogar haben.

Es wird ja zunächst nach 1918 nicht schön werden. Ich bin auf eine Wagnerische Schlammfart gefolgt und verhehle mir nicht die recht üblen Folgen, die das bevorstehende Massenangebot Wagnerischer Kunst in allen möglichen Aufmachungen, von der zusammengekehrten Wirtschaftsaufführung bis zur Erfindung in feinerer Prozedur, durammachen wird. Aber glücklicherweise ist ja Richard Wagners Kunst und auch der Wagnis des deutschen Volkes stark genug, diese Periode überleben zu können. ...

Stord rechnet zusammen, daß Berlin dann den neugeplanten Operunternehmungen, wozu auch das Charlottenburger Schiller-Theater mit Wagner-Aufführungen treten werde, vom 1. Januar 1914 ab, für den Abend statt über 1600 mindestens über 7000 Opernplätze werde verfügen können. Er sieht als Folge einige gründliche Krach voraus, obwohl dem durch vernünftige Spezialisierung (deutsches Singpiel, Gluck und die moderne Oper) vorzuzugewen sei. „An schöne Programmreden wird es nicht fehlen. An die Daten glaube ich nicht mehr. Und ich sehe schon im Geiste auch die Große Oper am Kurfürstendamms deselben Weg gehen, den das ruhmrednerisch angekündigte Theater des Westens gegangen ist: das Ende wird Operette und Ausstattungstheater und dergleichen sein.“

Als Gegengewicht gegen den Theaterrationalismus schlägt der Kritiker des „Lärmer“ eine starke finanzielle Beteiligung Berlins und seiner Vororte vor, um eine wahrhaft künstlerische Leistung dieser großen Unternehmungen auch über die Wagnerausbeutung hinaus zu gewährleisten. Man kann diesen Vorschlag bedenklich finden,

seit links.) Die Linke will sich dafür bezahlen lassen. Die Linke ist noch nicht reif für die Würde, mit den Verbündeten Verhandlungen zu machen. (Beifall.)

Abg. Göttsch (f. d. V.): Wenn alle Freunde aneinandergehen, dann werden Intimitäten ausgepackt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und Freisinnigen.) Dänemark beweist, daß unter dem Freihandel eine kleinbürgerliche Bevölkerung gedeiht. Herr Böhm sollte diese Verhältnisse besser studieren. Auch über den Untergang des englischen Vorkriegsstandes sollte Herr Dr. Böhm sich besser unterrichten.

Den Landarbeitern will Dr. Heim zu einer eigenen Scholle verhelfen. Sehr schön! Das wird aber umso schwieriger, je teurer der Grund und Boden ist. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen) und gerade auf die Verteuerung des Bodens ist unsere Sozial- und Wirtschaftspolitik gerichtet.

Herr Dr. Heim rühmt die „vornehme“ Kampfesweise der Presse des Bundes der Landwirte; dann empfehle ich ihm, nachzulesen, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mich wegen meiner Haltung zum Kaiser angegriffen hat! Es gibt gar keine das Volkleben in mehr vergiftende Presse als die des Bundes der Landwirte. (Lebhafte Zustimmung bei den Freisinnigen.) Herrn Dahms heutige Rede war eine anmaßende Verhöhnung vor dem Zentrum. Aber das Zentrum möge nicht zu viel darauf geben. Dahm schlägt sich, Dahm vertritt sich! (Heiterkeit bei den Freisinnigen.)

Abg. Prinz zu Schönau-Carolath (natl.) wiederholt seine frühere Anregung: weibliche Gewerbeinspektoren fest anzustellen.

Staatssekretär Dr. Deßbrück: Ich bin so glücklich, wieder einige Worte zu haben, die zu meinem Etat gehören, daß ich dem Vordränger gleich antworten will. (Heiterkeit und sehr gut!) Die Schwierigkeit einer generellen Regelung der Frage der Gewerbeinspektoren liegt darin, daß die Vorbereitung der Damen noch nicht genügend geregelt werden kann.

Abg. v. Strombeck (Z.): Mein Freund Göring trat für die Einschränkung des Hausierhandels ein, er wünschte vor Erstellung des Haushaltsplanes eine Prüfung der Bedürfnisfrage. Aber wie denkt er sich das? Welche Behörde soll darüber entscheiden, und soll die Prüfung sich auf die einzelnen zu vertreibenden Artikel erstrecken? (Sehr gut! links.) Es ist wahrlich nicht nötig, die Hausierer mit neuen Beschränkungen heimzuführen. (Zustimmung links.)

Staatssekretär Deßbrück: Die Ausführungen des Vordrängers zeigen, wie schwer es ist, sich in den Resolutionen zurechtzufinden und wie schwierig manche Lösungen sind, die sich die Antragsteller sehr leicht vorstellen. Die Besteuerung und Beaufsichtigung der Hausierer ist Sache der Einzelstaaten, und die Bedürfnisfrage ist schwer zu entscheiden. Die Verbündeten Regierungen werden aber das Problem im Auge behalten. Jureit wird erwogen, ob es sich empfiehlt, neue reichsrechtliche Bestimmungen über den Gewerbeschein der Hausierer zu treffen.

Abg. Kulerli (Vole): Trotz aller gegenteiligen Behauptungen bleibt die Tatsache bestehen, daß wir keine sozialpolitischen Fortschritte, sondern Rückschritte unter dem jetzigen Staatssekretär zu verzeichnen haben. Das haben wir besonders in der Frage der paritätischen Arbeitsnachweise gesehen.

Damit schließt die Generaldebatte über den Titel „Staatssekretär“.

Der Staatssekretär wird sein Gehalt bewilligt, worauf das Haus die Weiterberatung des Etats des Innern, beginnend mit der Abstimmung über die Resolutionen, auf Mittwoch 1 Uhr vertagt.

Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

31. Sitzung, Dienstag, den 1. März, von mittags 11 Uhr.

Am Ministertische Schadow.

Auf der Tagesordnung steht die

zweite Lesung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Abg. v. Kessel (L.) erörtert die Ursache des Rückgangs der Ueberträge der Bergverwaltung und kritisiert es, daß bei Arbeiterentlassungen immer erst bei der Personalverwaltung in Berlin angefragt werden müsse. In dieser Richtung sollte den Direktoren volle Freiheit eingeräumt werden.

Minister Schadow erklärt seine Bereitwilligkeit, die Arbeiten der zur Prüfung der Rentabilität der Bergverwaltung eingesetzten Subkommission durch Zugabe von allen Materialien möglichst fruchtbringend zu gestalten.

Inzwischen ist ein Antrag der Abg. Borgmann u. Gen. (Soz.) eingegangen, die Regierung zu ersuchen,

1. in Zukunft in den „Nachrichten“ von dem Betriebe der unter der preussischen Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung stehenden Staatswerke während des Etatsjahres für jedes Staatswerk vollständige und vergleichende Angaben über Alter, Löhne, Beschäftigungsdauer, Arbeitszeit und Ferien der beschäftigten Arbeiter vorzulegen;

2. für jedes Staatswerk gesondert und soweit als möglich vergleichend zu berichten über den Anteil des Arbeiterlohnes an den Selbstkosten der Produkte, die Leistungen der Arbeiter, die gesetzlichen und statutarischen Arbeiter- und Pensionsversicherungen, Arbeiterschutzbestimmungen, Zugang und Abgang der Arbeiter.

Abg. Mates (natl.): Der Rückgang der Arbeiterleistung kürzt die Jahreseinnahme allein um 1½ Millionen Mark. Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab, weil wir es für bedenklich halten, die internen Arbeits- und Betriebsverhältnisse vor das Forum des Parlamentes zu ziehen. (Beifall.)

Abg. Brust (Z.): In der Steigerung der Rentabilität der Bergwerke sind wir bereit mitzuarbeiten, aber es dürfen darunter nicht die sozialpolitischen Aufgaben der Bergverwaltung leiden. Der Rückgang der Ueberträge ist wohl in der Hauptsache auf die großen Kennanlagen zurückzuführen. Wenn teilweise die Arbeitsleistung zurückgegangen ist, so liegt das an den schwierigeren Arbeitsverhältnissen in größeren Tiefen.

Zu dem sozialdemokratischen Antrage bin ich nicht in der Lage Stellung zu nehmen, da er erst im letzten Augenblick an uns gelangt ist! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Redner führt Beschwerde über Wahlbeeinflussungen durch Betriebsführer in Westfalen: Bedenklich ist die Anordnung, daß in den fiskalischen Gruben bei der Wahl der Sicherheitsmänner nur Stimmzettel verwendet werden dürfen, die von der Grubenvorwaltung geliefert sind. Das ist eine illoyale Ausföhrung der Novelle zum Verfassungsgesetz, die die geheime Wahl illusorisch macht.

Minister Schadow: Die Anordnung, daß die Stimmzettel ein einheitliches Format haben müssen, ist gerade im Interesse der Sicherung der geheimen Wahl erlassen worden. Natürlich dürfen die Stimmzettel kein Merkmal erhalten. Kommen Verstöße gegen die geheime Wahl vor, so kann die Wahl durch Beschwerde beim Oberbergamt angefochten werden. Uebri gens ist es ein Irrtum, wenn im Saarrevier geglaubt wird, daß, wo bereits Sicherheitsmänner bestellt sind, nachdem das neue Gesetz in Kraft tritt, keine Neuwahl zu erfolgen hat. (Beifall.)

Oberbergamtspräsident v. Welfen geht auf Beschwerden des Abgeordneten Brust ein, bleibt aber im einzelnen auf der Tribüne fast unverständlich.

Abg. Reinetz (Soz.):

Wenn Herr Brust unseren Antrag durchläßt, wird er sehen, daß es ausgeschlossen ist, daß wir eine Ueberwälzung mit unserem Antrag ausüben wollten. Was unser Antrag fordert, ist durchaus notwendig. Im Gegensatz zu den Nationalliberalen wollen wir, daß der staatliche Bergwerksbetrieb vergrößert wird. Aber wir wollen genaue und systematische Nachforschungen über die Verhältnisse der Betriebe. Wir hoffen, daß Sie unseren Antrag diesmal annehmen.

Es ist in den den zugegangenen „Nachrichten“ gesagt, daß die Arbeiter in Staatsbetrieben unter der Verschlechterung der Lage im allgemeinen nicht zu leiden hätten; die Löhne seien in einigen Bezirken gegen das Vorjahr noch gestiegen, in anderen nur ganz unbedeutend zurückgegangen, weiters hätten nur selten eingelegt worden. Der Beweis für diese Behauptungen fehlt aber völlig; im Gegenteil ergibt sich gerade aus diesem Aktensatz, daß die Lage der Arbeiter sich verschlechtert hat. Auf Seite 11 sagt der Bericht sogar, daß „sehr viele Lohnrückgehungen vorgenommen“ seien! Dann wird davon gesprochen, daß der durchschnittliche Jahresverdienst der unterirdisch beschäftigten eigentlichen Bergarbeiter z. B. in Westfalen 275, in Saarbrücken 175 M. höher gewesen sei als 1900! Es sind in den „Nachrichten“, wo sich die Angaben über Löhne befinden, nicht die Löhne der staatlichen Bergarbeiter angegeben, sondern die der gesamten Bergarbeiter, jedoch man gar nicht weiß, ob diese Löhne mit denen der staatlichen Bergarbeiter übereinstimmen! Wer sich über diese Löhne unterrichten will, der kann das amtliche Aktensatz nicht gebrauchen. Es macht den Eindruck, als wenn man über

die Lage der staatlichen Bergarbeiter

nicht das richtige Bild an die Öffentlichkeit gelangen lassen will. Wo die Löhne wirklich angegeben wurden, ist von einer Lohn-erhöhung keine Rede, im Gegenteil von Lohnreduzierung! In Oberlohn z. B. ist der Lohn von 908 auf 895 M. zurückgegangen. Einmal wird der Jahreslohn angegeben, manchmal der Schichtlohn, so daß Vergleiche unmöglich sind. Für einen Bezirk wird eine Steigerung des Jahresverdienstes um ganze 3 M. angegeben, und das nennt die „Nachrichten“ eine „bedeutende Lohn-erhöhung“! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wie traurig es mit den Löhnen in Wirklichkeit aussieht, be- weisen die Mitteilungen aus einem Bezirk, wo die Arbeiter

pro Schicht 2,44 bis 2,53 Mark

verdienen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In einem Bleierzbergwerk ist der gesamte Durchschnittslohn von 1,98 auf 1,88 M. zurückgegangen, das ist geradezu ein Jammerlohn in einem so gesundheitsgefährlichen Betriebe. Sehr wohl bei den Sozialdemokraten.) Bei den

„Wohlfahrteinrichtungen“

dagegen hat man genau berechnet, wieviel auf den Kopf der Arbeiter kommt. So wird z. B. im Oberlohn ausgerechnet, daß durch sogenannte Wohlfahrteinrichtungen, auf die aber die dortigen Arbeiter ein unaltes Recht haben, 46,20 M. im Jahre einem einzelnen Arbeiter zugeführt werden. Wenn man hier solche Aus-rechnungen machen kann, warum nicht auch bei den Löhnen? Daß dem preussischen Landtag dieses ungenügende Material bisher genügt hat, scheint mir ein Beweis zu sein für die Wertschätzung, die die Arbeiter in diesem hohen Hause genießen. (Sehr wohl bei den Sozialdemokraten.) Speziell für 1900 sind teilweise dieselbe Lohnreduzierungen verzeichnet, z. B. im Oberlohn im Bezirk Dortmund von 52 Pfennig pro Schicht! Der Steuerabzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes wird dadurch den Arbeitern doppelt fühlbar gemacht. (Sehr wohl bei den Sozialdemokraten.) Wehren können sich die Arbeiter gegen solche Maßnahmen nur durch Ausnutzung des Koalitionsrechts. Ich frage daher den Herrn Staatsminister, wie er sich jetzt zur Organi-sation der Bergarbeiter stellt und ob er geneigt ist, mit den Berg-arbeiterorganisationen über die durchaus notwendige Erhöhung der Löhne zu verhandeln. Die staatlichen Betriebe sollen doch Musterbetriebe sein, und die staatlichen Werke hätten alle Veranlassung, den Privatunternehmern im Kohlenbergbau auch in dieser Beziehung mit gutem Beispiel voranzugehen. (Sehr wohl bei den Sozialdemokraten.) Was aus den Familien der Arbeiter bei solchen niedrigen Löhnen wird, danach fragen die Herren nicht, bei der Rücksicht auf den „Familieninn“ der Agrarier die Erbschaftsteuer abgelehnt haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemo-kraten.)

Run spricht man von einem angeblichen

„Rückgang der Leistungen“.

Das ist eine Verdächtigung der Arbeiter, die um so schwerer wiegt, als man weiter behauptet, der Rückgang sei dadurch herbei-geführt, daß angeblich die straffe Disziplin gegen die Arbeiter nachgelassen hat. Ich erhebe entschiedenen Protest gegen eine solche Behauptung. Die Regierung hätte die Pflicht gehabt, uns mit-zuteilen, wie eigentlich diese Leistungen berechnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Nachweisung der Arbeits-leistungen vom Jahre 1887 bis 1906, die sich auf der letzten Seite der Denkschrift befindet, kann unmöglich als Beweis dienen, daß wirklich die Arbeiter — was ja der alleinige Sinn einer solchen Behauptung sein kann — nachlässiger, fauler und bequemer bei der Arbeit geworden seien. Wenn mit derartig beweislosen Be-hauptungen gegen die Arbeiter vorgegangen wird, können Sie es uns nicht verdenken, wenn wir den Spieß umdrehen und fragen: Sind denn die Leistungen der Beamten etwa so gestiegen? In der „Münchener Allg. Zeitung“ wird gesagt:

„Es ist ein offenes Geheimnis, daß in den meisten Behörden viel zu viel Beamte gehalten werden und daß zahlreiche dieser Herren sich in ständiger Verlegenheit befinden, wie sie ihre Zeit ausfüllen sollen. In zahlreichen Angelen ist ein ständiges Früh-stücken die Regel. ... Unter den höheren Beamten gibt es einzelne, die angeblich erst um 2 Uhr im Bureau erscheinen.“ (Zuruf rechts: Namen nennen!)

Ich habe gesagt, daß dies in einem Artikel in der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ vom September 1906 steht, der Name des Autors, eines Beamten, ist mir im Augenblick entfallen. Ich erinnere die Herren auch daran, daß vor drei Wochen ein Be-amter des Finanzministeriums, der, weil er nicht genügend Be-schäftigung dort hatte, auf Kleinplätzen wettete, die Kirchenlosse bestohlen hat. Dieser Fall ist gerichtlich festgestellt. Von Ar-beitern werden Sie so etwas nicht behaupten können, die sich die volle Arbeitszeit beschäftigen. (Zuruf rechts: Mauer Montag!)

Schon in der Budgetkommission ist darauf hingewiesen wor-den, daß die Ergiebigkeit der Arbeit von Glücksumständen abhängt. Es ist deshalb ungerechtfertigt, von einem Rückgang der Leistungen der Arbeiter zu sprechen.

Das Schmierensystem

soll auch auf den königlichen Gruben herrschen. So wird mir mitgeteilt von der königlichen „Quisenbrunn“ bei Jäbberge, daß dort die Wäcker mit den Arbeitern losgehen und gemeinsam den Lohn der Arbeiter verteilen. Es muß unter allen Umständen den Steigern, den Aufsebern wie überhaupt jedem Beamten ver-boten werden, daß er nach der Lohnzahlung mit den Arbeitern in die Wirtschaft geht und von den Arbeitern sich mit Schnaps und Bier traktieren läßt ohne Rücksicht darauf, daß die betreffende Familie des Arbeiters satt zu essen hat oder nicht. Diese Zustände sind mir von dort mitgeteilt worden, und ich bitte den Minister dringend, diese Angelegenheit zu untersuchen, um die Arbeiter von derartigen Vorgehensweisen zu befreien.

Die Arbeiter werden von den Vorgesetzten nicht immer als Menschen angesehen. So ist z. B. von einem Berginspektor in Altenau einem Bergarbeiter erklärt worden: „Auf Eure Gleich-beurteilung, da — nun dort ist allerdings das Wort nicht aus-sprechen, es beginnt mit „sch“ und endigt mit „hen“. Das ist so gemein, daß man es eigentlich von einem gebildeten Manne nicht erwarten dürfte. Wie ist das gekommen? Der Beamte kommt in den Betrieb hinein und grüßt die Arbeiter nicht. Darauf wurde ein Arbeiter zur Rede gestellt: Warum er nicht grüßt! Er sagte, es sei üblich, daß derjenige grüßt, der herinkommt — eine Bemerkung, die jeder anständige Mensch einem unanständigen Men-schen gegenüber machen darf. Darauf ist der Arbeiter zu 2,50 M. Strafe verurteilt worden, weil er nicht gegrüßt hat! Nach den Ermitt-lungen auf die Beschwerde des Arbeiters ist jener gemeine Aus-druck des Beamten gefallen. Aber das Oberbergamt in Clausthal machte die Bestrafung des Arbeiters nicht rückgängig! Das ist die Behandlung staatlicher Arbeiter, wenn Sie einmal einem Vor-

gefehten gegenüber sich im Recht befinden! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Terrorismus von seiten der Vorgesetzten ist auch an der Tagesordnung.

Die Steiger

werden von der höheren Behörde aufgefordert, eine bestimmte An-zahl Abonnenten auf den „Vergewaltigungsfreund“ beizu-bringen. Gelingt ihnen das nicht, so werden sie schikaniert. Dieser Rotzfrei der Steiger ist an uns gekommen, weil sie das Vertrauen haben, daß wir die Sache hier vorbringen. Die Steiger müssen von diesem Terrorismus der vorgehenden Behörden befreit werden.

Man sieht immer wieder, daß die Staatsbetriebe keine Musterbetriebe sind. Die Zustände im Bergwerksbetriebe ähneln den Zuständen in den östlichen Gutsbezirken: überall die gleiche Mißachtung der Arbeiter. Der Berginspektor gleicht dem Guts-inspektor.

Nachdem der Staatsminister das dornenvolle Amt eines Schatz-sekretärs abgegeben hat, (Heiterkeit) möge er sich der Arbeiter annehmen. Ich bin aber sehr über das enttäuscht, was er über die Ausgabe der Stimmzettel für die Wahl der Sicherheitsmänner gesagt hat. Wenn ihm das Wahlgeheimnis so sehr am Herzen liegt, dann sollte er dafür sorgen, daß die Stimmzettel ohne jedes Kennzeichen sind, daß es ungedruckte Stimmzettel sein müssen. Wie die Sache bisher gehandhabt worden ist im Ruhrgebiet, ist es einfach ein Skandal. Die Arbeiter müssen sich die Zettel holen, den Zettel beschreiben und abgeben. Warum sollen sie unter Beobachtung der Beamten den Zettel beschreiben? Das alles läßt sich hier nicht mit der Absicht des Staatsministers zusammenreimen, er wolle unter allen Umständen das Wahlgeheimnis wahren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jeder sollte sich den Stimmzettel da beschaffen können, wo er will. Die Ein-richtungen bei der Reichstagswahl sollte man sich zum Muster nehmen.

Wann werden wir eine Denkschrift über die Ursachen des Kabbobungskisses bekommen?

Ein Vertreter des Bergarbeiterverbandes und ein Vertreter des christlichen Bergarbeiterverbandes sollten zu den Ar-beitern der Untersuchung herangezogen werden. Das ist aber nicht geschehen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Will man so lange warten, bis alle Spuren zur Beurteilung der Schuldfrage verwischt sind?

Die Witwen in Kabbob

haben ihren Prozeß wegen Zahlung der gesammelten Spende ver-loren, konnten aber die Gerichtskosten nicht aufbringen und sind infolge dessen

gepfändet

worden! Da sie aber nicht einmal pfändbare Sachen besitzen, wird ihnen ihre Rente gekürzt! Das fordert den Widerspruch aller fühlenden Menschen heraus. Das ist

ein echt preussisches Kulturdokument!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich muß mich jetzt mit den neulichen Angriffen des Herrn Gronowski vom Zentrum beschäftigen. Er hat seiner Liebe zum Kaiser Ausdruck gegeben. Ich glaube ihm das aufs Wort. Die Bergarbeiter im Ruhrrevier werden sich wohl ihre besonderen Ge-danken dabei gemacht haben. Denn im Ruhrrevier ist es gewesen, wo der Kaiser das Zuchtstrafgesetz kündigte, das ja auch die christlichen Bergarbeiter in ihrer Organisation vollständig ver-nichten sollte. Ich verziehe es deshalb sehr wohl, daß der Abge-ordnete Gronowski hier herkommt und seiner Liebe für den Kaiser und König Ausdruck gibt. (Zuruf des Abg. Brust.) Warten Sie nur einen Augenblick! Nachdem also Herr Gronowski sich hier als königstreuer Mann hingestellt hat, erklärt er die Sozialdemokratie als Inbegriff aller Schlichtheit, und nachdem er uns dann in der üblichen Art des Zentrums herabgesetzt hat, wendet er sich zu den Nationalliberalen und sagt: Mit solchen Leuten gehen Sie zu-sammen! Das Zentrum sieht er als die verfohlene Unschuld, ja als eine strahlende Sonne an. — Ich habe mich darüber sehr gewundert, daß Herr Gronowski und Sozialdemokraten als solche Scheufale hinstellt. Hat das Zentrum nicht gemeinsam mit den Sozialdemo-kraten früher gegen die Nationalliberalen zusammengestanden? (Unruhe im Zentrum. Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind daran nicht unschuldig, aber Sie (zum Zentrum) sollten sich auch nicht als unschuldig ausgeben und nicht immer die ge-tränkte Leberwurst spielen. (Heiterkeit.) Früher waren wir für das Zentrum bündnisfähig, und das hat gehalten bis 1906 zu den Landtagswahlen. (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemo-kraten.) Wenn die Abgeordneten Gronowski und Sauermann im preussischen Landtag sitzen, so war das nur möglich, weil wir sie gewählt haben! (Lebhafte Hört! hört! bei den So-zialdemokraten. Lachen im Zentrum.)

Herr Gronowski zitierte Deßbrücks Worte von 1903. Wenn er also schon seit 1903 mußte, daß wir seine Todfeinde sind, wie konnte er, als der königstreue Mann, uns 1907 und 1908 in die Arme sinken? (Rufe im Zentrum: Wo denn?) Wie konnte das Zentrum uns gegenüber sogar Verpflichtungen ein-gehen? (Rufe im Zentrum: Unwahrscheinlich!) Herr Gronowski sagte, er hätte auf den Brief unseres Vertrauensmannes nur aus Höflichkeit geantwortet. Warum hat er nicht bis acht Tage nach der Wahl gewartet? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Warum hat er geantwortet, daß er für die Uebertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen eintrete und auch für eine neue Wahlkreisinteilung? (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemo-kraten.)

In Dortmund hat Herr Gronowski in einer Zentrums-versammlung erklärt, es sei unwahr, wenn von sozialdemokratischer Seite behauptet wird, daß er eine Erklärung betr. das Wahlrecht ohne Aufforderung gegeben habe; hier im Landtag behauptet er gerade, er habe die Erklärung freiwillig gegeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Tatsache ist, daß vor der Abge-ordnetenwahl von unserer Seite an das Zentrumswahlkomitee ge-schrieben worden ist: daß unsere Wahlmänner im Kreise Dortmund, Stadt und Land geschlossen für das Zentrum stimmen würden unter der Voraussetzung, daß, falls in Dortmund-Land der sozial-demokratische Kandidat in Stichwahl käme, das Zentrum sich ver-pflichtete, für ihn zu stimmen. (Hört! hört! links.) Am Tage der Wahl morgens wurde daraufhin unserem Wahlkomitee tele-phonisch mitgeteilt, daß es für die Zentrumsparthei Schrenschke sei, diese Bedingungen zu erfüllen. (Hört! hört! links.) Wider-spruch im Zentrum. Ich kann Ihnen dafür, daß dies regelrechte Abkommen getroffen worden ist, drei Zeugen benennen. Wie schämen uns des Abkommens nicht, aber ich kann Ihnen wohl nach-sprechen, daß Sie es nicht eingestehen wollen, nachdem die Finanz-reform die Gemüter aufgeregt hat und Sie im Begriffe stehen, jetzt beim Wahlrecht Verrat zu üben. (Sehr wohl! bei den Sozial-demokraten. Unruhe im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. Vorish: Ich habe Ihnen den weitesten Spiel-raum gelassen, bitte Sie aber, nicht auf das Wahlrecht zu kommen.

Abg. Reinetz (fortfahrend): Das war auch nicht meine Absicht. Ich will aber noch etwas sagen: Hier sitzt auch Herr Säuer-mann an. Als bekannt wurde, daß wir bei der Wahl den Ausschlag geben, hat man einen anderen Kandidaten an seiner statt aufstellen wollen und uns ist es zu danken, daß Herr Sauermann gewählt wurde, weil wir auf einen anderen nicht eingegangen sind. (Un-ruhe im Zentrum.) Ich begreife ja, daß Ihnen das unange-nehm ist.

Es ist unwahrscheinlich und verlogen vom Zentrum, wenn es jetzt die Sozialdemokratie als nicht bündnisfähig hinstellt. Herr Gronowski hätte wirklich keinen solchen Kraftaufwand zu diesem Zwecke gebraucht, denn selbst die Rechte ist ja in dieser Beziehung nicht ganz rein. Der konservative Abg. Feldmann ist ebenfalls mit unserer Hilfe gewählt und hat sich auf unsere Bedingungen ver-pflichtet! (Hört! hört!) Er hat sich dann darüber entzweit, daß wir von ihm verlangen, er solle diese Verpflichtung auch erfüllen. (Heiterkeit links.) Nur die Exzentralkonservativen sind keine

Verpflichtungen eingegangen. Das ist ja sehr erklärlich, denn sie haben keine Vereine, sie haben überhaupt mehr Abgerundete als übergenugte Wähler. (Große Heiterkeit.)

Durch das Herumreisen auf der Affäre mit dem Dreißigtausendmarktsflugblatt verfolgt das Zentrum lediglich den Zweck, die Arbeiter von der Finanzreform und der Wahlsystem abgulenken. Die Arbeiter sollen vergessen, daß das Zentrum Branntwein, Tabak, Bier, Tee und Zucker verleiht hat und die Fahrkartensteuer nicht abschaffen will.

Was draußen von der Zentrums- und Bergarbeiterfrage zusammengelogen wird, dafür nur ein Beispiel: Im vorigen Jahre trat ich hier dafür ein, eine Petition der Schaumburg-Lippischen Bergarbeiter um Lohnhöhung von 30 Pf. der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Herr Brust kam hinter mich und beantragte Uebergang zur Tagesordnung. Die Zentrums- und Bergarbeiterfrage hat aber dann geschrieben, daß ich gegen die Forderung der Arbeiter aufgetreten sei, Herr Brust habe sie befürwortet! (Verhört! Verhört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist so frech und gemein erlogen, daß man dafür keine Worte hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So wird in der Zentrums- und Bergarbeiterfrage gemacht gegen die Sozialdemokratie. Es ist ja vielleicht möglich, aus weiß Schwarz zu machen, aber aus schwarz weiß kann man niemals machen. (Große Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Hier tritt das Zentrum scheinbar für die Rechte der Bergarbeiter ein, aber im Sonntagunterhaltungsblatt der „Wirtschaftlichen Volkszeitung“, das für die Frauen der Bergarbeiter bestimmt ist, steht ein Artikel, worin Streikende als Opfer aufwieglerischer Reden von Arbeitsscheuen, die im Frühen fischen, bezeichnet werden! Der Streikbruch wird darin als edle Tat gefeiert! So macht das Zentrum

von hinten herum

bei den Frauen das zunichte, was es in der Öffentlichkeit theoretisch vertritt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Um all den Verrat an den Arbeiterinteressen bei der Witwen- und Waisenversorgung, bei der Vergesetztenliste usw. zu verdecken, kommen Sie nun mit der

Flugblattgeschichte

und verdächtigen meine Genossen Hue und Sachs, unethisch gehandelt zu haben. Dabei ist Herr Imbusch wegen Verleumdung von Hue und Sachs zu 60 M. Geldstrafe verurteilt! Nach dem mit vorliegenden Urteil ist der Vorstand des Bergarbeiterverbandes in der Sache vollständig gerechtfertigt!

Es wird darin festgestellt, daß Sachs Spaniol gegenüber seiner Entrückung über das Flugblatt Ausdruck gegeben und alles getan hat, um die Verteilung zu verhindern, und als dies nicht möglich war, in der „Arbeiterzeitung“ die Empfänger des Flugblatts davor gewarnt hat, sich durch dasselbe beeinflussen zu lassen. Es ist festgestellt, daß nicht bewiesen ist, daß der Vorstand des Bergarbeiterverbandes von dem Streich gewußt oder ihn gar angeraten hätte. (Hört! hört! b. d. Soz.) Imbusch hat nichts getan, um die Sache aufzuklären; er hat erst drei Tage vor dem Termin einen Zeugen genannt und nachher die eingelegte Verurteilung zurückgezogen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Spaniol behauptet, ein Vorstandsmitglied des christlichen Bergarbeiterverbandes habe ihm die im Flugblatt behauptete Mitteilung, daß Brust von den Werksbesitzern mit 30 000 M. belohnen sei, gemacht. (Hört! hört! b. d. Soz.) Sachs und Hue hatten nach dem, was von Brust bekannt war, keine Ursache, an dieser Mitteilung zu zweifeln, zumal da kein Grund vorlag, Spaniol für fähig zu halten, eine solche Mitteilung aus der Luft zu greifen.

Herr Brust

ist mehrfach wegen willkürlicher Verächtigung vor Gericht gewesen. Ich erinnere an die Verächtigung des Genossen Ludwig Schröder, die Brust monatlang ins Land geschickt ließ, um dann vor Gericht zu erklären, er könne den Beweis der Wahrheit nicht antreten. Ich erinnere an den Prozeß Hue-Brust von 1890: Nachdem Brust jahrelang die gemeinlichen Vorwürfe gegen Hue und die Verbandsleitung erhoben hatte wegen unethischer Geschäftsführung, Begaunung der Bergarbeiter usw., nannte schließlich Hue den Brust einen moralisch vollkommenen Menschen! Brust lagte, Hue reichte Widerlage ein. Im Prozeß erklärte der Verteidiger Brust, dieser könne den Wahrheitsbeweis nicht führen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Ein Jugendkamerad von Brust erklärte als von Hue geladener Zeuge, Brust habe ihm aus Vorhalten, warum er die Verhandlung fortgesetzt verleumde, gesagt:

„Ich weiß, daß die Verbandsleitung ehrlich ist, aber es ist mein Geschäft, so gegen sie vorzugehen, es ist mein Geschäft, sie zu verleumben!“

(Hört! hört! b. d. Soz.) Brust hat zugegeben, daß dieser Zeuge ein wahrheitsliebender Mensch war.

Vizepräsident Dr. Forst erwidert den Abg. Brust, der fortgesetzt „unwahr!“ dazwischenruft, die Unterbrechungen zu unterlassen.

Ich erinnere auch an die scharfen Angriffe, die der christliche Gewerksverein nach der Ablegung Brusts gegen seinen früheren Vorsitzenden gerichtet hat. Es wurde ihm unter anderem vorgeworfen, er habe die mit den Unternehmern; nur so sei seine Wahl zu erklären! Jahrelang hatte der christliche Verband gemeinsam mit unserm Verband die Anknüpfungswahlen gemacht. 1904 kommt Herr Brust und nimmt die Vertreter des Gewerksverbandes, die Nachwähler, auf seine christliche Liste. Dieses Vorgehen hat der Meinung, daß Herr Brust bekehrlich sein könne, neue Nahrung gegeben. Bei der Wahl gab Brust ein Flugblatt heraus, von dem ein unternehmerfreundliches Blatt, das „Rheinisch-Westfälische Tageblatt“, schrieb:

„Die wüsten Schimpfereien übersteigen so alles Zulässige, daß man sich nicht wundern kann, wenn diese Vergleiche sich davon geradezu angewidert fühlen und lieber gar nicht zur Wahl gehen als sich zum Bundesgenossen eines solchen Schimpfgenies zu machen.“ (Hört! hört! b. d. Soz.)

Es ist gesagt worden, daß nur das Zentrum Arbeiter als Abgeordnete in den Landtag geschickt habe. Ich gestatte mir, zu bemerken, daß auch ich ein Arbeiter gewesen bin, Herr Brust aber gehört zu den Arbeitern, die in gottgewollter Abhängigkeit von Zentrumsgrößen geraten sind. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Zentrumsgrößen haben sich nur mit großem Widerstreben dem gefügt, daß auch Arbeiter in das Parlament kamen. Herr Imbusch und Herr Meyer werden wissen, welchen Kampf es gekostet hat, ihre Kandidatur aufrecht zu erhalten. In Osnaabrück wurde ein Zentrumsarbeiter wenige Tage vor der Wahl gezwungen, zugunsten eines Rechtsanwalts zurückzutreten! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es sind lediglich

Renommierarbeiter.

die vom Zentrum herangezogen sind, (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) Renommierarbeiter des schwarz-blauen Blods, denn die Herren Konserwativen haben ja mit großem Behagen auf diese Zentrumsarbeiter hingewiesen. Für die 40 Millionen Liebesgaben, die das Zentrum den Agrariern bewilligt hat, nahm man diese Renommierarbeiter gern hin. Dabei ist es auch begrifflich, daß vom Zentrum gegen die wirtschaftlichen Arbeitervertreter in dieser Weise vorgegangen wird, deshalb der Haß gegen Herrn Effert, der erklärt hatte: der gewerkschaftliche Kampf würde sich zu einem politischen entwickeln und bei diesem politischen Kampf würde das Zentrum eben nicht auf seine Rechnung kommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn das Zentrum die Unterstützung, die es von uns erbeten und erhalten hat und die wir von ihm erhalten haben, abstreitet, so müssen wir sagen: Eine niederträchtigere und so mit bewußter Scheu arbeitende Partei wie das Zentrum gibt es nicht mehr! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Binzigt (fr.): Mit solchen häuslichen Auseinandersetzungen sollte man unsere Arbeit im Parlament nicht aufhalten. (Sehr richtig! recht!) Diese Rede war eine rednerische Ausschweifung. (Erneute Zustimmung recht.) Ich hätte nicht geglaubt, daß das Raddruckhier wieder besprochen würde, da

die Untersuchung noch schwebt. Der Redner verliest eine Reihe von Briefen, wonach bei den Auffindungsarbeiten in Raddruck stets Arbeitervertreter zugegen gewesen wären. Die entgegengelegten Behauptungen von sozialdemokratischer Seite seien unrichtig.

Das Haus verliert sich.

Abg. Gronowski (Z.): Ich habe mit den Sozialdemokraten in Dortmund nicht verhandelt. Ich stand bei der Wahl einem national-liberalen Scharfmacher gegenüber, und da konnten die Sozialdemokraten gar nicht anders als mich wählen. Ich kann auch nicht politischen Gegnern verbieten, mich zu wählen. Der Abg. Leinert hat heute als sog. Arbeitervertreter die Geschäfte der national-liberalen Partei besorgt. (Zustimmung im Zentrum.)

Abg. Leinert (Soz.): Ich habe nicht gesagt, daß der Abg. Gronowski mit dem sozialdemokratischen Vertrauensmann bei den Wahlen in Dortmund verhandelt hat, sondern daß mit dem Zentrumswahlkomitee von unserer Seite aus verhandelt worden ist.

Abg. Gronowski (Z.): Dem Zentrumswahlkomitee habe ich gar nicht angehört.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 12 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 6 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Strafsatzkommission.

Die Strafsatzkommission beschäftigte gestern die Beschlüsse erster Lesung zu §§ 248a, 249a und 370, Ziffer 5, Strafgesetzbuchs. Durch die Beschlüsse werden einige Eigentumsdelikte, falls sie aus Not begangen sind und nur geringwertige Gegenstände betreffen, zu einem Antragsdelikt gemacht, ferner verhindert, daß die harten Misdeltauordnungen auf sie Anwendung finden, und endlich die Strafhöhe bei Diebstahl und Betrug auf Geldstrafe bis 300 Mark oder Gefängnis bis zu drei Monaten (statt nur Gefängnis und zwar bis zu fünf Jahren) herabgesetzt. Der § 370, Ziffer 5, der heute nur wegen Entwendung von Nahrungsmitteln in geringer Menge oder von unbedeutendem Wert Geldstrafe bis 150 M. oder Haft androht und die Verfolgung von einem Antrag abhängig macht, ist auf die Entwendung von Gegenständen des hauswirtschaftlichen Verbrauchs (z. B. Kohlen) ausgedehnt. Unsere Genossen Stadthagen, Frohme und Zietz beantragten, die Möglichkeit im Gesetz aufzunehmen, wegen Vetteils aus Rot Strafflosigkeit einzuwirken zu lassen. Sie erklärten mit Rücksicht darauf, daß nur ein Notgesetz vorliege, haben sie davon Abstand genommen, obligatorisch die Freisprechung für alle aus Rot begangenen Vetteile auszusprechen, verlangten aber, dem Richter wenigstens die Möglichkeit zu geben, auf Freisprechung zu erkennen. Das sei erforderlich, zumal nach der zu § 249a beschlossenen Änderung jemand, der Täuschungsmittel beim Vetteile während der ohne Anwendung solcher Mittel aus Rot Vetteile stets bestraft werden muß und im Wiederholungsfall sogar mit Arbeitshausstrafe belegt werden könne. Außerdem gebe auch der Strafgesetzentwurf für alle Fälle der Vetteile aus Rot die Möglichkeit, von Strafe abzugehen. Das Zentrum vertrat denselben Standpunkt und stellte ähnliche Anträge. Die Regierung führte gegen die Anträge, deren materielle Berechtigung sie anerkennt, an, es sei erforderlich, die schwierige Materie der Vetteile in anderer Weise umfassend zu regeln. Würde hier der eine Punkt herausgegriffen, der vielleicht in 90 von 100 Fällen zur Freisprechung führe, so sei der Entwurf gefährdet, zum mindesten seien längere Beratungen über seine Annehmbarkeit zwischen den Regierungen erforderlich. Dadurch würde die Erledigung hinausgeschoben. Die Anträge wurden mit 18 Stimmen (Zentrum, Sozialdemokraten, einem Teil des Freisinn und Abg. Kolbe (fr.)) gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Die Beratung über den Erpressungsparagrafen, zu dem die Sozialdemokraten und das Zentrum Änderungsvorschläge gestellt hatten, kam nicht zum Abschluß. Er soll in der heutigen Sitzung erfolgen, die sich auch mit den Verschärfungsvorschlägen zum § 186 (Verleumdung, insbesondere durch die Presse) und dem Abschneiden des Wahrheitsbeweises befassen soll.

Der teure Gouvernementspalast. — Schlampereien. — Abgelehnte Kolonialfahrt. — Religionsunterricht. — Chinesische und deutsche Gehälter.

Bei Beratung des Etats der Marinestation Kiautschou in der Budgetkommission des Reichstages fragte Abg. Erzberger an: was der Gouvernementspalast alles in allem gekostet habe. Es sei nämlich wieder einmal eine ungeheure Verschwendung getrieben und zum Teil direkt insinuiert gebaut worden. Ferner habe man die bei Errichtung der Marinestation erübrigten Gelder widerrechtlich dazu verwendet, einen Torbogen im Sille des Gouvernementsgebäudes zu erbauen. 80 000 M., die zur Anlage eines Fortgartens bewilligt waren, seien für einen Garten beim Gouvernment verwendet worden usw.

Der Staatssekretär leugnete alles und erwartete den Gegenbeweis. — Daß das Gebäude so teuer geworden sei, müsse auf das Steigen des Dollarkurses in Ostasien zurückgeführt werden; aber die sonst noch vorgebrachten Beschwerden wolle er sich informieren.

Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Görde beklagte, daß keiner von den Reichstagsabgeordneten „unser Kiautschou“ kenne! (Die Abgeordneten, die vor einigen Jahren die Fahrt nach Ostasien mitgemacht haben, sind bei der letzten Wahl sämtlich durchgefallen. D. W.) Diesen Gedanken griff der regsame Herr Erzberger sofort auf und empfahl nun auch seinerseits eine solche Fahrt auf Reichskosten durch Ostasien nach dem Weißen Meer! Damit nun aber niemand den Kollegen Görde und diejenigen, die etwa noch mit nach Ostasien delegiert würden, beneide, unterließ es Herr Erzberger nicht, zu erklären, daß eine solche Reise kein Vergnügen sei, sondern ein erhebliches Opfer bedeute! — Da der Anregung gegenüber der Staatssekretär sich taub und stumm stellte und auch von keinem anderen Abgeordneten der Gedanke weiter verfolgt wurde, so wird aus der Reise wohl nichts werden.

Zu einer längeren Debatte kam es noch bei dem Titel „Lehranstalten für chinesische Schüler“, wofür 40 400 M. gefordert wurden. Es handelt sich um die deutsch-chinesische Hochschule in Tsingtau, die vorigen Herbst eröffnet worden ist und jetzt 79 Schüler zählt. Von diesen ist der jüngste in der unteren Stufe 18, der älteste in der Oberstufe 28 Jahre alt.

Der Abg. Erzberger beklagt sich darüber, daß den Schülern, die zum Christentum übergetreten seien, von der chinesischen Regierung Schwierigkeiten gemacht würden.

Genosse Ledebour entgegnete: Daß es das Beste sei, wenn man den Religionsunterricht aus dem eigentlichen Lehrplan überhaupt ausschleide und es den einzelnen Konfessionen bzw. religiösen Weltanschauungen überlasse, wie sie ihre Anhänger unterrichten wollen. Wenn für diesen Religionsunterricht (der für die Chinesen als Anhänger des Konfuzius nur ein Moralunterricht sei) ein Tag in der Woche freigegeben würde, so könnte der angestrebte Zweck leicht erreicht werden.

Wenn Titel „verschiedene Ausgaben“ werden einige ungenügende Forderungen darunter 1500 M. besondere Dienstentfähigkeit für einen mit der Opiumkontrolle beauftragten Polizeiwachmeister! in Höhe von 22 500 M. gelährten. Welch tiefer Abstand zwischen den Gehältern der europäischen und denen der eingeborenen Beamten in Kiautschou besteht, zeigen die folgenden Beispiele:

Bei der Landesverwaltung erhält der Literat der chinesischen Kanzlei 1248 M., die sonstigen Literaten, Schreiber und Dolmetscher 800 bis 1200, Polizisten, Gefangenenaufseher, Bureaudienner 240 bis 432 M. usw. Dagegen bekommt ein deutscher Oberlehrer, desgleichen ein deutscher Richter in Kiautschou nach einem Jahre 8300 und nach sechs Jahren 11 900 M., ein Gouvernementssekretär 7700, nach sechs Jahren 10 000 M. Man vergleiche damit die oben angeführten erbärmlichen Gehälter der chinesischen Literaten, die denselben Rang bekleiden, wie in Deutschland die studierten Akademiker, jedenfalls beweist die Differenz in den Gehältern zwischen deutschen und eingeborenen Beamten, daß das Geld dort keine so geringe Kaufkraft haben kann, wie von interessierter Seite so gern behauptet wird, denn sonst müßten die Chinesen — auch wenn man ihre Lebenshaltung noch so niedrig einschätzt — bei ihrem Einkommen direkt verhungern.

Bergverwaltung.

Zum Etat der Bergverwaltung hat die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses folgende Entwürfe eingebracht:

die Regierung zu ersuchen:

1. In Zukunft in den Nachrichten von dem Betriebe der unter den preussischen Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung stehenden Staatswerke für jedes Werk vollständige und vergleichende Angaben über Alter, Höhe, Beschäftigungsdauer, Arbeitszeit und Ferien der beschäftigten Arbeiter vorzulegen.

2. Für jedes Staatswerk gesondert und, soweit möglich, vergleichend zu berichten über den Anteil des Arbeitslohnes an den Selbstkosten der Produkte, die Leistungen der Arbeiter, die gesetzlichen und statutarischen Arbeits- und Pensionsversicherungen, Arbeiterausgabenbestimmungen, Zugang und Abgang der Arbeiter.

Aus der Partei.

Der Sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Bielefeld-Wiedenbrunn hielt am Sonntag, den 27. Februar, seine Generalversammlung ab. Der Verein zählte am 31. Dezember 1909 in 17 Ortsgruppen 4674 Mitglieder (4597 männliche, 777 weibliche) gegen 4658 (4415 männliche, 243 weibliche) am 30. Juni 1909. Das ist eine Zunahme von 221 (182 männlichen, 39 weiblichen) Mitgliedern. In den vergangenen beiden Wahlrechtskampagnen sind weitere 428 Mitglieder (306 männliche, 122 weibliche) aufgenommen worden, so daß der Verein jetzt 5302 Mitglieder (4908 männliche, 394 weibliche) zählt. Von 13 642 sozialdemokratischen Wählern bei der Hauptwahl 1907 sind also 39 Proz. politisch organisiert.

Der Kassendirektor für das zweite Halbjahr 1909 weist inklusive eines Kassendefizites von 6001,17 M. an Einnahmen auf: 18 838,95 M. Die Ausgaben betragen 6685,03 M.; es verbleibt somit ein Kassendefizit von 4140,08 M.

Der Verein hielt im vergangenen Halbjahr 74 Mitgliederbesammlungen, 17 Bezirksabende mit Vorträgen, 9 Volks- und 6 öffentliche Frauenversammlungen ab. 42 000 Flugblätter „50 Millionen Mark neue Steuern“ und 20 000 für den Schnapsbottich wurden verbreitet. Außerdem gelangten 4300 Exemplare der „Volksmacht“ zur besondern Verbreitung, wodurch das Parteiblatt einige hundert neue Abonnenten gewonnen hat. Die Bibliothek umfaßt insgesamt 2588 Bücher.

Die Kommunalwahlen in 9 Orten brachten uns einige neue Mandate. Unsere Partei hat jetzt in Bielefeld und in 8 Gemeinden 43 Vertreter (15 Stadtverordnete und 28 Gemeinderatsmitglieder), von letzteren 4 in der zweiten Klasse.

Beschlossen wurde: Der monatliche Beitrag wird vom 1. Juli dieses Jahres für männliche Mitglieder von 20 auf 30 Pf. erhöht, für weibliche von 10 auf 15 Pf. Auf 1 bis 50 Mitglieder kommt in Zukunft ein Delegierter zur Generalversammlung (bisher 1 bis 25). Die Generalversammlung setzt sich zusammen aus den Delegierten und 1 Bevollmächtigten der Ortsgruppen, dem Vorstande, den Revisoren und dem Sekretär, dem Reichs- und Landtagsabgeordneten bzw. Mandatbären, den Mitgliedern der Handelsgesellschaft und der Rechtskommission, dem kaufmännischen Personal und den Redakteuren der „Volksmacht“. Neu und hervorzuheben ist, daß die Delegierten für das ganze Geschäftsjahr gewählt werden, analog den Generalversammlungen der Krankenkassen, so daß die zwei regelmäßigen Generalversammlungen im Jahre dieselbe Zusammensetzung haben. Das ist von großem Vorteil für die Aktionsfähigkeit der Organisation und deren Geschäfte. Auch kann dadurch innerhalb Tagesfrist die Generalversammlung zusammengetreten, was bei jedesmal neuworgewählten Delegiertenwahlen nicht möglich ist.

Die Waisfeier soll, wie üblich, durch Ausflug vormittags bzw. durch Abendversammlungen mit dem Tage entsprechenden festlichen Darbietungen begangen werden.

Erfolg der Hausagitation.

Eine in einzelnen Orten des Wahlkreises Bochum vorgenommene Hausagitation, die sich hauptsächlich auf die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder zu Abonnenten der Arbeiterpresse und zur Parteimitgliedschaft erstreckte, hatte das Resultat, daß 450 neue Abonnenten auf das „Volksblatt“ und 250 Parteimitglieder gewonnen wurden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein „unparteilicher“ Richter.

Der Amtsgerichtsrat Rüdert in Frankfurt a. M. hat wiederholt in mehreren Verhandlungen gegen Redakteure der „Frankfurter Volksstimme“ eine offensichtliche Voreingenommenheit gegen unsere Genossen gezeigt. In der „Volksstimme“ wurde diese richterliche „Objektivität“ schon des öfteren scharf kritisiert — ohne daß der Amtsgerichtsrat sich dagegen gewendet — und lehnten unsere Genossen diesen Richter schon mit Erfolg wegen Voreingenommenheit gegenüber Sozialdemokraten ab.

In der Verleumdungsklage des Reichsverbandsgenerals v. Liebert gegen den Genossen Quint als Redakteur der „Volksstimme“ zeigte der Herr Amtsgerichtsrat Rüdert seine „Unparteilichkeit“ in besonders hellem Lichte. Er lehnte sämtliche Beweisansätze des Verteidigers kurzerhand ab, weil sie nichts zur Sache täten und leistete sich Ausfälle gegen die Sozialdemokratie. Die „Frankfurter Volksstimme“ brachte dann in ihrer Nummer vom 28. November 1909 einen Leitartikel mit der Überschrift: „Nichts zur Sache!“, in dem die Verhandlung und besonders auch der Vorstehende, Amtsgerichtsrat Rüdert, in gebührender Weise gewürdigt wurde. Es heißt in dem Artikel: „... Je weiter die Verhandlung fortschritt, desto mehr gewann es den Anschein, daß für Herrn Rüdert alles nichts zur Sache tue, mit Ausnahme des einen, das hätte ein sozialdemokratischer Redakteur und drüber ein konservativer Reichstagsabgeordneter, eine Erziehung und ein guter Freund Wilms' hand“. Wegen diesen Artikels stellte nun nicht etwa der Amtsgerichtsrat Rüdert, sondern der Landgerichtspräsident Strafantrag, um die Staatsanwaltschaft erhohe Offizialklage.

Am Montag hatte sich Genosse Redakteur Hermann Wendel wegen des Artikels vor der Strafkammer zu verantworten. Genosse Reichstagsabgeordneter Dr. Frank stand ihm als Verteidiger zur Seite. Unter Anklage stand der ganze Artikel; in dem oben zitierten Satz wurde der Vorwurf der Parteilichkeit erblickt.

Genosse Wendel betonte in der Verhandlung, daß er in dem Artikel natürlich die persönliche Ehre des Amtsgerichtsrat Rüdert nicht habe angreifen wollen. Dieser habe gewiß nicht wieder besseres Wissen so gehandelt, sondern aus den Anschauungen seiner Klasse heraus. Solange es zwei Klassen gebe, würden Angehörige der bürgerlichen Klassen auch als Richter aus der Haut ihrer Klasse nicht heraus können. Der Vorstehende hielt dann dem Angeklagten den oben aus dem Artikel zitierten Satz vor, und meinte, einen größeren Vorwurf könne man einem Richter nicht machen. Wendel berief sich nun als Beweis der Parteilichkeit

Rüderick gegenüber Sozialdemokraten auf das Urteil preußischer Richter, die Rüderick als befangen gegenüber einem Redakteur der „Volksstimme“ erklärt hatten. Der diesbezügliche Beschluß des Landgerichts wurde verlesen; aus den Gründen ist zu entnehmen, daß die Ablehnung als begründet erachtet wurde, weil Rüderick behauptet hatte, die Sozialdemokraten gingen leichtfertig mit der Ehre ihrer Mitmenschen um.

Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Der Angeklagte habe behauptet versucht, Rüderick verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herunterzusetzen. Vergehen gegen die §§ 185 und 186. Verteidiger Dr. Frank beantragte Freisprechung. Es konnte höchstens der § 185 (formaler Beleidigung) in Betracht kommen. Das Gericht hatte als wahr unterstellt, daß der Amtsgerichtsrat Rüderick Weisungsanträge des Verteidigers in höhnischer Weise unterbrochen habe. Das beweist, daß Rüderick nicht mit der nötigen Objektivität und Ruhe dem Angeklagten gegenüberstand. Dem Angeklagten ist deshalb nicht über zu nehmen, daß er Rückschlüsse auf das Innenleben des Rüderick zog. Die Grundtendenz des Artikels sei gewesen, die Schäden der Justiz offen zu legen und zu kritisieren. Der Angeklagte habe auch in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. In der schriftlichen Begründung des gefällten Urteils in der betreffenden Verhandlung gegen Quini habe Rüderick ausgeführt, die Weisungsanträge wären nur gestellt worden, um dann ihre Ablehnung in der Presse kritisieren zu können, diese hätte nur die übliche Demonstration bezweckt. Wenn ein Richter das schreibe, dann sei der Beweis geführt, daß er nicht objektiv gehandelt habe. — Das Urteil lautete auf eine Geldstrafe von 600 M. und Publikation in vier Frankfurter Zeitungen. Der Artikel enthalte eine strafbare Beleidigung des Amtsgerichtsrats Rüderick. Diesem sei der Vorwurf der Parteilichkeit nicht im allgemeinen, sondern im Anschluß an einen konkreten Vorgang gemacht worden. Deswegen komme der § 186 in Betracht. Die Beleidigung sei eine schwere. Strafmildernd sei, daß die sozialdemokratische Partei geglaubt habe, gegenüber dem Verhalten des Amtsgerichtsrats Rüderick Schlüsse ziehen zu können.

Aus Industrie und Handel.

Die Fondsanammlung in den großen Städten Deutschlands.

Die größeren Städte gehen in letzter Zeit immer mehr dazu über, sich gegen die Schwankungen ihrer Rechnungsergebnisse, die entweder eine Folge der Mindererträge der Gemeindesteuern in Zeiten der Depression oder außerordentliche Mehrausgaben sind, durch Anlage besonderer Fonds zu schützen. Das Kölner Statistische Amt hat nun eine Zusammenstellung der am 31. März 1907 bestehenden Rücklagen dieser Art gemacht, die recht interessante Ergebnisse zeigt. Hervorzuheben ist dabei freilich im voraus, daß ein eigentlicher Vergleich zwischen den Fonds der einzelnen Städte nur bedingt möglich ist, da diese Einrichtungen nicht überall gleich alt sind, in der einen Stadt z. B. erst in der Entwicklung sich befinden, während sie in der anderen schon vollständig ausgebildet oder ihrer Verwendung übergeben sind. Die Darstellung umfaßt auch nicht alle Fonds, sondern nur solche, die häufiger wiederkehren und die Kapitalanammlung für periodische oder außerordentliche Geldbedürfnisse besonders veranschaulichen. Es sind dies die Betriebs-, Reserve-, Ausgleichs-, Tilgungs-, Erneuerungs- und Baufonds der allgemeinen Verwaltung, sowie die der selbständigen Betriebe. Nicht berücksichtigt sind dagegen z. B. die Straßenbau- und Kanalisationsfonds für nicht-historische Straßen, die Grabenunterhaltungsfonds, die Einquartierungsfonds, ebenso die Fonds der Sparkassen, Verhämter, Hypothekendarlehen usw., alles Kapitalrücklagen, die von Interessenten gebildet werden. Es waren demnach an Gesamtbeträgen aller in Betracht kommenden Fonds vorhanden

überhaupt auf 1000 Einwohner	
in	Mark
Frankfurt a. M.	12 063 926
Leipzig	14 552 415
Mannheim	4 742 719
Dresden	14 184 604
München	10 265 073
Köln	3 001 734
Schöneberg	2 643 373
Wiesbaden	1 717 508
Charlottenburg	4 156 137
Berlin	31 343 548
Hannover	3 761 327
Dortmund	2 862 121
Elberfeld	2 463 310
Königsberg	3 141 260
Danzig	2 037 545
Düsseldorf	3 295 144
Breslau	4 648 494
Stettin	2 143 670
Stuttgart	2 345 200
Magdeburg	1 967 137
Nürnberg	2 293 523
Köln	2 794 089
Augsburg	297 044

Die Höhe der angesammelten Fonds schwankt also bei den angeführten Städten zwischen 88 018 M. (Frankfurt a. M.) und 3077 M. (Augsburg) pro 1000 Einwohner. Die Reichshauptstadt steht mit 14 962 M. etwa in der Mitte.

Was die einzelnen Fonds anbelangt, so ist deren Verteilung natürlich außerordentlich verschieden. So spielt z. B. in Berlin der Erneuerungsfonds der Gaswerke die Hauptrolle, auf den allein 28 001 754 M. oder 18 652 M. pro 1000 Einwohner, d. h. $\frac{1}{10}$ der Gesamtsumme fallen. In Breslau steht der Betriebsfonds der Kammerer-

mit 2 Millionen Mark an erster Stelle, in Frankfurt a. M. der Erneuerungs- und Reservefonds der Elektrizitätswerke (3 832 893 M.), in Charlottenburg der Erneuerungs- und Tilgungsfonds der Gasanstalt, in Leipzig der Tilgungsfonds für das Wasserwerk (3 110 593 M.).

Ebenso verschieden ist die Anzahl der von den einzelnen Städten gebildeten Fonds. So hat Berlin zum Beispiel nur fünf Fonds, Leipzig dagegen zwanzig. Die meisten Fonds hat Frankfurt, das ja auch die größte Summe pro 1000 Einwohner erreicht: es verwaltet 23 Fonds und hat für fast jedes städtische Unternehmen — Gaswerk, Wasserwerk, Schlachthof, Schwimmbäder usw. Kapitalrücklagen gemacht.

Betriebserweiterung. Die Gewerkschaft Deutscher Kaiser erwarb, wie gemeldet wird, in Sedenheim bei Mannheim ein Terrain in Größe von 440 000 Quadratmeter. Der Kaufpreis soll circa $\frac{1}{2}$ Mill. Mark betragen. Auf dem Gelände sollen industrielle Anlagen errichtet werden.

Aus der Frauenbewegung.

Das Frauenwahlrecht eine praktische Forderung.

Wir haben bereits nachgewiesen, daß die Forderung des Frauenwahlrechts ihre feste Begründung finde in der wirtschaftlichen Stellung, welche die Frau in der heutigen Gesellschaft einnimmt.

Nach der letzten Berufs- und Gewerbebezahlung vom Jahre 1907 sind von der weiblichen Bevölkerung in Deutschland 10 035 705 Frauen und Mädchen erwerbstätig; wir können hinzufügen: ihre Zahl ist in stetem Wachsen begriffen! Die Arbeitsleistung von über 10 Millionen Frauen bildet einen wichtigen und unentbehrlichen Teil der Gesamtproduktion. Und auf Grund dieser Arbeitsleistung für die Gesamtheit haben die Frauen einen Rechtsanspruch auf volles Bürgerrecht. Doch auch jene Frauen, die zwar nicht erwerbstätig, die aber durch treue Erfüllung ihrer Hausfrauen- und Mutterpflichten der Allgemeinheit nicht minder wertvolle Dienste leisten, haben den gleichen Rechtsanspruch auf die Einräumung demokratischer Staatsbürgerrechte. Ganz zu schweigen davon, daß die Steuerlast, direkte und indirekte, welche die Frauen zu tragen haben, die gleiche ist, wie bei den Männern.

Der Anspruch der Frauen auf das Wahlrecht ist zweifellos als berechtigt anzusehen. Und immer größer wird erfreulicherweise die Frauenschaft, die mit Begeisterung den Kampf um die Erwerbung dieses wichtigen Staatsbürgerrechtes führt.

Die proletarischen Frauen sehen jedoch im Frauenwahlrecht nicht nur, ja nicht einmal in erster Linie, ein Recht, das sie zu nutzen gedenken im Interesse des weiblichen Geschlechts; sie betrachten das Frauenwahlrecht vielmehr als eine vorzügliche Waffe, deren sie bedürfen, um gemeinsam mit den proletarischen Männern, Klassenforderungen der Arbeiterschaft durchzusetzen. Die Erfahrung hat die proletarischen Frauen gelehrt, daß ihr Interesse keineswegs an der Seite bürgerlicher Frauen, sondern nur an der Seite proletarischer Männer, an der Seite ihrer Klassen Genossen gewahrt wird. Die Ausbeutung durch das Kapital und die Abhängigkeit von demselben bedingt es, daß die Arbeiterklasse alle Kräfte zusammenfaßt zum Kampfe um ein Empor und um die endliche Befreiung. Und diese endliche Befreiung aus kapitalistischen Fesseln wird auch erst die Befreiung der proletarischen Frauen aus der Geschlechtsflaverei ermöglichen. Aus der Erkenntnis dieser Tatsachen erwächst das Solidaritätsempfinden und die Befähigung von Mann und Frau für den gemeinsamen Kampf der Arbeiterschaft. Die Erwerbung des Frauenwahlrechts würde den parlamentarischen Einfluß der Gesamt-Arbeiterschaft ungemein verstärken und je größer der parlamentarische Einfluß der Arbeiterschaft, desto leichter ist es, dringende notwendige Reformen durchzusetzen.

So würde zum Beispiel, im Besitze eines wirklich demokratischen Wahlrechts zum Preussischen Landtage, die Arbeiterschaft den so notwendigen Ausbau des Fabrikinspektorsats leichter erzwingen können. Eine Forderung von eminent praktischer Bedeutung für das Proletariat! — Zeigt doch die Unfallstatistik Deutschlands, daß im Jahre 1906 461 091 Personen verletzt wurden, und von diesen 74 581 Personen schwere Verletzungen erlitten und 5889 Personen den Tod infolge Verunfallung fanden. Diese Zahlen, die ein graues Bild geben von den immensen Opfern, die alljährlich das Schlachtfeld der Arbeit fordert, könnten zweifellos stark herabgemindert werden, wenn wir mehr Fabrikinspektoren hätten, wenn die Zahl der weiblichen Inspektoren vermehrt, wenn Assistenten, männliche und weibliche, aus den Kreisen der Arbeiterschaft, den Inspektoren beigegeben und wenn Verste ange stellt würden.

Diese Forderungen vermag die Arbeiterschaft heute noch nicht durchzusetzen, weil bei dem elenden Dreiklassenwahlrecht der Einfluß der herrschenden Klassen ein zu großer ist. Diese Klassen sträuben sich gegen den Ausbau der Sozialgesetze ebenso sehr, wie sie sich sträuben gegen deren Ueberwachung und strenge Beachtung. Wenn in der Folge das Stimmrecht nach weiter freigt, wenn die Zahl derjenigen answächst, die mit geschlagenen, zermalnten und zerstückten Gliedern von der Arbeit heimgebracht werden, wenn zahllose Existenzen dadurch vernichtet, das Familienglück Tausender und Abertausender zerbricht und Not und Sorge in den Kreisen der Betroffenen immer größer und drückender wird, so sind dafür jene Leute verantwortlich, die der Arbeiterschaft ihr erstes Staatsbürgerrecht vorenthalten und damit die Waffe, mit deren Hilfe sie sich einen wirksamen Schutz gegen maßlose Ausbeutung und Unfallgefahr erzwingen konnte.

Dieses ein Beispiel aus der Tatsachenfülle zeigt Härlich den praktischen Wert eines Wahlrechts auf breiterer demo-

kratischer Grundlage (also mit Einschluß des Frauenwahlrechts) für die Arbeiterschaft. Die Gestaltung ihres täglichen Lebens ist vom Besitze oder Nichtbesitze dieses Rechtes in eminentester Weise abhängig. Die Frauen und Töchter der Arbeiter handeln deshalb im ureigensten Interesse, wenn sie den gegenwärtigen Wahlrechtskampf in Preußen in den Reihen der Sozialdemokratie kämpfen. Ist doch die Sozialdemokratie die einzige politische Partei, die nicht nur grundsätzlich sich für das Frauenwahlrecht bekämpft, sondern auch energisch und zielklar dafür eintritt.

Die weibliche Fabrikinspektion in Norwegen.

Auf Grund des neuen norwegischen Fabrikgesetzes hatte die Stadtverordnetenversammlung von Kristiania am Donnerstag ein weibliches Mitglied zur örtlichen Fabrikaufsichtsbehörde zu wählen. Das führte zu einer heftigen Debatte. Die Konserverfabriken wollten eine Oberlehrerfrau Rörup gewählt wissen, die von sogenannten „Arbeitervereinen“ der Rechtsparlei und von den — Textilfabrikanten vorgeschlagen war. Die sozialdemokratischen männlichen und weiblichen Stadtverordneten betonten demgegenüber, daß es bei einer Fabrikinspektion vor allen auf das Vertrauen der Arbeiterinnen ankomme; das Fabrikgesetz richte sich ja gewissermaßen gegen die Arbeitgeber, wenigstens insofern, als sie gezwungen werden sollen, die zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer erlassenen Vorschriften zu befolgen. Die sozialdemokratische Fraktion empfahl Frau Anna Plehm, die vom Frauenverband der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, vom Frauenbureau der Partei und Gewerkschaften sowie vom Ortsrat und der Landesorganisation der Gewerkschaften vorgeschlagen worden war. Frau Plehm war 18 Jahre lang als Arbeiterin in Textilfabriken tätig, ist jetzt Witwe mit zwei erwachsenen Kindern. Durch eigenen Fleiß erwarb sie die für die Fabrikaufsicht nötigen Kenntnisse. Es war noch eine dritte Kandidatin aufgestellt, Frau Dr. Dagny Bang, vorgeschlagen vom „Verein des weiblichen Handlungsstandes“. Diese Dame hat sich dadurch ausgezeichnet, daß sie fleißig gegen das Verbot der Frauennachtarbeit agitirte und so die Gleichberechtigung des Unternehmertums in der Ausbeutung der weiblichen und männlichen Arbeitskräfte zu wahren suchte.

Die Abstimmung über die Kandidaten ergab zunächst 87 Stimmen für Frau Rörup, 81 für Frau Plehm und 7 für Frau Bang. Da somit eine ausschlaggebende Mehrheit nicht erreicht war, erinnerte sich der schlaue Vorstehende daran, daß er von seinem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht hatte und wollte nun nachträglich seine Stimme für Frau Rörup abgeben, um sie mit 88 Stimmen für gewählt zu erklären. Gegen dieses Verfahren protestierten unsere Genossen mit dem Erfolg, daß eine regelrechte Stichwahl stattfand, die die Wahl unserer Parteigenossin Plehm mit 37 gegen 36 Stimmen ergab. Einige Konserverfabriken waren nach der ersten Abstimmung nach Hause gegangen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Am Donnerstag, den 3. März, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstraße 72: Generalversammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die freilichige Sprachweise findet Einnahme 5. zweiter Teil, dritter Eingang, vier Treppen. **Wachstuch** wachstuchlich abends von 7 $\frac{1}{2}$ bis 9 $\frac{1}{2}$ Uhr halt. **Geöffnet** 7 Uhr. **Connadeub** beginnt die Sprachweise um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buch und eine Zahl als Beleg beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. **Wid** zur Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. **Gütige** Fragen tragen man in der Sprachweise vor.

N. 6. 20. Ihre Anfrage ist bereits in der Nr. 31 vom 6. Februar mit „Nein“ beantwortet. — **N. D. 454.** Rechten Sie den Vertrag sofort wegen Irrtum (§ 119 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) und arglistiger Täuschung (§ 123 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) an und verlangen Sie Rückzahlung gegen Rückgabe des Ringes eventuell im Wege der Klage. — **N. M. 78.** 1. Pa. 2. Ist das Kind nach dem 1. Januar 1900 geboren — wie wir annehmen — so besteht für den unehelichen Vater kein Recht, Herausgabe zu verlangen. — **N. 2. 52.** Ihre Frau hat Anspruch auf den Wittel, das ist hier — wenn nicht noch mehrere Geschwister als die von Ihnen erwähnte Schwester vorhanden sind — $\frac{1}{4}$ des Nachlasses.

Friedrich, Rixdorf 100. 1. Zur Verpflanzung der ganzen Laxe reicht der Raum nicht aus. Bei einer regelmäßigen Geburt sind 10—20 M. zu zahlen, je nach dem Einkommen und Vermögen, außerdem für jeden Wochenbesuch bei Tage 1—2 M. Es empfiehlt sich die Vereinbarung einer Pauschale. 2. Die Frage ist nicht verlässlich. Die Hilfestellungen sind im wesentlichen in das pflichtgemäße Ermessen der Hebammen gestellt. — **N. 2. 17.** 1. Nach § 135 der Gewerbeordnung ist eine höchstens zehnstündige Arbeitszeit zulässig, falls es sich um einen Betrieb handelt, in dem mindestens zehn Arbeiter beschäftigt sind und der Betriebende noch nicht 16 Jahre alt ist. Eine Verpflichtung zur Ueberstreichung der in der Arbeitsordnung festgesetzten Arbeitszeit liegt nicht vor. 2. und 3. Bezüglich Bestimmungen finden Sie in den §§ 134c und folgende der Gewerbeordnung. — **N. 94.** 1. Rein. Die nächste ist Urbanstr. 38 (Wohnzimmer-Heim). 2. Sänglingsfürsorge, Rixdorf, Steinmetzstraße. — **N. D. 46.** 1. Rückforderung ist nicht mehr zulässig; die Frist ist verstrichen. 2. Bis jetzt noch nicht. Die Einkommensminderung muß mehr als den fünften Teil des Jahreseinkommens betragen. — **N. D. 6.** Sie hatten für die bis zu Ihrem Aufsteigen erwachsenen Verbindlichkeiten. — **N. D. 7.** Wenden Sie sich an die Stützungsdeputation, Poststr. 15. — **N. D. 100.** 1. Ja, wenn wegen des Gebrauchs die Ehe rechtlich gelöst ist und der Antrag binnen drei Monaten nach Rechtskraft gestellt wird. 2. Das Eheverbot wirkt auch für den Fall der Bekräftigung weiter. Es ist aber Bekräftigung durch den Justizminister zulässig. 3. Wenn Ihre Frau bisher den Unterhalt der Kinder bestreitet hat: ja, und zwar die Hälfte des Frankengeldes. — **N. D. 12. 13.** Es ist die von der Gemeinde erlassene Steuerordnung maßgebend. Auch u. E. ist der Zeitpunkt der Ausfassung ausschlaggebend.

Schutz gegen Influenza.

Häufig wird eine Erkältung unbeachtet gelassen und die Influenzabazillen finden einen vorzüglichen Nährstoff in dem kranken Blut des erkälteten Körpers. **Santa Lucia Kraft-Rotwein** a Flasche 1.50 u. 2.00. Von jeder Mahlzeit genossen, gibt kräft. Wärmegefühl und wirkt außerordentlich anregend. Wer eine leichte Erkältung spürt, trinke vor dem Schlafengehen 1 Glas erwärmten Santa Lucia Kraft-Rotwein. **Käuflich in allen Apotheken, Drogen- und Delikatessgeschäften.**



De Thompson's
Seifen
Garantiert
frei von
schädlichen
Bestandteilen

das beste Waschmittel.
 $\frac{1}{2}$ Pfund-Paket 15 Pfg.

Selowsky's
Bolero-Cigaretten
bleiben unübertroffen!
mit Mundstück ohne Mundstück Goldmundstück

10 Stück 20 Pfg.

Rixdorf, Selchower Str. 13,
3 Zimmer und Küche, Preis ca. 500 M.
1 u. 2 „ „ „ 216—324 „
2 Läden,
passend für jedes Geschäft, 336, 540 M. 4481*

Lege-Hühner,
garantiert junge, beste Lege, 2 $\frac{1}{2}$ M.,
Enten, Tauben, Gänse empfiehlt reellst
Wegner, Berlin SO., Mariannenstr. 34

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot
nach Maß, schick, dauerhaft,
von 20 Mark an. **Moritz Laband,**
Neue Promenade 11/12 (Städt. Börse).

Husten, Heiserkeit
besitzigen
wunderbar leicht
und schnell
die berühmten
Hustentropfen
von
Otto Reichel.
Nur echt mit
Marke
„Medico“.
Bl. 50 Pf. u. 1 M.

Wir empfehlen ein Bild von
August Bebel.
Neueste Aufnahme.
Tadellose Ausführung.
Bildgröße 30 x 40 cm
Kartongröße 60 x 90 cm
Preis 2.50 M.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68,
Sindensstraße 69, Laden.

Sofort zu vermieten: 4453L*
Tegel, Bahnhof-Str. 17-18
2 Zimmer u. Küche. Preis 330 M.

Soziales.

Von der Reichsversicherungsordnung.

Nach einer parlamentarischen Mitteilung ist die dritte Lesung der Reichsversicherungsordnung am Sonnabend, den 26. Februar, in den Ausschüssen des Bundesrats beendet worden.

Ein scharfer Protest

gegen die von der Regierung und den bürgerlichen Parteien betriebene Verschleppung betreffend die Privatbeamtenversicherung wurde in einer in Dresden stattgefundenen Versammlung der Privatbeamten, die von zirka 500 Personen besucht war, erhoben.

Haftung für Fahrlässigkeit bei Aufstellung von Häckselschneidemaschinen.

Der Anbauer W. in W. in der Provinz Hannover hatte auf der Tenne seiner Scheune eine Häckselschneidemaschine unterwahrt stehen. Der etwas über sieben Jahre alte Sohn seines Nachbarn S. spielte eines Tages mit anderen Kindern an der Maschine und kam mit der rechten Hand zwischen die Nannräder, wobei er beratet verletzt wurde.

Das Landgericht Lüneburg und das Oberlandesgericht Celle haben den Beklagten auftragsgemäß verurteilt. Das letztere legte dem Beklagten eine nach § 223 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches zum Schadenersatz verpflichtende Fahrlässigkeit um deswillen zur Last, weil er die Häckselschneidemaschine (während sie nicht im Gebrauch war) an einem Orte an dem Kinder verkehren, ohne eine Schutzvorrichtung, die einen gefährlichen Mißbrauch der Maschine zu verhüten geeignet war, unbeaufsichtigt hatte stehen lassen.

Die vom Beklagten gegen dieses Urteil eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht zurückgewiesen. In den reichsgerichtlichen Entscheidungsrunden heißt es in bezug auf die geltend gemachte Ortsabhängigkeit: Niemals aber kann eine Regelung maßgebend sein, die in Wahrheit eine Infitte, einen Schandebrian darstellt; und das wäre der Fall, wenn die Landwirte am Wohnorte des Beklagten jegliche Vorsichtsmaßregeln bei Aufstellung der Häckselmäschinen, die Kindern gefährlich werden können, unterlassen haben sollten.

Gerichts-Zeitung.

Eine drakonisch harte Strafe

erhielt gestern der Schlosser Adolf Sternitzke wegen einer obfzälligen Kritik des Militarismus. Er hatte sich wegen Beleidigung der Offiziere und Unteroffiziere des deutschen Heeres vor der 16. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten.

Ganz abgesehen von der Reichsstrafe, ob die eventuelle Beleidigung „in Beziehung auf den Beruf“ der vermeintlich Beleidigten erfolgt ist, erscheint das Urteil der Art und Höhe der Strafe nach ungewöhnlich. Dem gesunden Rechtsempfinden widerspricht es, aus einer Kritik eine Kollektivbeleidigung heraus zu konstruieren.

bekannt. Aber sie ist nicht konsequent geblieben. Sie hat eine Kollektivbeleidigung Offizieren, Soldaten, Richtern, Junkern und Reichsverbändlern gegenüber angenommen, sie aber z. B. Arbeitern und Sozialdemokraten gegenüber abgelehnt.

Im Wörlitzer Stadthallenprozess

wurde gestern, wie und ein Telegramm meldet, der Ingenieur Martini, früherer Mitinhaber der Firma Martini u. Co. in Sorau und jetziger Ingenieur in Dresden, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Kaufmänniker Raumann wurde freigesprochen.

Durch das unvorsichtige Umgehen mit einer Schusswaffe

seitens eines „Sachverständigen“ ist wieder einmal ein schwerer Unfall verursacht worden, der gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte ein Raubspiel hatte. Angeklagt wegen fahrlässiger Körperverletzung war der Verkäufer Brand.

Vor einiger Zeit erhielt ein Kaufmann Beder von einem Bekannten einen geladenen Armeerevolver geschenkt. Da er mit der Konstruktion der Waffe nicht vertraut war, begab er sich in ein Waffengeschäft in der Friedrichstraße, wo er schon häufig Einkäufe gemacht hatte. Hier übergab er dem dort angestellten Angeklagten den Revolver mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß die Waffe scharf geladen sei.

Vor Gericht behauptete der Angeklagte, daß er den Hinweis, daß die Waffe geladen sei, nicht gehört habe. Das Gericht hielt jedoch eine Fahrlässigkeit schon darin für vorliegend, daß er sich als Fachmann nicht erst überzeugt habe, daß der Revolver geladen sei, bevor er an der Waffe herumhantierte.

Traurige Ehezustände.

Unter der Anklage der gefährlichen Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung hatte sich gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III die verheiratete Straßenbahnfahrerin Stege zu verantworten. Die Angeklagte, die 17 Jahre verheiratet ist und drei Kinder hat, soll am 27. Oktober ihren Ehemann absichtlich durch Uebergießen mit heißem Wasser arg verbrüht haben. Wie die Verhandlung ergab, ist die Ehe der beiden jetzt getrennt lebenden Eheleute nicht gerade die glücklichste gewesen und mandmal durch heftige Austritte, bei welchen es auch zu gelegentlichen Verprügelungen der Frau kam, gestört worden.

Was sind Masken im Sinne der Lustbarkeitssteuer-Ordnungen?

Diese Frage hatte das Oberverwaltungsgericht zu entscheiden. Fast alle Lustbarkeitssteuer-Ordnungen erheben die für Tanzlustbarkeiten zu entrichtenden Lustbarkeitssteuern um ein beträchtliches für den Fall, daß solche Lustbarkeiten von Masken besucht werden. So auch die Steuerordnung für Marienwerder. Die erhöhte Steuer sollte für ein von der Gastgesellschaft in Marienwerder veranstaltetes Kostümfest gezahlt werden, bei dem niemand eine Gesichtsmaske trug.

Versammlungen.

Industrie und Arbeiter in Amerika.

Genosse Chagrin schilderte am Mittwoch in einer großen Metallarbeiter-Versammlung, die in Volkshaus der Saal tagte, die Eindrücke, welche er bei seinem Aufenthalt in der amerikanischen Union von den dortigen Verhältnissen erhalten hat. Er schilderte Nordamerika als das Land, wo sich die kapitalistische Wirtschaft bis zur höchsten Potenz entwickelt habe.

Was die wirtschaftliche Lage der amerikanischen Arbeiter betrifft, so sind sie wesentlich besser gestellt als die Arbeiter in Deutschland und anderen europäischen Ländern. Die Löhne sind in Amerika viel höher als in der alten Welt. Dazu kommt, daß die Lebensmittel billiger sind, so daß der amerikanische Arbeiter für Kleidung, Wohnung, Vergnügen usw. erheblich mehr aufwenden kann wie der deutsche Arbeiter.

Die Gewerkschaften könnten wohl viel tun, um die Arbeiter vor der rücksichtslosen Brutalität des Kapitalismus zu schützen, wenn in ihnen ein anderer Geist herrsche als der, welcher tatsächlich vorhanden ist. In den amerikanischen Gewerkschaften steht man noch auf dem Standpunkt, daß Harmonie zwischen Kapital und Arbeit herrsche. Ja, die kapitalistische Korruption reicht bis in die Gewerkschaften hinein.

Die sozialdemokratische Partei ist in Amerika noch schwach, und zudem in zwei Gruppen geteilt. Der amerikanische Arbeiter ist sehr schwer für den Sozialismus zu gewinnen. Im wesentlichen sind es die eingewanderten deutschen Arbeiter, welche die sozialdemokratischen Zeitungen lesen und die Fäden der Sozialdemokratie hochhalten.

Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Genosse Chagrin führte dann eine Reihe von Illustrationen seiner Reise in Lichtbildern vor, die ebenfalls allgemeine Anerkennung fanden.

Den Achtuhrladenschluß für das Barbier- und Friseurgewerbe

forderte eine öffentliche Versammlung von Angestellten und Meistern, die am Montag in den „Industrie-Festhallen“ stattfand. Udo referierte und beleuchtete in seinen einündigen Ausführungen den Wert und die Notwendigkeit dieser Forderung, sowohl in kultureller als auch sanitärer und hygienischer Hinsicht.

Die heutige öffentliche Versammlung erklärte sich mit dem Referenten einverstanden, und die Anwesenden verpflichteten sich, mit allen Kräften für die Einführung des Achtuhrladenschlusses einzutreten.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Georg Meier“. Heute abend 8 1/2 Uhr: Sitzung bei Bohe, Rodenbergstraße 8. Les- und Diskussionsklub „Zab-Ort“. Heute abends 9 1/2 Uhr: Versammlung bei Reichardt, Götlicher Str. 18. Tagesordnung: Vortrag über „Die Entstehung des Deutschen Reiches“. Diskussion. Gäste willkommen.



Trinkt keinen Kaffee!



Seit vielen Jahren ist die Schädlichkeit des Kaffeegenusses jedermann bekannt. — Kaffee schmeckt bekanntlich gut nur in starken Aufgüssen, Saman Tee ist aber von dem herrlichsten Aroma und Geschmack, selbst noch in der stärksten Verdünnung. — Die heutige Finanzlage zwingt zudem noch die meisten Familien, ihren Kaffee mit Zuhilfenahme von Kaffe Zusatz und künstlichen Kaffe esorten zu bereiten, ganz abgesehen von dem riesigen Quantum der verfälschten Kaffe es, die dem harmlosen Käufer ohne sein Wissen für schwer es Geld verkauft werden.

1 Pfund Kaffee = 50 bis 60 Tassen kostet M. 1.10, also 1 Tasse Kaffee ca. 2 Pfg.
1 Pfund Saman Tee = 1500 Tassen kostet M. 3.—, also 1 Tasse Saman Tee 0.2 Pfg.

Eine Familie von 5 Personen braucht wöchentlich 75 Tassen = 1 1/2 Pfund = M. 1.65 für Kaffee
Eine Familie von 5 Personen braucht wöchentlich 75 Tassen = 1/20 Pfund = M. 0.15 für Saman Tee

Saman Tee ist also nachweisbar ganz außerordentlich viel billiger und sparsamer als selbst der schlechteste Kaffee. Saman Tee ist eine indische Teemischung, die nach vielen Versuchen für den deutschen Geschmack besonders zusammengesetzt wurde. Saman Tee ist schon in den kleinsten Packungen von 10 Pfg. erhältlich. — Wenn man früher ein 10-Pfg.-Päckchen Tee kaufte, erhielt man zwar viel Teeblätter, aber nur 6 bis 8 Tassen schlechten Tees.

Nach eingehenden Versuchen und Untersuchungen des bekannten vereidigten Chemikers Dr. Paul Jeserich enthält eine 10-Pfg.-Packung Saman Tee 30 Tassen Tee. Herr Dr. Jeserich hat die dauernde Kontrolle von Saman Tee übernommen.

Verlangen Sie Saman Tee, denn er vereinigt Billigkeit mit köstlichem Wohlgeschmack.

Nur echt mit untenstehender Schutzmarke in Packungen von 10 und 20 Pfennig, 1/2 und 1/4 Pfund und in modern dekorierten Metallbüchsen von 1/2 Pfund in zwei Qualitäten.

Allgemeine Teeimport Gesellschaft Berlin SO36, Harzer Str. 33.



Trinkt Saman Tee!



In ca. 2000 durch Plakate kenntlichen Geschäften erhältlich. Wo nicht zu haben, liefern wir direkt.



NEU eröffnet



hat mit dem heutigen Tage das bei weitem allergrösste Waren- und Möbel-Kredit-Haus B. FEDER seine zweite Filiale Kottbuser Damm 103

was hiermit zur gef. Kenntnis des geschätzten Publikums gebracht wird. Dieselbe ist der Neuzeit entsprechend im allergrössten, modernen Stile errichtet worden, und sah sich die Firma B. Feder zu diesem Schritte veranlasst, da die Verkaufsräumlichkeiten in der Brunnenstrasse 1 nicht mehr erweitert werden konnten, deshalb der Andrang des hochwohlh. Publikums oftmals kaum zu bewältigen war, und weil eben die bei B. FEDER allbekannte aufmerksame Bedienung nach wie vor einem jeden zuteil werden soll. Daher werden die verehrten Bewohner des Südens, der anliegenden Strassen und der angrenzenden Vororte höflichst ersucht, bei Eriedigung ihrer geschätzten Einkäufe sich gef. an diese

meine Zweigniederlassung Kottbuser Damm 103

wenden zu wollen. Selbstverständlich werden hier dieselben Vorteile, dieselben zivilen Preise, dieselben gediegenen Waren und bewährten Qualitäten, kurz alles wie in der Brunnenstrasse 1 dem hochverehrten Publikum gewährt und zur Verfügung gehalten.

Mit dieser Mitteilung zugleich bringe ich eine zweite, dass ich als Erster u. Einziger in der Kreditbranche den Vertrieb der gesetzlich geschützten

gesetzl. geschützt **Dauermöbel auf Kredit** Patent angemeld.

übernommen habe. Welche grossen Vorzüge dieselben besitzen, werden meine weiteren Annoncen verkünden.

B. FEDER

Grösstes Waren- u. Möbel-Kredithaus Deutschlands

Zentrale:
Brunnen-Strasse 1,
direkt am Rosenthaler Tor.

I. Filiale:
Frankfurter Allee 89,
Ecke Mögliner Strasse.

II. Filiale:
Kottbuser Damm 103,
an der Kottbuser Brücke.

Abrechnungsgeschäfte

Credit-Haus Moabit
Turmstraße 55, Ecke Waldstraße
gewährt jedem belagert
leichter An- und Abzahlung
mehrjährigen Kredit
auf Waren und Möbel.

Credit-Haus Moabit

Lubascher, S.
Spandau, Potsdamerstr. 23 I.
Schöneberg, Kolonnenstr. 9 am Ringbahn.

Alkoholfreie Getränke

Sinalco (Bilzbrause)

Gen.-Vertreter Otto Starick
NO, Landsberger Allee 6/7.
Ferauf VII. 1898 und 1884.

Bäckereien, Konditoreien

„Feronia“
Extra-Prüfung: Bei 10 Personen-Marken erhält
jede Marke 1 Brocken, bei 100 also Brocken.

Oskar Hanke's Brotbäckerei

75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
und in Rixdorf.

Hanke's Brotbäckerei

Inh.: Paul Hanke.
Läden in allen Stadtteilen.

Mache, Carl

Samaritaner-
Krankenanstalt, Ecke Frankfurter Allee.
Proskauerstr. 31, Voigtstr. 30.

Peter's Gross-Bäckerei

in allen Stadtteilen und östlichen
Vororten; über 60 eigene Geschäfte.

Th. Turban

Landsbrotbäckerei, Nieder-
kornstr. 5, Landab. Allee 146.

Ulbrich

30 Filialen.

Badeanstalten

Augusta-Bad, Köpenicker Str. 60/61.
Diana-Bad, Köpenicker Str. 53.

Bandagen, Gummiwaren

Lange, A. E., Brunnenstr. 167.
Meyer, P., H., Berlinerstr. 49-50.

Beordigungssamt, Sergen

Fuchs, Paul, Frankfurter Allee 143.
Jordan, E., Hakenstr. 13, Moab. 2190.

Berufskleidung

Bohn, R., Invalidenstr. 130, Chausseest. 129.
Garderobenh. Nordaten, Brunnenstr. 58.

Wilh. Scholem

Kottbuserdamm 94, Keller.

Schuch, M.

Rixdorf, Berlinerstr. 12.
Spandau, Havelstr. 11, Spandau.

Wecker, A.

Kottbuserdamm 98.

Bierbrauereien, Bierhdlg.

Bergbrauerei

Berliner, Oswald, Brunnenstr. 141/43.

Berliner Bock-Brauerei.
Berliner Weißbier-Brauerei, Carl
Richter, Berlin, Daldorf-Str. 3, T. 1990

BORUSSIA

Malzbiere.

Brauerei „Germania“
Aktien-Gesellschaft.
In ca. 100 eig. Ausschanklokal.

Brauerei Königstadt

feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Pfefferberg,

Versand- und Pilsener Bier.
Brauerei Weissensee, G. Enders.

Groterjans

Malzbier, Schinhaus-Allee 130, Tel. III, 5443.
Hempel, E., Müllerstr. 138 D.

Schlossbrauerei Schöneberg.

Schlossbräu - Kronenbräu
in Gebinden und Flaschen.

Vereins-Brauerei

Rixdorf
Berliner Kindl.
Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87.

Weissbier, C. Breithaupt,

Fallesdenstr. 97, Tel.-A. VII. 2034.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung
J. F. Assmann
30 Filialen in Berlin O.

Cacao, Chocolate

Beer, Gust., Müllerstr. 155.
Cyllax, G., Filialen I. allen
Stadtteilen.

Cigarrenhandlungen

Adelt, A. G., Müllerstr. 12.
Böckmann, J., Rixdorf,
Bergstr. 136/137.

Damenkonfektion

Hugo Abromfeld,
Gr. Frankf. Str. 117, Badstr. 32.

Oscar Basch,

Damen- und Kinderartikel,
Oranienstr. 302 pt.

Dressel, A.

Cohn, Guschw., Bergmannstr. 9.
Dressel, A., Wilmersdorferstr. 57.

Freundlich, Paul

Wilmersdorfer
Straße 118/119.

Hirschowitz,

Köpenickerstr. 18

Link, Paul,

Rixdorf, Reuterstr. 63, a. d. Kaiser
Friedrichstr. Damen-Möbel-Fabr.

Paul Loewenthal

Rosenthaler Straße 16/17.
Wagner, P., Rixdorf, Bergstr. 42.

A. Kieper, Nowawes

Friedrichstrasse 28.

Fahrräd., Nähmaschinen

Baum, Emil, Schöneberg, Herbertstr. 1
Bosling, E., Kottbusserstr. 18.

Fahrrad-Hans „Frisch auf“

Brunnenstr. 35, Kottbusserstr. 9.

Fiedler, O., Spandau, Klosterstr. 40.

Hausberg, Willy, Katalog umsonst.
Sehr bill. Preise! Keine Lockartikel.

Hoppe, Steglitz, Schloßstr. 116.

Krüger, Rich., Lindenstr. 3.
Leopold & Schulz, Danzigerstr. 29.

Färberelen, Wäschereien

Carl Pollnow,

Frankfurter Allee 63.
20 Filialen.

Berliner Dampf-Wäscherei

Fritz Hering, Neue Königstr. 24.

Meesters, Th.

Osw. Naefe
Ärberlei
chem. Wäscherei

Friedelstr. 24.
Liebenstr. 45.

Fischhandlungen

Bergstr. 5 u. 57.
Kottbusserstr. 20.

Fleischereien u. Wurstat.

Biesold, E., H., Hermannstr. 147.

Wurst, Speck, Schinken

kaufen Sie am besten u. billigsten bei
Anton Fehlau,

Gonhardstr. Stadtbahnhofen Ecke
Königsgr. Andrasstr. 47, Lande-
bergerstr. 98, Königsgartenstr. 8.

Haus- u. Küchengeräte

Graff & Heyn, Wilmersdorfer
Straße 118/119.

Krankenbedarfsartikel

Fischer, Wilh., N. Swinemünd. Str. 116.
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.

Manufakturwaren

Belwo Nachf., Otto, Turmstr. 50.
Modellhaus.

Mahlhandlungen

Adler, M., Kolonialw., Frkf. Allee 87.
Bethke, Georg, Muskauer-
str. 44.

Herrn- u. Knabengard.

Amerikanische Verkaufshaus,
Frankf. Allee 188, Rosenhalerstr. 53.

Blitz!

Garderobenh. Nordaten, Brunnenstr. 58
Maber, S., Invalidenstr. 112.

Elson- u. Stahlw., Waffen

Alm, O., H., Kaiser-Friedrichstr. 6.
Anders, Otto, Berlin, Brunnenstr. 109.

Schlesinger, H., Tiefd. Kompressionsmach.

Sie kaufen reell auch nach Maß.
Turmstr. 58 u. Reimickendorferstr. 48.

Hüte, Mützen u. Pelzw.

Bazar-Brunnen, Brunnenstr. 66.
Beise, Rad., Chausseest. 66.

Hut-Centrale

Jacob, Oskar, Schöneberg Allee 104.
Friedrichsheim 25

Kaufhäuser

Falkenstein, Paul, Hochstädter-
Straße 1.

Kaufhaus

Gustav Pinkus
Müllerstr. 165a,
strenge reelle Bedien., bill. fest. Preise.

Kaufhaus

Gebr. Preuß
Berl. NW, Bessel-Ecke hattenat
Beste Bezugsq. für sämtl. Manu-
fakturer. Spez. Damenkonfektion.

Kohlen, Koks, Briketts

Loebell, L., Kohlenbahnhof,
Wedding.

Kolonialwaren

Barz, Wilh., NO, Weberstr. 9.
Alexander Bischoff,
Gruse, O., Rl., Bergstr. 101.

Molkereien

„Schweizerhof“,
Meierei und Milchkanstalt, liefert
Vollmilch u. Kindermilch, jed. Tag
gezellt frei Haus zu d. Gültich. Preis.

Musikinstrumente

Granow, A., Frankfurter Allee 160.
Klart, Rich., Brunnenstr. 45.

Optiker

Dass, Paul, N., Müllerstr. 174.
Hochstim, O., Rl., Berlinerstr. 32.

Papier- u. Schreibwaren

Seidler, Louis, Rl., Bergstr. 42.

Putz- u. Modewaren

Bless, Paul, Rl., Hermannstr. 161
am Bahnhof.

Reins

Rieß, Fritz, Rl., Hermannstr. 161.
Schulz, Otto, Al., Markussstr. 25.

Schirme u. Stöcke

Graff & Heyn, Wilmersdorfer
Straße 118/119.

Schuhwaren

Baruch, S., Goltzstr. 41.
Bornschein, H., Rixdorf,
Bergstr. 128.

Baumgarten, W., gr. Frkfrt. Str. 29.

Berliner „Norden“, Invalidenstr. 118.
Bleich, Spandau, Schönwalderstr. 11.

Cohn, E.,

Gr. Frankf. Str. 58.
Kilast Tiefablag.

Gläser, A.,

Landsbergerstraße 92.
kein Laden, ev. Teils.

Misch

Möbel-Eberhardt, Friedrichstr. 105 a.
„Möbel-Kaufhaus Norden“, Müllerstr. 121.

Möbel Krause Möbel

Kastanien-Allee 40, Fabrikgebäude.
Teilzahlung gestattet

J. Ostrowski jr.

Gr. Frankf. Str. 1, am Frankf. Tor
Möbel Spiegel Polsterwaren
gegen Bar- u. Teilzahlung.

Neukirch, Gebr.

Langestr. 9.
Stralauerstr. 22.
Am Molkenmarkt.

Stargard, O.,

Neue Königstr. 28.
Geleg.-Käufe g.
Bar- u. Teilzah.

Wendland, Ernst,

Swinemünder
Straße 121.
Möbelfabrik - Bar- u. Teilzahlung.

Misch, Wilh.,

Or. Frkf. Str. 45/46,
auch Teilzahlung.
Zierau, Ernst, NW, Oldenburgerstr. 47

Wendland, Ernst,

Swinemünder
Straße 121.
Möbelfabrik - Bar- u. Teilzahlung.

Nähmaschinen

Bellmann, E., Gollnowstr. 26.
Wachsmaschinen.

Ed. Kruda,

Alle Systeme; Teilzahlung.
Lilauer Vert. Wilke, Hermannstr. 29/60.

Papier- u. Schreibwaren

Seidler, Louis, Rl., Bergstr. 42.

Putz- u. Modewaren

Bless, Paul, Rl., Hermannstr. 161
am Bahnhof.

Reins

Rieß, Fritz, Rl., Hermannstr. 161.
Schulz, Otto, Al., Markussstr. 25.

Schirme u. Stöcke

Graff & Heyn, Wilmersdorfer
Straße 118/119.

Schuhwaren

Baruch, S., Goltzstr. 41.
Bornschein, H., Rixdorf,
Bergstr. 128.

Behnke, Marienburgerstr. 11, Lt. Kons.

Conrad, Paul, Frankf. Allee 171.
Päse, B., Müllerstr. 103 a. Lieferant d.

Fiebig, C.,

Wintertafelplatz
Fleer, Friedr., Sparr-Str. 17.
Formanowitz, E., Yorkstr. 53 am Bah.

Hannes, Gust.,

Weddingpl. 1.
Horloger, Granseerstr. 3, Frankf. 14.

Klein, A.,

Gr. Frankf. Str. 141.
Kuhn, Rich., Frankf. Allee 118 a.

Möbel-Gelegenheitskäufe!

Wirtschaften aller Preislagen
Willy Hasemanns Möbel-Haus
Grünwaldstr. 27

Uhren u. Goldwaren

Frankenstein & Co., Rl., Bergstr. 143.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer
Straße 118/119.

Uhren u. Goldwaren

Arit, Herm., Manteloffstr. 114.
Bürger, Jul., Müllerstr. 6.

Ebert, Otto,

Hutenstraße
Nr. 67.
Ellinghausen, Gebr., Grünweg 44.

Rudolph, H.,

Rixdorf,
Bergstr. 132.
Schrader, Otto, Frankf. Chaussee
Nr. 8.

Werner, Herm.,

Pappel-Allee
Nr. 3-4.
Wilder, Hans, Rosenthalerstr. 63/64.

Wittig, Ad.,

Berlinerstr. 44.
Wolter, M., Rl., a. Bahnh., Hermannstr.

Wüstney, O.,

Brunnenstr. 104.

Warenhäuser

Brünn, Nachf., Frankf.
Allee 194.

Loewenberg & Co.,

Rigauer
am Ballonplatz.

Pinkus, Paul, Simon-Dachstr. 94.

Warenhaus M. Hirsch

Spandau
Remelsberg,
Vierstadt 1/2

Weiss, H. & Co. Nachf.

Schöneberg, Hauptstr. 11.

Weine u. Fruchtsäfte

Hugo Beling
Weine · Liköre.
Flaschenverk. u. Engrospreisen.

50 Filialen in Berlin u. Vororten.

Putz- u. Modewaren

Bettinger, Eug., Wald-Ecke, Wickef.
Dennhardt & Schmitz, Brunnenstr. 53.

Ignatz Sello

Brunnenstr. 16 u. Filial.

Partei-Angelegenheiten.

Bieddorf. Am Mittwoch, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Gastw. Berlin, Marzahner Str. 24: Extrajahresabend. Stellungnahme zu der am 9. März stattfindenden Gemeindevwahl.

Zegel. Morgen, Donnerstag, von abends 7 Uhr ab findet von den bekannten Bezirkslokalen aus eine Flugblattverteilung statt. — Am Freitag, 4. März, öffentliche Versammlung in W. Trapps Festsaal, Bahnhofsstr. 1. Agitiert für Massenbesuch.

Berliner Nachrichten.

Die Veräußerung des Scheunenviertels

Bildete am Montag den Gegenstand längerer Erörterungen in dem zum erstenmal zusammengesetzten Staatsauschuss. Ein gewisser Unwille kam zum Ausdruck, daß die im Scheunenviertel belegenen, der Stadt gehörigen Grundstücke nicht schon längst verkauft sind, denn die 8 Millionen, die das Gelände wertvoll ist, kann in diesem Jahre die Stadthauptkasse gut gebrauchen. Die Verkaufsverhandlungen wegen Veräußerung von Grundstücken gingen sehr schleppend vonstatten, es müsse schneller und kaufmännischer verfahren werden. Zu diesem Zwecke sei es nötig, daß eine Aenderung des bisherigen Zustandes eintrete. Es wurde der Antrag gestellt: „Wir beantragen, zu beschließen, der Stadterordnetenversammlung zu empfehlen, den Beschluß vom 25. Februar 1909 dahin zu ändern, daß der Verkauf des freigelegten Terrains des sogenannten „Scheunenviertels“ ausschließlich in die Hand einer dafür einzusetzenden Kommission von fünf Mitgliedern gelegt wird.“ Dieser Antrag, der mit 8 gegen 7 Stimmen Annahme fand, ist unzulässig. Rechtswirksam sind nach der Städteordnung nur Beschlüsse, die von beiden Körperschaften, Magistrat und Stadterordnetenversammlung, gefaßt sind. Diese beiden Behörden können nicht, wie das im vorliegenden Falle verlangt wird, ihre Rechte und ihre Verantwortung ohne weiteres delegieren. Das wurde in der Sitzung auch geltend gemacht. Vom Magistrat wurde betont, daß er sich wohl bemühe, die Grundstücke im Scheunenviertel zu verkaufen, aber man wolle, wenn irgend möglich, gleich auf einmal das gesamte Gelände los schlagen. Erreiche man dabei, daß der Käufer die Bedingung eingese, große, mit allem Komfort ausgestattete Wohnungen zu bauen, so käme das der Stadt auch noch in der Weise zugute, als man steuerkräftige Einwohner nach Berlin ziehe.

Von sozialdemokratischer Seite wurde bemerkt, daß eine Aenderung des jetzigen Zustandes, nach der die Scheunenviertelkommission die vorbereitenden Schritte zur Veräußerung der Grundstücke tun soll, nicht nötig sei. Wenn der Wille da sei, können Magistrat und Stadterordnete auch sehr schnell arbeiten. Uebrigens müsse man denn verkaufen? Die Stadt könne ja selber bauen, wie das schon verschiedene Städte getan. Natürlich fand die letztere Anregung keine Gegenliebe, worauf bei unserer Hausbesitzermehrheit bondornherein nicht zu rechnen ist.

Auf allgemeinen Widerspruch stieß die Mitteilung des Magistratsvertreters, daß ein Teil des Geländes im Scheunenviertel auf eine gewisse Zeit an Hagengebäude verpachtet werden solle. Davon wollte niemand recht etwas wissen, so gern die Nachnahme genommen wird. Dann werde es in jener Gegend noch schlimmer werden. Schon jetzt klagten viele Geschäftsinhaber und Hausbesitzer über schlechte Geschäfte und große Verluste. Viele ständen vor dem Ruin.

Der Verein der Berliner Wohnungsmieter hat folgendes Schreiben an den Magistrat gerichtet: „Auf Grund des Beschlusses unserer letzten öffentlichen Versammlung ersucht der Vorstand des Vereins Berliner Wohnungsmieter den Magistrat der Stadt Berlin, für eine beschleunigte Bebauung des Scheunenviertels zu sorgen, denn die um- und anwohnende Geschäftswelt steht vor dem Ruin, weil Tausende von Kunden ihm entzogen sind. Wir bitten den Magistrat, das Gelände nach dem Vorbild anderer Städte in gemeinsamer Weise mit Miethäusern zu bebauen. Hierfür können drei Formen in Betracht: 1. die Form des Erbbaurechts, die schon einmal unter dem Oberbürgermeister Sobotta 1872 angewendet werden sollte, 2. die Form des Wiederkaufsrechts nach Ulmer System, 3. Bebauung in eigener Regie für Beamtenwohnungen.“

Wie wir schon oben dargelegt haben, besteht keine Meinung, auf diese Anregungen einzugehen.

Die städtische Verkehrsdeputation

beriet in ihrer gestrigen Sitzung die Veränderungen an dem Entwurf für die städtische Nord-Süd-Unterpflasterbahn, die in einer Länge von 7,9 Kilometern von der Seestraße aus mit den Haltestellen Gerichstraße, Wedding, Schwarzkopfstraße, Invalidenstrasse, Oranienburger Tor, Bahnhof Friedrichstraße, Behrenstraße, Leipziger Straße, Kochstraße, Hallesches Tor nach der Greifenaustraße führen soll. Die Veränderungen an dem von der Staatsbehörde genehmigten Projekt bestehen einmal darin, daß die Weidendammer-Brücke nicht mehr umfahren, sondern unmittelbar im Zuge der Friedrichstraße unterfahren wird, wodurch der Betrieb sich erleichtert und verbilligt und das Anschneiden von Grundstücken an der Brücke sich erleichtert, und ferner in der Veränderung des Endpunktes. Der jetzt gewählte Endpunkt läßt offen, welchem der vorliegenden Anträge auf Verlängerung der Bahn, ob nach Westen (Schöneberg), Süden (Tempelhofer) oder Osten (Kirdorf) später Folge gegeben wird.

In der städtischen Ragerhalle Am Humboldthafen soll ein dritter Kran mit 15 000 Kilogramm Tragkraft errichtet werden.

Ein altes Streitobjekt. Gegenwärtig ist das Tempelhofer Feld wieder Mittelpunkt eines Streites. Es wiederholt sich damit eigentlich ein Zustand, der lange Zeit bestanden hat, denn das Feld war schon in früherer Zeit Streitgegenstand zwischen den beteiligten Gemeinden und Behörden. Ursprünglich Feldmark des Dorfes Tempelhof und als solche 1581 bereits erwähnt, diente es seit 1722 als Reue- und Wanderverlag für die Berliner Garnison. Aber gegen diese Benutzung haben die Gemeinden stets protestiert und noch 1820 machte der Landrat v. Wandemer eine Eingabe an die Justizbehörden gegen die Benutzung des Feldes zu militärischen Zwecken. 1826 wurden deshalb Verhandlungen mit Tempelhof gepflogen, die ergebnislos blieben, aber den Bischof zum Verkauf von Ländereien auf der Feldmark bestimmten und 1830 zur Separation des Feldes führten, das seitdem den Truppen vorbehalten blieb. Schon 1836 wurde in dessen ein Teil des Feldes wieder verkauft und es entstanden dort die Häuser Bellealliancestraße 63—74, die

Strasse am Tempelhofer Berg usw. Auch hier gibt es also nichts Neues unter der Sonne, vielmehr wiederholt sich nur der alte Streit.

Eine Kirchensteuerfrage. Die Ehefrau des Magistratsbureau-Assistenten Vogt, die evangelisch ist, wurde für das Jahr 1908 von dem geschäftsführenden Ausschuss der Berliner Stadtsynode zur Kirchensteuer herangezogen. Die Zustellung der Verfügung erfolgte erst am 11. September 1907; die Eheleute Vogt waren aber schon am 20. März 1907 von Berlin nach Nieder-Schönhausen verzogen. Vogt verlangte, indem er den vorgeschriebenen Instanzengang ging, die Freistellung seiner Frau von der geforderten Steuer. Er machte prinzipiell geltend, daß die Erhebung der Steuer im September 1907 nicht mehr zulässig gewesen sei, weil erstens das Steuerjahr 1908, für das die Steuer erhoben wurde, bereits abgelaufen war, und weil zweitens die Erhebung der Steuer erst nach ihrem Bezuge erfolgte. In letzterer Beziehung sei entscheidend, daß das Band zwischen dem Jenfitten und der die Steuer erhebenden Gemeinde bereits zerrissen gewesen sei. Schon unter diesen Umständen sei die Steuererhebung nicht mehr zulässig. Das Oberverwaltungsgericht als letzte Instanz wies aber die Klage ab und führte aus: Es handele sich hier um die Frage, ob zur Begründung der Steuerpflicht notwendig sei, daß der Wohnsitz des Jenfitten in der Steuerkommune vorhanden sei zu der Zeit, wo die Steuerforderung durch Zustellung erhoben werde. Das Gericht verneine die Frage. Die Steuerpflicht ergebe sich aus dem Gesetz. Für den Zeitraum, wo der Wohnsitz vorhanden ist, bestehe die Steuerpflicht. Dagegen sei es unerheblich, ob der Wohnsitz noch zu der Zeit der Veranlagung und Bekanntgabe vorhanden sei. Der Verwaltungsakt der Veranlagung könne unabhängig davon ergehen, ob der Wohnsitz schon aufgehoben sei. — Zulässig sei auch, daß die Veranlagung erst nach Ablauf des Rechnungsjahres erfolgte, denn die Jenfitten sei im Gegensatz zum Gesetz während des Steuerjahres übergangen worden. Die spätere Heranziehung konnte deshalb erfolgen.

Vom städtischen Irrenwesen.

Die Deputation der städtischen Irrenpflege beschloß in ihrer gestrigen Sitzung unter Vorsitz des Stadtrats Wehmann Sanitätsrat Dr. Strahmann mit Rücksicht auf die Hilflosigkeit und schlechte Lage der aus den Irrenanstalten als geistes- und körperlich entlassenen, der Errichtung eines Pflegeamtes näher zu treten und zunächst an einer Stelle versuchsweise einen Beirat einzurichten, welchem auch Frauen angehören sollen. Diesem Beirat dürfte die Aufgabe zufallen, für die Unterbringung der entlassenen Geisteskranken und ihre Beschäftigung Vorlage zu treffen und, so weit ihre Krankheit mit dem Mißbrauch geistiger Getränke in Zusammenhang steht, darauf zu achten, daß sie nicht wieder rückfällig werden. Das Einverständnis des Magistrats mit diesem Vorschlag soll eingeholt werden. An der Beratung nahm auch Stadtrat Dr. Münsterberg als Vorsitzender der Armenverwaltung teil, die an erster Stelle finanziell und durch Inanspruchnahme ihrer Organe an der neuen Einrichtung beteiligt ist.

Zur Kostfrage des schwulen Peter schreibt uns unser Gewährsmann: Die Bemerkungen des Herrn Fischbe, die Verleumdung des Peter möglichst harmlos erscheinen zu lassen, gehen fehl; sie schertern an den Tatsachen. Genosse Hoffmann richtete die Frage an den schwulen Peter: „Haben Sie in dieser Kleidung das Obdach besetzt?“, worauf Herr Fischbe an Stelle des Befragten selbst die Antwort gab: „Nein, die haben wir ihm gegeben, damit er hier erscheinen kann.“ Also nicht aus dem Grunde ist dem Mann in erster Linie die Kleidung gegeben worden, daß er sich um Arbeit bemüht, sondern daß er im Kuratorium sich vorstellen konnte. Daß Herr Fischbe persönlich dem Peter die Kleidung (nicht nur Jackett, auch die tadellose weiße Wäsche usw.) gegeben hätte, ist nirgends behauptet worden.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern abend gegen 7 Uhr an der Ecke der Sellen- und Müllerstraße. Dort verfuhr die 17-jährige Kaufmanns-Franz Schmeckel aus der Flugstraße 17 unmittelbar vor einem herannahenden Wagen der städtischen Straßenbahnlinie Zentral-Bischof-Rudolf-Birchow-Krankenhaus das Gleis zu überschreiten. Er wurde jedoch vom Vorderperson erfasst und so festig zu Boden gestossen, daß er betäubungslos liegen blieb. Der Verunglückte wurde nach der Inflation in der Lindower Straße gebracht, wo erhebliche Querschnitte am Rücken und am Kopf und schwere innere Verletzungen festgestellt wurden. Nach Anlegung von Notverbänden wurde Sch. nach dem Rudolf-Birchow-Krankenhaus übergeführt, wo er im bedenklichen Zustande danielerliegt.

Ein sonderbarer Heiliger scheint ein Herr Disterwald, Alexanderstraße 8, zu sein, der sich mit Herstellung von Blusen, Hauskleidern und dergleichen Dingen befaßt. Brauche da dieser Tage eine bei ihm beschäftigte Schneiderin arbeiten jurid mit der Motivierung, keine Arbeiten mehr für das Geschäft anfertigen zu wollen. Das war der im Geschäft tätigen Tochter und der Frau des Herrn D. nicht recht, weshalb sie die Arbeiterin zur Rede stellten, weil sie anscheinend die Arbeit notwendig gebraucht. Schließlich fand sich auch Herr Disterwald ein: „Was, Sie wollen nicht arbeiten?“ schauzte er, „die Sozialdemokraten sind eine faule Bande; wollen sich vom Staate ernähren lassen. Aufhänge in den Straßen wollen sie machen, Häuser demolieren. Dhrseigen mühte man Sie!“ Das waren die Wutausbrüche dieses offenbar recht nervösen Herrn. Es genügt, wenn wir die Aeußerungen niedriger hängen, sie kennzeichnen sich selbst.

Die freie Vereinigung selbständiger Schuhmacher des Halleschen Vorbezirks richtet an ihre Kundchaft folgende Bitte:

Jeder Handwerker, jeder Arbeiter hat seine begrenzte Arbeitszeit, Sonnabend sogar ein bis zwei Stunden früher Feierabend, sollte es in unserer Gewerbe nicht möglich sein?

Es ist möglich! Darum richten wir an Sie die Bitte, bringen Sie die zu reparierenden Stiefel möglichst anfangs der Woche, aber spätestens bis Freitag, wenn sie dieselben bis Sonnabend abend noch haben wollen, dann kann sich der Schuhmacher die Arbeit besser einrichten und Sie haben den Vorteil, daß die Stiefel (wenn der Schuhmacher am Sonnabend nicht so überfordert ist) besser und gewissenhafter wieder hergestellt werden.

Folgen Sie bitte diesem unseren Mahnruf, und Sie werden stets einen dankbaren Schuhmacher haben.

Aussandung einer Frauenseiche. Am Schiffbauerdamm wurde Dienstag nachmittag aus der Spree die Leiche einer Frauenseiche aufgefunden, deren Kopf ganz blutig war und Verletzungen aufwies. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht, dieselbe scheint mehrere Tage im Wasser gelegen zu haben. Nähere Einzelheiten fehlen bis zur Stunde.

Rasno-Theater. „Berlin bei Nacht“ ist eine Lokalposse bestellt, die abendlich im Rasno-Theater in Szene geht. Sie ist von Herrn G. Schüller-Perasini eigens zusammengestellt. Den Frauenrechtlerinnen ist in dem Stück eine keineswegs beneidenswerte Rolle zugefallen. Die Frau eines Margarinefabrikanten aus Prenzlan, die mit ihrem Mann zum Besuche des Schwieger-sohnes nach Berlin gekommen war, will mit ihrer Tochter einen Kongress der Frauenrechtlerinnen besuchen, gerät aber durch die Unvorsichtigkeit eines betrunkenen Kutschers in ein solches Lokal. In dieses Lokal hatten sich inzwischen die für den Abend von den Frauen verlassenen Männer mit einem zukünftigen Schwiegersohn gegeben, um einen Wittenball mitzumachen. Die verschiedenen drohenden Situationen in Verbindung mit den am anderen Morgen folgenden „Ausdrücken“ brachten die Zuschauer in

lebhafteste Bewegung. Das bekannte Personal mit Direktor Berg an der Spitze tat, was es konnte.

Der Berliner Arbeiter-Radsportklub hat am Sonnabend in der „Neuen Welt“ ein Fest abgehalten, bei dem er ein Fahrrad verlor. Angesichts des Umstandes, daß eine große Zahl Teilnehmer das Fest frühzeitig verließen, aber Interesse haben, wer der glückliche Gewinner des Rades geworden ist, bittet uns der Vorstand mitzuteilen, daß Herr Richard Ruffe, Mitglied der 1. Abteilung des Vereins, auf die Nr. 43 das Rad gewonnen hat.

Trepfen-Sternwarte. In die Vulkanwelt am Kivusee führt der Vortrag: „Auf Zentralafrikanischen Feuerbergen“, den der geologische Begleiter des Herzogs Adolf Friedrich zu Mecklenburg, Egon Fr. Kirchslein, am Donnerstag, den 3. März, abends 8 Uhr, im großen Vortragssaal der Trepfen-Sternwarte hält. Die Schilderungen des Forschers werden durch eine große Zahl farbiger Lichtbilder erläutert. In Schnee und Eis erstarrte Berggipfel und dampfende Vulkanhöhlen, die einen interessanten Einblick in das geheimnisvolle Walten der unterirdischen Kräfte gewähren, wechseln in bunter Reihenfolge mit Urwaldgenossen und Bildern von Band und Leuten ab, die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung mit heiteren Episoden und tiefsten Erlebnissen. Fast volle 7 Monate hat der tüchtige Forscher in der rauhen Wildnis der Berge zugebracht und als erster Europäer sämtliche acht Stranga-Vulkane besiegt, die bekanntlich jetzt der Gegenstand diplomatischer Verhandlungen zwischen Deutschland, England und Belgien bilden.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Heute abend 9 Uhr 8. Abteilung in Kirdorf bei Rauschhof, Erstr. 8. Morgen Donnerstag 8. Abteilung in Schöneberg bei Vieloch, Samariterstr. 82, und 4. Abteilung in Lichtenberg bei Erdmann, Erntedankstr. 82. Vortrag in allen Abteilungen über: Gefährdende Krankheitszustände mit nachfolgenden praktischen Übungen.

Vorort-Nachrichten.

Die Gemeindevahlbewegung.

Zehlendorf (Wannseebahn). Auf eine lebhafteste Wahlbewegung bei der Gemeindevahl haben wir uns diesmal gefaßt zu machen. Der Ausschuss darüber, welchem von den neuen kommunalen Vereinen diesmal die Kandidaten zufallen sollen, ist schon seit vier Monaten in vollem Gange, aber noch ist eine Einigung nicht erzielt worden, und die letzten Verhandlungen der vereinigten Wahlkommissionen sind wieder resultatlos verlaufen. Demgegenüber steht die Arbeiterkraft völlig gerüstet. Mehrere Genossen haben ein auffällendes Flugblatt verbreitet, das das unfruchtbare Arbeiten der bisherigen Gemeindevahlbewegung beleuchtet. Dieses Flugblatt hat ein Kampfbüchlein auf den schnurrigen Gedanken gebracht, sich im „Zehlendorfer Anzeiger“ die ersten Epochen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu verdienen. Zu der am Sonnabend einberufenen Wählerversammlung konnte der Herr jedoch trotz der schriftlichen Einladung unserer Genossen nicht erscheinen. In dieser sehr zahlreich besuchten Versammlung entwickelte der Landtagsabgeordnete Genosse Leinert an Stelle des durch Krankheit verhinderten Genossen Liebkecht ein Bild von der Minderwertigkeit unserer Landgemeinden, die sich nicht entfalten können, weil sie in die Klammer der Landratsaufsicht eingepaßt sind. Wohl gibt es trotzdem auch Gemeinden, in denen die Anfänge zur Verwirklichung von Kulturaufgaben zu sehen sind, aber im allgemeinen zeigt doch das Gesamtbild, daß erst dann hiermit Ernst gemacht wird, wenn die Sozialdemokratie in die Gemeinden einzieht. — In der Diskussion gab zunächst Genosse Göhre zu, daß einige geringfügige Anläufe zur Lösung von Kulturaufgaben in Zehlendorf allerdings gemacht seien. Sie sind aber so unbedeutend, daß sie gegenüber all dem, was man an Vorteilen für die besiegten Klassen schaffen, gar nicht ins Gewicht fallen. Eingehend auf die Tätigkeit der bisherigen Gemeindevahlbewegung verglich er diese treffend mit einem Omnibus, der mit 18 Pferden bespannt sei. Hieron wolle aber die eine Hälfte „hä“, die andere „hott“. Der Kutscher aber, der Gemeindevorstand, säße auf dem Bod und hätte Zügel und Peitsche verloren und wisse sich nicht zu helfen. Die Herren Weber und Schnobel, als voranschreitliche bürgerliche Kandidaten, äußerten sich in zustimmendem Sinne. Sie meinten, unsere Forderungen ebenfalls vertreten zu können. Dazu brauche es also keiner Sozialdemokraten. Demgegenüber wies Genosse Ullm mit aller Entschiedenheit darauf hin, daß selbst wenn man den besten Willen bei den Herren voransiege, sie einfach nicht insande seien, die Arbeiterkraft zu vertreten, ihnen fehlt zu allem der klare Will für die proletarischen Verhältnisse. Diese Auffassung wurde vom Genossen Kutta noch unterstrichen, der an einer ganzen Reihe von Beispielen aus Arbeiten der bürgerlichen Wahlkommissionen beleuchtete. Auch Herr Graue war im wesentlichen mit dem Referenten einverstanden. Als Kandidaten wurden ohne Widerspruch für den Südbezirk die Genossen Göhre und Jäkel, für den Nordbezirk Genossen Kutta und Ullm aufgestellt. Tue nun jeder bis zur Wahl seine Schuldigkeit, dann wird der Sieg nicht ausbleiben!

Lankwitz. Die Erstausswahl für die 3. Klasse zur Gemeindevahl findet am Dienstag, den 8. März, von 11—1 und 3—7 Uhr statt. Parteigenossen! Nutzt die kurze Zeit gut aus und sorgt für den Sieg unseres Kandidaten, Rouyer Otto Frankl. Die Wahl findet in der Turnhalle des Realgymnasiums statt.

Freitag, den 4. März, abends 8 Uhr, findet eine öffentliche Kommunalwählerversammlung im Restaurant Schulz, Rühlensstraße, statt, in der Genosse Graue über „Die Sozialdemokratie in der Kommune“ referieren wird. Genossen! Sorgt für Massenbesuch der Versammlung.

Schwargendorf. Die Zustände im hiesigen Gemeindepament wurden in einer am Montag tagenden öffentlichen Versammlung beleuchtet. Nach einem beifällig aufgenommenen Referat des Genossen Rah kennzeichnete Genosse Weigert den Verfall des Regiments des hiesigen Gemeindevorstandes. Von den zurzeit in der Gemeindevahlbewegung stehenden bürgerlichen Vertretern habe sich noch kein einziger zur Opposition gegen diesen Herrn aufgeschlossen.

Trogden die bürgerlichen Vertreter schriftlich zu der Versammlung geladen waren, war keiner derselben erschienen. Herr Dr. Nathan hatte sich wieder schriftlich entschuldigt. Selbst hatte er sich bei der letzten Wahl als den richtigen Mann bezeichnet, der im Parlament aufzutreten wolle. Ein Antrag unserer Genossen auf Erhöhung der Zahl der Gemeindevahlbewegung fand Herrn Dr. Nathans Beifall. Als es jedoch in der Gemeindevahlbewegung zur Abstimmung über den Antrag, stimmte Herr Nathan gegen den Antrag. Genosse Hildebrandt entwickelte hierauf unser Kommunalprogramm; er wies darauf hin, daß es unbedingt notwendig sei, Sozialdemokraten in die Gemeindevahlbewegung zu wählen. Als Kandidaten wurden die Genossen Kuchdrucker Viktor Weiger und Ingenieur Paul Hildebrandt aufgestellt.

Nützen. Unsere Tätigkeit in der Gemeindevahlbewegung lautete das Thema, über welches der Gemeindevorstand Genosse Max Tobias in einer öffentlichen Gemeindevahlbewegung am Sonntag referierte. Redner gab in großen Zügen ein Bild von den Arbeiten und dem Wirken unserer drei Vertreter der dritten Klasse. Sie haben sich redlich bemüht, die Interessen ihrer Wähler wie auch die Gesamtinteressen der Gemeinde wahrzunehmen, allerdings sei ihre Arbeit teilweise dadurch unzulässig gemacht worden, daß eine gewisse Clique, die im Verschönerungsverein ihre Stütze findet und die Gemeinde als milchgebende Kuh betrachtet, alles getan hatte, um das niedergureihen, was mit Mühe

aufgebaut wurde. Jetzt sei die Zeit gekommen, um diesen Gemeindeforderungen, deren ganzes Trachten nur dahin geht, sich von ihren Steuerlasten (Grundwert- und Wertzuwachsteuer) zu befreien und diese der arbeitenden Bevölkerung aufzuliegen, die verdiente Danksagung zu geben. Eine Ehrenpflicht der Arbeiterklasse sei es, dafür Sorge zu tragen, daß die Kandidaten des Verfassungskomitees in der dritten Klasse keine Arbeiterstimme erhalten. Die Diskussionsredner erklärten sich mit der bisherigen Haltung unserer Vertreter einverstanden. Geringfügig wurde darauf, daß unsere Gegner versuchen, teils durch Schwindelmänner, teils durch Druck auf die abhängigen Arbeiter in Klein-Schönebeck Stimmen zu erschleichen, um die jetzige Vertretung der dritten Klasse, die ihnen schon lange ein Dorn im Auge ist, herauszubringen. Die Parteigenossen werden alle Kräfte einsetzen müssen, um diesen Verzettlungsversuchen entgegenzutreten. Einmütig wurde so dann wieder Genosse Ernst Klockow als Kandidat der dritten Klasse aufgestellt. Mit dem Hinweis, daß die Gemeindevahlen am Dienstag, den 8. März, nachmittags von 8 bis 7 Uhr, für die dritte Klasse stattfinden, und der Aufforderung, alle Kräfte anzuspannen, damit dieser Tag einen Sieg der Sozialdemokratie bringe, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Zeuthen. In einer von über 100 Personen besuchten Gemeindevollversammlung referierte am Sonntag im Restaurant von Trill Genosse Ritter über „Kommunale Angelegenheiten“. Redner entwarf in großen Zügen ein Bild sozialdemokratischer Gemeindepolitik. In der Diskussion erluchte Genosse Möhle die Versammelten, für die bevorstehende Gemeindevahl eine intensive Propaganda zu entfalten, damit es diesmal auch gelinge, den zweiten Vertreter in das Parlament zu bekommen. Nachdem Genosse Feiertag noch einen kurzen Bericht über seine bisherige Tätigkeit in der Gemeindevertretung gegeben, wurde als Kandidat der dritten Abteilung Genosse Karl Kallies aufgestellt.

Treptow-Baumschulenweg.

Die gestrigen Gemeindevollversammlungen der 3. Klasse, die im 2., 3. und 4. Kommunalwahlbezirk stattfanden, ergaben folgendes Resultat:

Im 2. Bezirk übten von den 1056 eingeschriebenen Wählern 562 ihr Stimmrecht aus; es erhielt unser Genosse Joseph Hartmann 343 Stimmen; die Grundbesitzer vereinigten 149, die Freisinnigen 34 und die Demokraten 36 Stimmen auf sich. Nichtin ist Genosse Hartmann mit 61 Stimmen Mehrheit gewählt.

Im 3. Bezirk übten von den 777 eingeschriebenen Wählern 464 ihr Stimmrecht aus; unser Kandidat Genosse Richard Müller erhielt 304, der Grundbesitzerkandidat 79, der Freisinnige 7 und der Demokrat 14 Stimmen. Gewählt ist somit Genosse Richard Müller mit 198 Stimmen Majorität.

Im vierten Bezirk wählten von 1161 eingeschriebenen Wählern nur 532. Von diesen 532 Stimmen vereinigten Genosse Hensel 443 auf sich. In die übrigen Stimmen teilten sich die Grundbesitzer mit 65, die Demokraten mit 14 und die Freisinnigen mit 10. Mit einer großen Majorität siegte auch hier der Kandidat der Sozialdemokratie Genosse Hensel.

In vorstehenden Bezirken wurde zum ersten Male bezirksweise gewählt. Es beteiligten sich im 2. Bezirk 52 Proz., im 3. Bezirk 65 Proz. und im 4. Bezirk 49 Proz. der eingeschriebenen Wähler an der Wahl. Als früher noch im ganzen Ort gewählt wurde, beteiligten sich 51 Proz. aller eingeschriebenen Wähler. — Die Gegner, die in den letzten Tagen mit Hochdruck arbeiteten, haben in allen drei Bezirken eine glänzende Niederlage erlitten.

Schöneberg.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung stimmte zunächst einem Antrage zu, worin der Magistrat ersucht wird, durch geeignete Maßnahmen dahin zu wirken, daß die Landesjustizverwaltung bestimmt: 1. Schöneberg und Berlin werden als ein Ort im Sinne des § 8 Abs. 2 der Deutschen Rechtsanwaltsordnung angesehen; 2. die bei dem Amtsgericht Berlin-Schöneberg zugelassenen Rechtsanwältinnen werden auf ihren Antrag auch bei dem Landgericht II zugelassen.

Die Erneuerung des Nachtvertrages mit der Eisenbahnverwaltung über den Marktplatz an der Ebersstraße wurde ohne Debatte genehmigt. Die Stadt Schöneberg hatte bisher einen jährlichen Mietzins von 2840 M. zu zahlen; in dem neuen Vertrage ist diese Summe bis auf 5000 M. jährlich erhöht worden.

Am 8. November 1901 hatte die Stadtverordnetenversammlung einen sozialdemokratischen Antrag angenommen, nach welchem der Magistrat aufgefordert wurde, die Pflichtfortbildungsschule auch auf die sogenannten ungelernen Arbeiter auszuweiten. In der letzten Sitzung teilte der Magistrat mit, daß er nicht in der Lage ist, diesem Beschlusse jetzt beizutreten. Stadtm. Ragnan (Soz.) bebaute den Beschluß des Magistrats. Bei einigermaßen gutem Willen hätte sich die Ausdehnung möglich machen lassen. Gerade die ungelernen Arbeiter haben am wenigsten Geld in der Familie. Auch Stadtm. Vamberg (lib. Frakt.) schloß sich dieser Ansicht an. Stadtm. Kollenbühr (Soz.) wies noch darauf hin, daß das Fortbildungsschulgesetz nunmehr schon 16 Jahre bestünde. Schöneberg hätte schon längst Vorkehrungen treffen müssen, damit die Anstalt auch auf die ungelernen Arbeiter ausgedehnt werden kann. Bürgermeister Hankenslein erklärte, daß der Magistrat bereit sei, nochmals eine Prüfung der Angelegenheit später vorzunehmen, und wenn sich das Bedürfnis herausstelle, so würde er auch mit einer entsprechenden Vorlage kommen.

Weim Krankenhausetat wurde von der sozialdemokratischen Fraktion beantragt, die Kur- und Verpflegungskosten für auswärtig wohnende Kranke von 5 M. auf 3,50 M. herabzusetzen. Stadtm. Ragnan (Soz.) führte in der Begründung des Antrages aus, daß die Stadtverordnetenversammlung im vergangenen Jahre in unüberlegter Weise gehandelt habe, als sie den Satz für auswärtig Wohnende von 3,50 auf 5 M. erhöhte. Schöneberg nähme mit diesem Satz eine Ausnahmestellung unter allen Krankenhäusern Groß-Berlins ein. Nicht ein einziges Krankenhaus fordere für auswärtige Kranke denselben Satz. Die Absicht Schönebergs, sich durch den hohen Satz gegen die Nachbargemeinde Wilmerdorf, die kein Krankenhaus habe, zu schützen, liege keineswegs im Vorteil der Einwohnerschaft Schönebergs. So habe Berlin z. B. eine Bestimmung getroffen, nach welcher Kranke aus anderen Vororten nur 3,50 M. pro Tag zu zahlen haben, während diejenigen aus Schöneberg den gleichen Satz (5 M.) zahlen müssen, den Schöneberg für auswärtig Wohnende fordert.

Stadtm. Leibig erwiderte, daß Schöneberg in erster Linie dafür zu sorgen habe, seine eigenen Kranken unterzubringen. Erst wenn der Ausbau des Krankenhauses beendet sei, könne über eine Herabsetzung der Sätze für auswärtige Kranke geredet werden.

Während Stadtm. Kuhnrich (lib. Frakt.) dem Magistratsvertreter beipflichtete, traten unsere Genossen Kollenbühr, Kähler, Varnstein und Ragnan wiederholt für die Annahme des sozialdemokratischen Antrages ein; sie hielten die vorgebrachten Einwendungen in keiner Weise für stichhaltig; der jetzige Zustand sei unhaltbar und eine große Ungerechtigkeit. Wenn wirklich der Krankenhausetat um eine geringe Summe entlastet würde, so werde sich im Armentat eine um so höhere Belastung zeigen. Es wäre doch am besten, mit den anderen Krankenhäusern in ein Kartellverhältnis zu treten.

Der Antrag wurde darauf abgelehnt; dafür stimmte nur die sozialdemokratische Fraktion.

Weiter wurde von sozialdemokratischer Seite angeregt, die 1. Klasse im Krankenhaus abzuschaffen. Der Magistrat erwiderte, daß die Verträge mit den Ärzten dem entgegenstünden, eine Aufhebung der 1. Klasse daher unmöglich sei.

Der gesamte Krankenhausetat wurde darauf en bloc angenommen.

Der Magistrat beantragte den Verkauf eines 64 Grundstücks, das bisher provisorisch als Spielplatz benutzt worden ist. Nach längerer Debatte wurde der Verkauf genehmigt in der Erwartung, daß der Magistrat mit aller Kraft dafür wirken möge, daß die Schulhöfe als Spielplätze freigegeben werden.

Eine Reihe von Petitionen wurden nach den Beschlüssen des Ausschusses erledigt. Ueber die Petition des Schöneberger Arbeitertumvereins berichtete Stadtm. Hoffmann (Soz.). Gemäß seinem Antrage beschloß die Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, recht bald für den Bau einer städtischen Turnhalle Sorge zu tragen.

Ohne Debatte wurde dann der Etat der Wohlfahrts-Einrichtungen (Einnahmen 8820 M., Ausgaben 165 938 M.) genehmigt. Der städtische Zuschuß an unsere Schöneberger Parteigenossinnen zur Veranstaltung von Ferienausflügen wurde von 1400 auf 1800 M. erhöht. Der Magistrat soll erwägen, ob es möglich ist, die Kurdauer für die in der Kinderheilstätte in Wyl untergebrachten Kinder von 6 auf 9 Wochen zu erhöhen.

Dem Umbau des alten Rathauses zur Erweiterung der Räumlichkeiten für die städtische Sparkasse wurde zugestimmt. Die Kosten, die von der Sparkassenverwaltung getragen werden, belaufen sich auf 266 400 M.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Automobil und einem Straßenbahnwagen ereignete sich vorgestern abend gegen 8 Uhr in der Brunnenstraße. Dort versuchte der Chauffeur Peh mit einem ihm geführten Autodreirad der Firma Pohl aus der Rheinstr. 32/33 kurz vor einem Straßenbahnwagen der Ringlinie 5 die Gleise zu kreuzen. Dabei blieb das Auto plötzlich in dem infolge von Bauarbeiten aufgewählten Erdboden stecken und wurde von dem Straßenbahnwagen angefahren. Bei dem Zusammenstoß wurde der Chauffeur von seinem Sitz geschleudert und erlitt einen Bruch des linken Unterschenkels sowie Hautabrisse im Gesicht und an den Händen. Er erhielt in der Unfallstation in der Perlebergstraße die erste Hilfe und wurde dann nach seiner Wohnung übergeführt. An dem Automobil war die Bremskupplung beschädigt, an dem Auto das Vorderrad verbogen.

Rixdorf.

Von einem Brauerwagen überfahren wurde der 54 Jahre alte Arbeiter Paul Stenglowitz aus der Jochenstraße 35. Beim Ueberfahren des Fahrdammes der Hermannstraße kam ein Brauerwagen in scharfem Trab auf St. zugefahren. Der Betroffene vermochte sich nicht mehr auf den schlagenden Bürgersteig zu retten und wurde zu Boden gerissen. Die Räder des schweren Gefährts gingen ihm über die Beine hinweg und zermalnten sie. St. fand im städtischen Krankenhaus Aufnahme.

Zehlendorf (Barnseebahn).

Ein tödlicher Bauunfall ereignete sich gestern nachmittags 1/2 8 Uhr in der Beerenstraße. Dort stürzte der auf dem Neubau beschäftigte verheiratete Steinträger Hermann Lehmann aus Potsdam durch Abgleiten von der Balkenlage mit voller Last aus dem obersten Stockwerk in die Tiefe. Der Verunglückte erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot.

Stralan.

„Gromwell und die englische Revolution“ lautete das Thema, über das Genosse Wuschel in der leider nur mäßig besuchten Versammlung sprach. Die Frage der Erhebung eines Extrabehringes wurde zur nochmaligen Besprechung an die Bezirke verwiesen. Das Weihnachtsergebn hat einen Ueberschuß von 24,80 M. ergeben.

Köpenick.

Der Bildungsausschuß veranstaltet morgen Donnerstag, den 8. März, seinen zehnten Theaterabend im Stadt-Theater, in welchem das vieraktige Lustspiel „Jugendfreunde“ von Ludwig Fulda zur Aufführung gelangt. Eintrittskarten a 80 Pf. sind an der Kasse zu haben.

Possen.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins wurde zunächst auf das am Sonntag, den 6. März, stattfindende Stiftungsfest hingewiesen und ersucht, für regen Besuch desselben Sorge zu tragen. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß in kürzester Zeit eine Volksversammlung stattfindet, in welcher das Thema: „Die Frau im öffentlichen Leben“ behandelt werden soll. Des weiteren wurden die Genossen aufgefordert, reger wie bisher an der für das Gelingen der Bewegung unerlässlichen Kleinarbeit teilzunehmen. Zur Aufnahme hatten sich 6 Genossen gemeldet.

Pankow.

Auf dem Wege vom Krankenhause vom Tode ereilt wurde vorgestern der 59jährige Kaufmann Siegmund Berg. Er war längere Zeit im Krankenhause gewesen, vorgestern wurde er als angeblich geheilt entlassen. Auf der Straße wurde er aber von einem Schwächeanfall heimgesucht und in der Breiten Straße brach er benommen zusammen. Man brachte ihn schleunigst wieder nach dem Krankenhause zurück, doch bereits auf dem Transport starb Berg.

Spandau.

Der Arbeiter-Samariterkursus findet umständehalber nicht mehr Mittwochs, sondern Donnerstags, abends 8 Uhr, bei Böhle, Havelstraße 20 statt.

Potsdam.

Stadtverordnetenversammlung. Nach dem Verwaltungsbericht des Oberbürgermeisters Vosberg, der zugleich eine Einführung des Etats für 1910 war, fanden Etatsberatungen statt. Der ganze Etat schließt mit 6 Millionen 54 000 M. im Ordinarium und 1 Million 500 000 M. im Extrabudget ab. In den letzten vier Jahren hat der Etat um 2 Millionen Mark zugenommen. Der Ausfall von 470 000 M. gegen das Vorjahr an Schatzsteuer und Staatszuschuß für Schulen wird gedeckt durch erhöhte Ueberschüsse der städtischen gewerblichen Unternehmungen, durch Mehreinnahmen bei der Einkommensteuer von 84 000 M. und durch 160 000 M. der eingeführten Müllabfuhr und Kanalisationsgebühr für Mieter. Die Steuerzuschläge bleiben dieselben wie im Vorjahre. Für die städtische Flussbadeanstalt für Frauen wurden 7000 M. aus den Ueberschüssen der Sparkasse nachbewilligt. Diese Mehrausgaben sind entstanden, weil der Polizeipräsident die Anlage zweier Schwimmbadbecken, getrennt für Kinder und Erwachsene, verlangt. Diese Becken dürfen nicht durch Einschütten von Sand, sondern durch stellbare Rosten mit Holzböden hergestellt werden. — Auf Antrag des Kreisarztes soll im städtischen Krankenhaus eine besondere Parade für gemeingefährlich Erkrankte (Wochen, Cholera) errichtet werden. Die bisherige Isolierparade ist anderweit besetzt; im Vorjahre mußte ein derartig Erkrankter abgewiesen werden. Die Kosten betragen 6900 M.

Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Beim Gewerbegericht wurden 1000 Klagen anhängig gemacht, die sich in der Hauptsache auf Lohnansprüche und Schadenersatz bezogen. Erledigt wurden durch Vergleiche 63, und durch Endurteil 22. In 64 Fällen betrug das Streitobjekt unter 20 M., in 5 über 100 M. — Beim Kaufmannsgericht klagten fast nur Verkäuferinnen. Von den 85 eingereichten Klagen wurden 25 in weniger als einer Woche Zeitraum erledigt. Wegen je ein Urteil vom Gewerbe- bzw. Kaufmannsgericht wurde Berufung eingelegt.

Potsdam-Nowawes.

Schauspieler an der Arbeit. Dem Direktor des Igl. Schauspielhauses ist die Abhaltung der Extravorstellung am Sonnabend, den 6. März, zu welcher ein Teil der Eintrittskarten von den vereinigten Bildungsausschüssen Potsdam-Nowawes gekauft waren, unmöglich gemacht. Die Vorstellung fällt infolgedessen aus. Die Billets müssen in den Verkaufsstellen wieder zurückgegeben werden.

— Man hielt jedenfalls die Aufführung des harmlosen Lustspiels Dr. Klaus vor einem Publikum, das sich zum Teil aus Arbeiterkreisen zusammensetzt, für staatsgefährlich.

Jugendveranstaltungen.

Zempelhof-Mariedorf. Der dritte Vortrag des vom Jugendauschuß veranstalteten Kurses wird heute abend 8 Uhr im Restaurant Spill, Zempelhof, Berliner Str. 41/42, abgehalten. Herr Dr. C. Bab spricht über das Thema: „Der werdende Mensch“.

Vermischtes.

Eine Fahrt des „Pariseval V“ nach Berlin.

Das neue Sportluftschiff „Pariseval V“, das bisher in Bitterfeld stationiert war, hat gestern vormittag die Fahrt von dort hierher angetreten, nachdem es in den letzten Tagen reisefertig gemacht war und man alle Vorbereitungen zum Aufstieg getroffen hatte. Die circa 120 Kilometer lange Wegstrecke wurde in ungefähr 3 1/2 Stunden durchgemacht. Um 1 1/4 Uhr nachmittags kam das Luftschiff nach flott verlaufener Fahrt — es absolvierte reichlich 30 Kilometer in der Stunde — bei Spandau in Sicht, legte in wenigen Minuten die kurze Endstrecke bis Tegeler zurück und vollzog dann auf dem dortigen Schießplatz eine glatte Landung. Ueber den Aufstieg des Ballons in Bitterfeld und die einzelnen Phasen der Fahrt wird gemeldet:

Bitterfeld, 1. März. Das Luftschiff P 5 flog heute vormittag 10 Uhr 15 Minuten zu einer Fernfahrt nach Berlin auf. In der Gondel befanden sich Oberleutnant Stelling als Führer und Werkmeister Hausnecht. Die Fahrt geht über Wittenberg, Jüterbog, Lindenwalde, Trebbin, Charlottenburg, Tegeler Schießplatz. Dort landet der Ballon auf dem Gelände des Luftschifferbataillons.

Jüterbog, 1. März. Der Lenkballon Pariseval V hat um 12 Uhr 15 Minuten Jüterbog passiert.

Um 1 Uhr 55 Minuten landete der Ballon in bester Verfassung auf dem Tegeler Schießplatz.

„Pariseval V“ ist der kleinste bisher nach unstarrem System erbaute Pariseval-Luftkreuzer, der trotz seiner geringen Kapazität von nur 1200 Kubikmeter Gasinhalt eine bedeutende Tragfähigkeit hat. Außer den zwei Bedienungsmannschaften und der Mitnahme von 400 Kilogramm Ballastabgabe vermag das Luftschiff noch 4 Personen mit aufzunehmen. Das Luftschiff hat die Länge von ungefähr 30 Meter und stellt gegenüber allen seinen bisherigen gebauten größeren Vorgängern einen ganz besonderen Konstruktions-typ dar. Während bei allen Pariseval-Luftschiffen I, II, III und IV zwei innere Luftballonets, die gleichzeitig die Höhensteuerung bewirken, angeordnet sind; ist beim „Pariseval V“ nur ein Ballonet eingelassen, das lediglich nur dazu dienen soll, dem Gassträger in seiner Längsform die nötige Prallheit und Festigkeit bei eintretenden Gasverlusten zu erhalten. Auch wird die Höhensteuerung hier nicht durch Ballonets-Steuerung bewirkt, sondern verfahrensweise durch ein unterhalb der vorderen Spitze des Ballons angebrachten aeroplanartigen Flächensteuerer ausgeführt, ähnlich wie es bei den Militär-Luftschiffen „Groß I“ und „II“ der Fall ist. Auch die Luftschraube ist hier nicht unstar, sondern halbstar konstruiert.

Die Lawinenkatastrophe in Idaho.

Ueber das Lawinunglück in Idaho wird aus New York gemeldet: Von der Lawine, deren Größe 18 Kilometer von dem Orte der Katastrophe hörbar war, wurde die ganze Stadt Race vollkommen zerstört und alle Bewohner, ungefähr 100 Personen sowie 50 Arbeiter der Northern Pacific-Bahn verschüttet. Als die Nachricht der Katastrophe in der Stadt Wallace, 7 Kilometer von dem Schauplatz des Unglücks entfernt, bekannt wurde, läutete man die Glocken, um die Bewohner aus dem Schlaf zu wecken und den Verunglückten zur Hilfe zu eilen. Als sie auf dem Schauplatz der Katastrophe ankamen, fanden sie das Tal in einer Länge von nahezu zwei Kilometer durch Schneemassen vollständig verschüttet, aus denen Feldblöcke und von der Lawine mitgerissene Baumstämme hervorragten. Es war kurz vor Mitternacht am Sonnabend, als die Lawine über die Stadt niederging. Die Bewohner lagen in tiefem Schlaf. Seit mehreren Tagen schon hatte in den Bergen ein warmer Wind geweht, der in der dortigen Gegend Chinook genannt wird, der die Schneemassen sehr wirde gemacht hatte. Am Sonnabend folgte dem Winde ein Regen. Man hätte annehmen sollen, daß die Bewohner von Race vorsichtiger gewesen wären in Erinnerung an die Katastrophe, die vor wenigen Jahren die Nachbarschaft Wude heimsuchte. Sie begingen aber die Unvorsichtigkeit, sich in den nahen Forst zurückzuziehen, um einer Lawinengefahr zu entgehen. Sie bezahlten diese Unvorsichtigkeit mit ihrem Leben. Die Lawine kam im Tal nach einem Fall von 300 Metern an; mit einer furchtbaren Gewalt fiel sie auf die Stadt nieder und zertrümmerte alles, was sich ihr entgegen stellte. Die Häuser und die Eisenbahnwagen, in denen 50 Arbeiter kampierten, wurden vollkommen vernichtet. Als die Retter ihre Arbeit begannen, stellten sich ihnen fast unüberwindliche Schwierigkeiten durch die von der Lawine mitgerissenen Feldmassen entgegen. Trotzdem gelang es ihnen, fünfundsanzig Personen lebend aus den Trümmern hervorzuziehen. Wenn man einem Bericht glauben darf, dann ist auch das Standard-Hotel, in dem 800 Reisende logierten, ebenfalls zerstört. Gestern ist in den Bergen eine weitere Lawine niedergegangen und hat die Stadt Wude zerstört; dadurch ist die Zahl der Toten und Verschütteten vermehrt worden. Die Stadt Wude zählt 900 Einwohner. Das Unglück in Race hatte die Bewohner gewarnt, so daß die meisten ihre Häuser vorher räumen konnten. Mäßige Schätzungen nehmen die Verlustziffer an Menschenleben in beiden Orten mit 50 bis 60 an.

Ein Frauenmord. Einer Meldung aus Orléans zufolge wurde gestern früh um 1/2 8 Uhr bei der Badeanstalt in der Weinlaube eine Frauenperson mit zusammengebundenen Gliedern gefunden. Die Leiche wurde mittags aus dem Wasser gezogen und festgestellt, daß es sich um einen Nord handelt. Die Leiche wies einen Schnitt vom linken Ohr quer durch die Kehle auf. Die Ermordete soll angeblich Pohl heißen.

Eine Werft in Flammen.

Die Londoner Lloyd's Agentur meldet aus Boston, daß auf der dortigen Werft der Clyde Steamship Company Feuer ausgebrochen ist und einen Schaden von drei Millionen Dollar angerichtet hat.

Ueberschwemmungen in Ohio.

Wie aus New York gemeldet wird, haben Ueberschwemmungen, die infolge der Schneeschmelze und starker Regengüsse eintreten, in den letzten Tagen mehrere Orte in Ohio verwüstet. Es sollen einige Menschen umgekommen sein. Mehrere hundert Personen sind ohne Obdach. Viele Fabriken beabsichtigen die Arbeit einzustellen. Auch in dem nördlichen Teile des Staates New York sind infolge des Steigens des Hudsonflusses Ueberschwemmungen eingetreten.

Automobilunglück. Einer Meldung aus Bordeaux zufolge ist der frühere argentinische Minister Carlos Matias durch ein Automobilunglück auf der Fahrt von Biarritz nach Bordeaux ums Leben gekommen. Seine Gattin, die ihn begleitete, erlitt einen Bruch des Schlüsselbeins.

Ein schwerer Baumfall.

Am einem Neubau in Oberhausen stürzte Dienstag nachmittag eine Mauer ein und begrub mehrere Arbeiter unter sich. Zwei von ihnen sind tot.

Neue Ueberschwemmungen im Seine-Gebiet.

Nach einer Pariser Meldung ist die Seine in den letzten 24 Stunden um 40 Zentimeter gestiegen und steigt weiter, ebenso die Marne. Der Saie in Anteuil ist überschwemmt.

Eingegangene Druckschriften.

Universal-Bibliothek. 5161. Aus unseren vier Wänden. Bilder aus dem Kinderleben von R. Reichenow. — 5162. Das goldene Kreuz. Oder von S. v. Noltenhof. — 5163-65. Isländs Briefwechsel mit Schiller. Goethe. Kleist. Tieck u. a. Herausgegeben von G. Müller. — 5166. Die Gipstose und andere lustige Geschichten. Von Fritz Lormund. — 5167. Das Gastmahl zu Bowa. Gedicht von A. Tolow. — 5168. Die Venus von Ate. Erzählungen von Broder Perimoe. — 5169-70. Aus dem Schwarzbuche eines Polizeibranten. Von J. Erler. II. Bd. — Einzelnnummer 20 Pf. H. Reclam, Leipzig. In Memoriam. Von Helene Scheu-Meß. 250 R. — Gedichte von Th. Schenkl. 250 R. — Ein Frauen-Lieblich. Eine Künstlergeschichte von Theresia Jurisch. 2 R. — Der Mensch und sein Leben. Von F. Doehle. 2 R. G. Koenig, Wien. Neue Verzeichnis der Provinz Brandenburg. 30 Pf. D. Gutsch, Alfta 1. P.

Allwöchlicher Marktbericht der Königl. Reichsanzeiger-Direktion über den Großhandel in den Reichsanzeiger-Marktblättern. Markttag: Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Wild: Zufuhr unbedeutend, Geschäft ruhig, Preise fast unverändert. Geflügel: genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise gut. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südkrüder: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

Witterungsüberblick vom 1. März 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. d. Luft	Temp. u. d. Erde	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. d. Luft	Temp. u. d. Erde
Emmende	765.50			2 wolkenl.	1		Laparanda	760.00			2 halb Bd.	-12	
Hamburg	762.50			3 bedekt.	2		Petersburg	767.50			2 bedekt.	2	
Berlin	765.50			2 wolkenl.	1		Scio	762.50			4 wolklig	8	
Frankfurt	763.50			2 wolkenl.	1		Aberdeen	767.50			1 wolkenl.	0	
München	765.50			2 bedekt.	3		Wars	764.00			2 halb Bd.	4	
Wien	766.50			1 bedekt.	5								

Wetterprognose für Mittwoch, den 2. März 1910.

Zeitweise heiter und am Tage mild, aber veränderlich mit geringen Niederschlägen und mäßigen Sibirien Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	28. 2.	27. 2.		28. 2.	27. 2.
Remel, Mühl	520.7	—	Saale, Großsch.	328	+23
Regel, Jüterburg	183	+9	Saale, Ebnau	127	+4
Reiche, Thorn	290	+20	Saale, Plattenow	151	0
Oder, Rathor	281	-11	Spree, Spremberg	88	0
• Strofen	186	+19	• Seesow	154	+2
• Frankfur	184	+4	• Sefer, Rinden	271	+29
• Warthe, Strimm	114	-4	• Rhein, Pinden	312	-3
• Landsberg	128	-8	• Rhein, Markmüllandau	556	+16
• Rega, Bornum	56	+6	• Raub	440	+3
• Elbe, Zeitz	123	+9	• Rahn	653	-61
• Dresden	10	+11	• Redar, Dreibrom	188	-10
• Barba	290	+15	• Rain, Berthelm	328	+7
• Wogdeburg	239	+16	• Rojel, Trier	403	-47

*) + bedeutet Hoch, — Fall, — *) Unterpegel, — *) Udgang, — *) Höchster Stand am 27., 1 Uhr nachm.: 444 cm. In der Remel ist vorgestern abend bei Udgang am Pegel 5 cm allenfalls eine Eishochung eingetreten, die gestern mittag noch fortbestand und ein starkes Steigen des Wassers zur Folge gehabt hat. — Das Hochwasser der Rojel hat weiter abgenommen. Heutiger Wasserstand am Pegel Trier immer noch 445 cm. — Der Rhein erreicht bei Koblenz mit 590 cm. seinen höchsten Stand und ist bis heute auf 565 cm. gefallen.

Theater und Vergnügungen

Wittwoch, den 2. März

Anfang 7 Uhr.
Königl. Opernhaus. Der Barbier von Sevilla.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Schauspielhaus. Strandfänder.

Neues königl. Opernhaus. Die Schöne Genoveva.

Deutsches. Der Widerspenstigen Zähmung.

Kammerspiele. Wie ein Kind ist dem Himmel gefallen.

Anfang 8 Uhr.
Berliner. Hohe Politik.

Leitung. Das Konzert.

Neues Schauspielhaus. Der Herr Teufelsdröckel.

Neues. Der Philosoph von Sanssouci.

Wespa. Die geschiedene Frau.

Romische Oper. Iphigenie auf Tauris.

Neues Operetten-Theater. Der Graf von Luxemburg.

Trianon. Theobald u. Co.

Kleines. Der große Kame.

Wespa. Im Laubenschlag.

Wespa. Die Dollarprinzessin.

Schiller. Die Räuber.

Neue Jugend.

Schiller. Charlottenburg. Die Hölle.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der selige Loup.

Volksoper. Der Trompeter von Säckingen.

Volksoper. Der Trompeter von Säckingen.

Luisen-Theater. Was Gott zusammenfügt.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Nachmittags 4 Uhr: In den Dolomiten.

8 Uhr Eugen Zabel: Vom Kroml zur Nowa.

Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. Rathgen: Schwefelsäure, Kochsalz, Salzsäure u. Soda.

Lustspielhaus. Der dunkle Punkt.

Residenz-Theater. Im Laubenschlag.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theat.). Mittwoch, abends 8 Uhr: Neue Jugend.

Schiller-Theater (Charlottenburg). Mittwoch, abends 8 Uhr: Egmont.

Ein Trauerspiel in 5 Aufzügen von Johann Wolfgang v. Goethe. Ende 10 1/2 Uhr.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Neue Jugend.

Freitag, abends 8 Uhr: Viel Lärm um nichts.

Brauerei Friedrichshain am Königstor. Größte Schenkwürdigkeit Berlins.

Grüßter Bock-Jubel und Trubel „Auf der Alm“.

Schorsch Ehrengreber mit seiner Truppe (60 Mitwirkende) aus München.

Arnold Scholz. Neue Welt. Täglich: Großes Bockbierfest in den bayerischen Alpen.

Donnerstag, den 3. März 1910: Prämierung der ähnlichsten Zwillinge (Damen).

Preise 50, 30, 20 Mark. Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Wintergarten. Das Dreigestirn.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater (Charlottenburg). Mittwoch, abends 8 Uhr: Egmont.

Ein Trauerspiel in 5 Aufzügen von Johann Wolfgang v. Goethe. Ende 10 1/2 Uhr.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Neue Jugend.

Freitag, abends 8 Uhr: Viel Lärm um nichts.

Brauerei Friedrichshain am Königstor. Größte Schenkwürdigkeit Berlins.

Grüßter Bock-Jubel und Trubel „Auf der Alm“.

Schorsch Ehrengreber mit seiner Truppe (60 Mitwirkende) aus München.

Arnold Scholz. Neue Welt. Täglich: Großes Bockbierfest in den bayerischen Alpen.

Donnerstag, den 3. März 1910: Prämierung der ähnlichsten Zwillinge (Damen).

Preise 50, 30, 20 Mark. Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Wintergarten. Das Dreigestirn.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Dr. Angelos lebende Skulpturen The Harmony Four, ein musikal. Uk.

Marie Lafargue • Odette Valery Rosario Guerrero.

Zirkus Schumann

Mittwoch, den 2. März 1910, abends 7 1/2 Uhr: Gala-Vorstellung.

Barbarentänze. Les Ri-Tchaves, 11 Acte.

Aerial Shaws. „Gisela“ v. Weisterfinger a. d. Stage, ger. v. Kommissionsrat Gustav Stenbeck a. G.

Mons. Romanoff der phänomenale Kopf. Bagonghi, der kleine Ritter.

Die drei Rivalen. Große Feste in fünf Akten aus der Jugendzeit.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48.

Donnerstag, den 3. März: Zum ersten Male: Das verlorene Paradies.

Schauspiel in 5 Aufzügen von Ludwig Fulda.

Passage-Panoptikum. Senegal in Berlin!

50 wilde Weiber. Männer, Kinder.

Drei Negerdörfer. Ohne Extra-Entree!

Folies Caprice. Der Luftturner. Neuer bunter Tell.

Herr Wasserkropf. Anfang 8 1/2 Uhr. Vorberf. 11-2 Uhr.

Tonbild-Theater. Reform-Kino.

Das schönste Programm Berlins, laufend vom 22.-28. Februar u. a.: Am Hofe einer ägypt. Mosaik. Kunstfilm 1. Rang.

Reinholdsdorfer Str. 26-27. Das schönste Programm Berlins, laufend vom 22.-28. Februar u. a.: Am Hofe einer ägypt. Mosaik. Kunstfilm 1. Rang.

Reinholdsdorfer Str. 26-27. Das schönste Programm Berlins, laufend vom 22.-28. Februar u. a.: Am Hofe einer ägypt. Mosaik. Kunstfilm 1. Rang.

Reinholdsdorfer Str. 26-27. Das schönste Programm Berlins, laufend vom 22.-28. Februar u. a.: Am Hofe einer ägypt. Mosaik. Kunstfilm 1. Rang.

Reinholdsdorfer Str. 26-27. Das schönste Programm Berlins, laufend vom 22.-28. Februar u. a.: Am Hofe einer ägypt. Mosaik. Kunstfilm 1. Rang.

Reinholdsdorfer Str. 26-27. Das schönste Programm Berlins, laufend vom 22.-28. Februar u. a.: Am Hofe einer ägypt. Mosaik. Kunstfilm 1. Rang.

Reinholdsdorfer Str. 26-27. Das schönste Programm Berlins, laufend vom 22.-28. Februar u. a.: Am Hofe einer ägypt. Mosaik. Kunstfilm 1. Rang.

Reinholdsdorfer Str. 26-27. Das schönste Programm Berlins, laufend vom 22.-28. Februar u. a.: Am Hofe einer ägypt. Mosaik. Kunstfilm 1. Rang.

Reinholdsdorfer Str. 26-27. Das schönste Programm Berlins, laufend vom 22.-28. Februar u. a.: Am Hofe einer ägypt. Mosaik. Kunstfilm 1. Rang.

Reinholdsdorfer Str. 26-27. Das schönste Programm Berlins, laufend vom 22.-28. Februar u. a.: Am Hofe einer ägypt. Mosaik. Kunstfilm 1. Rang.

Reinholdsdorfer Str. 26-27. Das schönste Programm Berlins, laufend vom 22.-28. Februar u. a.: Am Hofe einer ägypt. Mosaik. Kunstfilm 1. Rang.

Reinholdsdorfer Str. 26-27. Das schönste Programm Berlins, laufend vom 22.-28. Februar u. a.: Am Hofe einer ägypt. Mosaik. Kunstfilm 1. Rang.

Reinholdsdorfer Str. 26-27. Das schönste Programm Berlins, laufend vom 22.-28. Februar u. a.: Am Hofe einer ägypt. Mosaik. Kunstfilm 1. Rang.

Reinholdsdorfer Str. 26-27. Das schönste Programm Berlins, laufend vom 22.-28. Februar u. a.: Am Hofe einer ägypt. Mosaik. Kunstfilm 1. Rang.

Reinholdsdorfer Str. 26-27. Das schönste Programm Berlins, laufend vom 22.-28. Februar u. a.: Am Hofe einer ägypt. Mosaik. Kunstfilm 1. Rang.

Reinholdsdorfer Str. 26-27. Das schönste Programm Berlins, laufend vom 22.-28. Februar u. a.: Am Hofe einer ägypt. Mosaik. Kunstfilm 1. Rang.

Reinholdsdorfer Str. 26-27. Das schönste Programm Berlins, laufend vom 22.-28. Februar u. a.: Am Hofe einer ägypt. Mosaik. Kunstfilm 1. Rang.

Reinholdsdorfer Str. 26-27. Das schönste Programm Berlins, laufend vom 22.-28. Februar u. a.: Am Hofe einer ägypt. Mosaik. Kunstfilm 1. Rang.

Reinholdsdorfer Str. 26-27. Das schönste Programm Berlins, laufend vom 22.-28. Februar u. a.: Am Hofe einer ägypt. Mosaik. Kunstfilm 1. Rang.

Reinholdsdorfer Str. 26-27. Das schönste Programm Berlins, laufend vom 22.-28. Februar u. a.: Am

